Die sozialwirtschaftlichen Verhältnisse für die Ziegenhaltung in der Schweiz.

Von F. Anderegg, Professor, Bern.

I. Die allgemeinen Grundlagen.

Ziegenbesitzer sind diejenigen physischen und juristischen Personen, in deren Nutzung Ziegen stehen, gleichviel ob dieselben ihr persönliches Eigentum sind und ob sie von ihnen persönlich besorgt werden.

Sind Besitzer, Eigentümer und Halter (Wärter, Besorger) nicht identisch, so regelt das Verhältnis zwischen diesen, wenn der Ziegenbesitz mit einer landwirtschaftlichen Pacht verbunden ist, Titel VIII, Abschnitt 2, des schweizerischen Obligationenrechts, in den übrigen Fällen das kantonale Recht — z. B. in Tessin Titel XVIII des Zivilgesetzes — oder der Ortsgebrauch. „Viehverstellung“, auf die Ziegen angewendet, ist dann vorhanden, wenn Ziegen vom Eigentümer einem Dritten in Nutzung, oder vom Besitzer einem Dritten in Wartung übergeben werden.

In der Schweiz finden wir die Ziegen nicht bloss im Sondereigentum und im Einzelbesitz, d. h. im Eigentum und Besitz einer einzelnen Person bzw. eines Familienhauptes, sondern öfters auch im Gemeineigentum und Kollektivbesitz, d. h. im Eigentum oder Besitz einer unabgeteilten Erbschaft, einer Genossenschaft, einer Anstalt, einer Gemeinde u. s. f.

Der Besitzer hat das Risiko des ziegenwirtschaftlichen Betriebes zu tragen.

Nach dem schweizerischen Obligationenrecht, Art. 65, haftet denn auch der Besitzer für Schaden, welche eine Ziege anrichtet, sofern er nicht nachzuweisen vermag, dass er alle erforderliche Sorgfalt in der Verwahrung und Beaufsichtigung angewendet hat.

Der ziegenwirtschaftliche Betrieb geht häufig, aber nicht immer, in einem Landwirtschaftsbetrieb auf.

Die Ziegenhaltung ist nicht absolut an die Bewirtschaftung eines Privatgrundbesitzes gebunden, sondern kann auch schon auf Futtergewinnung aus Gemeinland u. s. w. basiert werden. In verschiedenen schweizerischen Gebirgsgegenden dürfen so viele Ziegen von Haushaltungen auf die Gemeinweiden getrieben werden, als durch gesammeltes Wildheu hatten überwintert werden können. Nach Mitteilungen der Ziegenzuchtgenossenschaft Murg haben in dieser Gemeinde eine Anzahl Ziegenbesitzer keinen eigenen Grund und Boden; von Mitte April bis 30. November wird der gesamte Ziegenbestand der Gemeinde, mit Ausnahme von zirka 15—20 Stück „Heimschziegen“, unter einen gemeinsamen Hirt gestellt und auf Ortsgemeinde-Eigentum gehirtet, im Winter wird „Allmeindheu“ gefüttert.

Als Ziegenbesitzer hat man somit einerseits Inhaber von Landwirtschaftsbetrieben, andererseits bloss in einem Dienstverhältnis zu Landwirtschaftsbetrieben stehende Personen (ländliche Arbeiter) oder Personen, welche dem landwirtschaftlichen Berufsstande gar nicht angehören. Die Botschaft betreffend das eidgenössische Budget pro 1892, vom 24. Oktober 1891, sagt: „Die staatliche Vorsorge für gutes männliches Zuchtmaterial bei den Ziegen würde

nicht nur der Landwirtschaft, sondern vielen Arbeitern der Industrien und der Gewerbe direkt und indirekt zu gute kommen.“

Wie jeder Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete, liegen auch dem ziegenwirtschaftlichen Betrieb bestimmte Erfahrungen zu grunde. Indem die Bedingungen dieser Erfahrungen festgestellt wurden, gesellte sich zu der Praxis die Wissenschaft, welche sich sowohl mit dem Einzelbetrieb (Privatökonomie) als auch mit dem Zusammenhang der Einzelbetriebe zum gesamten sozialen Leben (politische Ökonomie) befasst.

Göthe hat die Wissenschaft zutreffend das „abgezogene Wissen“ oder die „Kenntnis des Allgemeinen“ genannt.

In einem Kulturstaat besteht für die Betriebsinhaber nicht absolute Freiheit, indem sie auch Rücksichten auf ihre Mitbürger nehmen müssen. Die Wissenschaft über einen wirtschaftlichen Zweig gliedert sich folglich in die theoretischen Lehrsätze, die für den Einzelbetrieb gelten (privatwirtschaftliche Seite) und in diejenigen, welche die Stellung der Betriebe in der Volkswirtschaft klarlegen (sozialwirtschaftliche Seite).

Die Ziegenhaltung wird im allgemeinen von sozialen Zuständen, diejenige im Landwirtschaftsbetrieb speziell auch von kulturgeographischen Verhältnissen bedingt.

Ein Weg zur ökonomischen Besserstellung der untern Volksklassen liegt in der Eigenproduktion des Hausbedarfs an Nahrungsmitteln. Bis zu einem gewissen Grad kann durch die Ziegenhaltung dies erreicht werden, insbesondere bezüglich dem Milch-, dann aber auch bezüglich dem Fleisch-Bedarf.

Die Arbeiterbevölkerung verfolgt in dieser Eigenkonsum-Produktion von Milch und Fleisch, ähnlich wie für andere Nahrungsmittel in den Konsumgenossenschaften, den Weg der Selbsthilfe. Ein Sprichwort sagt: „Wer Ziegen hält kommt z'wäg“. Sollte durch die neuen Handelsverträge die Lebensstellung des Arbeiters verteuert werden, so würde dies unbedingt eine vermehrte Haltung von Ziegen bewirken.

Die Milch ist eines der wichtigsten Nahrungsmittel. Während die Kuhmilch ein gesuchtes Rohprodukt zur industriellen Verwertung geworden ist und wesentlich der Geldwirtschaft im Landwirtschaftsbetrieb (Produktion für den Markt) rief, wird die Ziegenmilch ganz vorwiegend für den direkten Hausbedarf verwendet. Die Ziegenhaltung ist aber auch mit bedeutend weniger Kosten (billigere Futterbeschaffung etc.) und mit weit geringerem Risiko als die Kuhhaltung verbunden. Die

Milchnutzung ist bei den Ziegen eine relativ grössere als bei den Kühen. Die Ziegen können ganz gut von einer Frau oder von grösseren Kindern besorgt werden, so dass das Familienhaupt ungehindert seinem Verdienst nachgehen kann. In richtiger Abwägung aller dieser Verhältnisse wird es immer Haushaltungen geben, die ihren Milchbedarf durch Haltung einer oder mehrerer Ziegen zu decken suchen.

Durch die herrschenden sozialen Zustände, welche die allgemeine Überhandnahme der Geldwirtschaft und die rapide Entwicklung der Verkehrsmittel brachten, hat sich die Ziegenhaltung bei den ländlichen und industriellen Arbeitern, beim untern Verkehrspersonal (Bahnwärter, Strassenknechte etc.) und bei den Kleinbauern befestigt. Die Kulturgeschichte weist nach, wie gerade mit der durch die Entwicklung der Exportkäserei hervorgerufenen Preissteigerung der Kuhmilch die Ziegenhaltung in den Gebieten der Exportkäsefabrikation zunahm; so trat im bernischen Flachland von 1847—59, wo die Kuhmilch von 11¼ Rappen auf 18 Rappen per Mass im Durchschnitt stieg, eine Zunahme des Ziegenbestandes auf.

Die wirtschaftliche Nutzung gewisser produktiver Gebiete in schweizerischen Gebirgsgegenden verlangt geradezu die Ziegenhaltung im Landwirtschaftsbetrieb. Hier dient die über den Hausbedarf produzierte Milch entweder zur Aufzucht oder Mast von Nutztieren (Kälbermast, „Abrüchung“ von Schweinen etc.) oder zur hausindustriellen Verwertung; aus solchen Gegenden werden auch Schlachtgiz nach Verkehrszentren abgegeben.

Nach H. Rüegg verwertete z. B. ein Ziegenhalter die Geissmilch durch Kälbermast zu 15—17 Rappen per Liter („Über rationale Ziegenzucht“, 1897). Einzelne Gegenden sind durch ihre Ziegenkäse bekannt; so führt z. B. das schweizerische geographische Lexikon (1902) auf „Albonello, Bauernhof und Alpweide im Muggiotal, 800—1400 m, durch Herstellung seiner kleinen, Robbioli genannten Käse bekannt“. Die bedeutende Zufuhr von Schlachtgiz in Genf veranlasste die Kantonsbehörde zum Erlass einer besonderen Verordnung (Règlement pour les marchés aux chevreaux près des Halles de l'Île, de Rive et des Pâquis et du marché de Plainpalais, approuvé par le Conseil d'Etat le 6 mars 1888, modifié le 29 mars 1898).

Wie bereits jeder Wirtschaftszweig der menschlichen Gesellschaft nicht bloss Vorteile bietet, so hat die Ziegenhaltung neben ihren Vorteilen auch gewisse Nachteile.

Die Ziegenhaltung gewährt, vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, folgende Vorteile:

1. Sie begründet durch die Milchnutzleistung eine gute Volksernährung, welche die Arbeitskraft in den untern Bevölkerungsschichten zu erhalten vermag.

Dr. Sonderegger berichtet in einem in den „Verhandlungen der gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Thurgau 1878“ enthaltenen Gutachten, dass da, wo die Milch ein Hauptnahrungsmittel ist, die Kindersterblichkeit bloss 20 %, die Untauglichkeit für den Militärdienst 25 % betrage, da aber, wo die Milch ein zurückgedrängtes Nahrungsmittel ist, die Kindersterblichkeit auf 40 bis 50 %, die Untauglichkeit für den Militärdienst auf 75 % ansteige. Tritt die Ziegenmilch nicht an Stelle der den unteren Volksklassen durch die Exportviehzucht und die Exportkäserei schwer oder nur zu hohen Preisen erhältlichen Kuhmilch, so dringt,

wie General Ochsenbein (in „Brantwein und Landwirtschaft“ 1866), Ratsherr Melchior Küchler (in „die Wälder von Alpnach“ 1878) u. a. hinwies, der Alkoholismus mit seinen Folgen vor. Der „Zürcher Bauer“ 1902 schliesst eine Artikelserie über die Ziegenzucht mit den Worten: „Gute, gesunde und genügende Milch verdrängt den die Nation untergrabenden Alkohol; sie erzeugt ein gesundes, kräftiges und leistungsfähiges Volk und die Stärke und das Wohl des Landes.“

Die Tuberkulosis tritt bei den Ziegen in weit geringerem Masse als bei den Kühen auf. Nach dem Bericht der zürcherischen Direktion des Gesundheitswesens pro 1901 gestattet sich das prozentualische Verhältnis der tuberkulösen zu der Gesamtzahl der Schlachttiere

	im Jahre: bei den Kühen: bei den Ziegen:		
in der Stadt Zürich	1901	22.79	2.68
	1900	20.49	1.75
	1895	17.74	0.00
in der Stadt Winterthur	1901	29.00	0.00
	1900	13.46	8.33
im Kanton Zürich	1901	17.81	3.12
	1900	16.40	5.97

2. Die Ziegenhaltung vermag eine feste Ansiedelung der Arbeiterklassen zu bewirken.

Hch. Rüegg sagt in seiner Schrift „Die Kuh der Armen“ (1898): Geissen verdrängen heisst, die Arbeiter vom Lande den Städten zutreiben

3. Durch die Ziegenhaltung erfolgt in Gebirgsgegenden eine bessere Ausnutzung des produktiven Bodens und eine Mehrproduktion an tierischen Erzeugnissen für den Inlandsbedarf und für den Export.

Wenn auch das Gebiet der absoluten Schmalviehweiden durch die in den letzten Jahrzehnten vom Staate ausgeführten oder von ihm subventionierten Unternehmungen, welche den Schutz des Kulturbodens bezwecken (Aufforstungen, Wildhach- und Lawinerverbaue, Flusskorrekturen) oder auf die bessere Benutzung von produktivem Boden gerichtet sind (Bodenmeliorationen, Erbauung von Verkehrswegen etc.), eingeschränkt und der Zuschuss an Winterfutter durch strengere verkehrs- und forstpolizeiliche Massnahmen (Verbot des Futtersammelns an Strassenrändern, in Schutzwaldungen u. s. f.) beschnitten wurde, so ist die Ausnutzung gewisser produktiver Flächen durch die Ziegenhaltung für die Schweiz doch von eminenter Bedeutung. Die Milchnutzleistung tritt hier, infolge der an die Herdziegen beim Sommerweidgang gestellten Marschrouen, gegenüber derjenigen von Stallziegen mit guter Haltung im Flachland wohl etwas zurück; das Schlussprotokoll von 1897 zum schweizerisch-österreichischen Handelsvertrag setzt immerhin für den zollfreien Grenzverkehr das Tagesprodukt an Käse per Ziege auf 0.055, per Kuh auf 0.29 kg, das Tagesprodukt an Butter per Ziege auf 0.032, per Kuh auf 0.16 kg an, wonach also 5 Ziegen im Milchertrag einer Kuh gleichkommen. Hierbei hatte man jedenfalls die Gebirgsziegen im Auge, indem der Grenzverkehr mit Ziegen hauptsächlich an der bündnerischen Grenze sich vollzieht.

4. In Gebirgsgegenden kann die Ziegenhaltung durch gewisse aus ihr zu gewinnende Rohstoffe Hausindustrien begründen (Handschuh-, Kurzwaren-Fabrikation u. s. w.).

Schon in den Verhandlungen der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft pro 1826 wurde darauf hingewiesen, dass die Schweiz Gizifelle als Rohprodukt an englische, französische und deutsche Handschuhfabriken abgebe, statt dass die Glacehandschuhfabrikation als neuer Erwerbszweig Eingang finde. 1879 machte Generalkonsul Hitz beim eidgenössischen Handels- und

Landwirtschaftsdepartement eine bezügliche Anregung, welche aber durch die damaligen Zeitumstände (Blütezeit der Käseerei und des Rindviehexportes) unbeachtet blieb.

Vom sozialpolitischen Standpunkte aus kommen folgende Nachteile der Ziegenhaltung in Frage:

a) Die Ziegen können beim Weidgang Kulturschaden anrichten.

Der Ziegenweidgang auf Gemeingütern (Allmenden und Wälder) war einerseits aus Humanität gegenüber den ärmeren Leuten, anderseits als Ersatz für den Nutzen der Hablichen an den Kuhalpen eingeführt worden. Derselbe hatte sich vielerorts nicht nur zu einem Gewohnheits-, sondern zu einem positiven Gesetzes-Recht gestaltet; so bestand z. B. in Obwalden eine „Geissordnung“ von 1755, wonach ein Kilcher 20, ein Beisäss 16 und ein Hintersäss 11 Ziegen in die Wälder treiben durfte. In einer gedruckten Petition des Gemeinnützigen Vereins Münchenbuchsee bezüglich der bernischen Armengesetzrevision aus der Mitte des XIX. Jahrhunderts wird bemerkt: „Noch in neuerer Zeit konnten Ziegen überall an Wegen und in Wäldern zur Weide getrieben werden. An einigen Orten im Oberemmental und Oberland herrscht noch jetzt oder herrschte doch noch in letzter Zeit der Brauch, dass die Herbstweide bisweilen sogar der zweite Grasraub auf allen Wiesen zum allgemeinen Gebrauch einem Jeglichen offen stand.“

In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts wurde infolge der Austeilung von Allmenden, der Aufhebung der freien Atzung (Waadt 12. Juni 1805, Wallis 6. Juni 1808, Freiburg 1810 u. s. f.) und des Verbots der Waldweide der Ziegenweidgang bedeutend eingeschränkt. Immerhin wurden auch bei diesen Einschränkungen der ärmeren Volksklasse Konzessionen gemacht. Das st. gallische Forstgesetz vom 7. Juli 1851 bestimmte beispielsweise: „Da wo armutshalber die Geissen ein unentbehrliches Bedürfnis sind, darf für dieselben in älteren Waldbeständen, oder in sog. Staudenbergen der Gemeinden die nötige Weide angewiesen werden.“

Der durch Ziegen verursachte Kulturschaden wird oft in übertriebener Weise dargestellt. Im alpwirtschaftlichen Kurs in Erlenbach 1903 wurde gesagt, es gebe für den Wald 3 Teufel: der „Geissenteufl“, der „Sägessenteufl“ und der „Holzhändler-teufl“. Der Schaden, den die Ziegen durch Ausreissen oder Zertreten anrichten, ist in Naturwäldern, wo die jungen Pflanzen fester in der Wurzel sind und dichter stehen, bedeutend geringer als in sog. Kulturwäldern. An der Waldgrenze hat die Mauseheere durch Ziegen eine gleiche Wirkung wie die von A. Oswald Kihlmann seinem Beitrag der regionalen Gliederung der polaren Waldgrenze (Pflanzenbiologische Studien, 1890) beschriebene Windscheere und es ist also das Auftreten von Schirmtannen, wie schon Ratschherr Küchler 1878 hervorhebt, gerade auf den Ziegenweidgang zurückzuführen.

Dem Schaden, den Ziegen herbeiführen können, ist durch Tüdern oder Behirtung vorzubeugen, während einem analogen Schaden, den das Wild verursacht, nicht Einhalt geboten werden kann. (Vergl. die Debatte über die Hirschjagd im Nationalrate, Dezember 1902.) Schon früher wurde das Tüdern obrigkeitlich anbefohlen, so in Innerrhoden 1708, in Freiburg 1821, u. s. w.

b) Die Ziegen können im Verkehr Seuchenverschleppungen hervorrufen.

Im Bericht des eidgenössischen Landwirtschaftsdepartements pro 1885 wird z. B. der Ursprung der Maul- und Klauenseuche, welche in den Monaten Juli bis September genannten Jahres im Kanton Freiburg auf 111 Weiden und in 50 Ställen herrschte auf 2 Ziegen eines Holzhauers aus dem Kanton Waadt zurückgeführt.

Der ziegenwirtschaftliche Betrieb soll derart eingerichtet sein, dass die Vorteile, welche die Ziegen-

haltung zu gewähren vermag, auch wirklich hervortreten und die Nachteile möglichst paralisirt sind. Dies zu erreichen ist eine sozialpolitische Aufgabe; die Zahl der zu haltenden Ziegen jedoch ist eine Privatsache, indem der Staat nicht vorschreiben kann, wer Ziegen halten dürfe und wie viel Ziegen gehalten werden müssen. Dagegen haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die sozialen Zustände und die kultur-geographischen Verhältnisse, also Zeit und Ort, von grösstem Einfluss auf die numerische Stärke der Ziegenhaltung sind. Aus der Praxis geht hervor, dass es „gewiss kein nutzbareres Tier als die Ziege gibt, aber kein Tier der sorgfältigeren Pflege als die Ziege, wenn sie wirklich Nutzen bringen soll, bedarf“ (Alphirt Rud. Steiner in Wattwil).

Der Nutzen der Ziegen ist ein vielgestaltiger. Als der Winterflaum der Weideziegen in einigen Orten des Berner Oberlandes, z. B. noch oft zu Gespinnsten verwendet wurde, veranlasste dies die Berner Regierung zur Einführung von Tibetziegen, um durch Kreuzungen diese Nutzleistung zu steigern (vergl. Luz und Sprecher, Handlexikon der schweizerischen Eidgenossenschaft, 1856 sub: Brienz und Saxententhal). Die aus Ziegenhaaren verfertigten Uniformabzeichen spielten früher eine nicht unwesentliche Rolle (vide alte kantonale Landjäger- und Militärverordnungen). Vor allem aus ist aber die Ziege der Prototyp eines Milchtiers; auf weitere Nutzleistungen der Ziegen wollen wir hier nicht eingehen.

Der Wert der jährlichen Nutzung wird für die Kuh auf zirka 25 %, für die Ziege auf weit über 100 % des Stückwertes berechnet. Tierarzt Würsten stellte im alpwirtschaftlichen Winterkurs in Erlenbach 1903 folgende Berechnung auf: „Abgesehen von Schlachtwert leistet eine gute Ziege als „Kuh des armen Mannes“ einen durchschnittlichen Jahresertrag von Fr. 140 die durchschnittlichen Fütterungskosten stellen sich im

Jahr auf	„	50
bleiben rein	Fr.	90

Es ist dieser Reinertrag absolut nicht zu hoch gerechnet und wird nicht selten noch bedeutend übertroffen. — In der eidgenössischen Viehzählung 1901 wird die Jahresproduktion aus der schweizerischen Ziegenhaltung angegeben, wie folgt:

a) <i>Fleisch</i> :	29,554 ältere Tiere à 20 kg		
	Schlachtgewicht = 5,910 q à Fr. 100 = Fr.	591,000	
	219,305 Gizi à 2,5 kg = 5,482 q à „ 130 = „	712,660	
	Summa 248859 Stück	Summa 11392 q	Summa Fr. 1,303,660
b) <i>Felle</i> : 219,305 Gizifelle	à Fr. 2.25 = Fr. 493,436		
	29,554 Ziegenfelle à „ 2. — = „	59,108	„ 552,544
c) <i>Exporttiere</i> (Wert nach d. schweiz. Handelsstatistik)			„ 46,441
d) <i>Milch</i> : 4 Milchziegen à 2,626 ¹ / ₂ l, 190,172 Stück =			
	1,248,717 hl à Fr. 12. — = „	14,984,604	
			<u>Total Fr. 16,887,249</u>

Je nachdem die Bedeutung der Ziegenhaltung in einem Staate gewürdigt wird, richtet sich der Stand der sozialpolitischen Massnahmen. Diese Massnahmen sind auf die Tätigkeit von Privaten, Assoziationen, Gemeinden und Staat zurückzuführen.

In der Schweiz wurde durch die Privattätigkeit auf sozialpolitischem Boden für die Ziegenhaltung sehr viel erreicht.

Die Privattätigkeit rief die moderne Bewegung zur Hebung der Ziegenhaltung hervor. Der Export von Ziegen, der die „Monographie der Schweizerziegen“ von 1887 in Fluss brachte, veranlasste die Ziegenbesitzer einzelner Gegenden zur Bildung von Genossenschaften, sowie den Bund und eine Reihe von Kantonen zur Verabfolgung von Prämien zur Förderung der Ziegenzucht. Der Privattätigkeit liegt ja überhaupt das initiative Vorgehen ob; je fruchtbringender diese ist, desto reger kann sich die Genossenschafts- und die staatliche Tätigkeit entfalten. Leider muss man aber konstatieren, dass in der Schweiz auf landwirtschaftlichem Gebiet das uneigennützig wirkende von Privaten in jüngster Zeit von gewissen Seiten zu hemmen gesucht wird. Oberflächlich betrachtet ist diese Erscheinung im Hinblick auf das zur Zeit bestehende Berufsbildungswesen sehr auffallend; geht man aber auf den Grund der Sache, so lässt sich dieses Vorkommnis leicht erklären. Während früher Männer durch Selbststudium im Anschluss an die Praxis mit grossen Erfolgen zu wirken vermochten und die Grundlagen zu den bestehenden Institutionen schufen, glaubt man heutzutage mit der Erwerbung eines Ausweises als Förderer der Landwirtschaft privilegiert zu sein, obschon in sehr vielen Fällen auf die ungenügende Vorbildung die Fachbildung nur zur Politur wird. Also nicht fähig, selbständig etwas Verwertbares zu schaffen, erblicken diese in Jedem, der noch eine Privattätigkeit entwickelt, einen Konkurrenten und suchen ihn deshalb in seinen Arbeiten lahm zu legen, was ihnen umso eher gelingt, wenn sie besoldete, im Interesse der Landwirtschaft geschaffene Stellen bekleiden.

Die Tätigkeit zu Gunsten der Ziegenhaltung gelangte schon in allgemein-landwirtschaftlichen Assoziationen zum Durchbruch.

Anfänge, die sozialwirtschaftliche Richtung in der Landwirtschaft zu pflegen, finden sich bereits in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts in den unter dem Namen „Ökonomische Gesellschaften“ bestandenen Gelehrtenvereinigungen (vergl. Dr. Hallers Bedeutung für die schweizerische Landwirtschaft, ein Beitrag zur Agrargeschichte der Schweiz, von F. Anderegg, 1903). Die Bauernvereine, die im Laufe des XIX. Jahrhunderts entstanden, hatten dann aber die privatwirtschaftliche Seite ganz in den Vordergrund gestellt. Erst der hierseitige Verfasser hat mit Nachdruck in seinen Schriften, besonders in den sozialpolitischen Streiflichtern für den schweizerischen Bauer (1. Bdeh. 1892, 2. Bdeh. 1894) auch auf die Pflege der politischen Ökonomie in landwirtschaftlichen Kreisen gedrungen. Ein schweizerischer Bauernbund mit sozialpolitischem Charakter, auf den am Schlusse jener Streiflichter hingewiesen wurde, dass er kommen müsse, entstand 1897 im schweizerischen Bauernverband, dessen Sekretariat aus Bundessubventionen erhalten wird. Für dieses Sekretariat wird Art. 14 des eidgenössischen Landwirtschaftsgesetzes nicht angewendet. Es scheint, dass die erheblichen Bundessubventionen in den Verwaltungskosten aufgehen, indem zur Durchführung von Arbeiten, die nach der Budgetbotschaft von 1898 in den Aufgaben desselben liegen, besondere Kredite bei der Bundesversammlung nachgesucht werden.

Speziell mit der Ziegenzucht haben sich im allgemeinen aber doch wenige landwirtschaftliche Vereine beschäftigt. 1856 liess die gemeinnützige und ökonomische Gesellschaft des Oberaargaus einen Auszug aus der Ziegenschrift von Oberst Schinz verbreiten. Derselbe wurde sämtlichen Armenverwaltungen im Vereinsgebiet zugestellt. 1864 publizierte die landwirtschaftliche Gesellschaft des Kantons Aargau in ihren Mitteilungen eine Abhandlung über Ziegenzucht von Lehrer J. Bolliger in Küttigen. Als eine Art Fachverein besteht die Société pour l'amélioration du petit bétail de la Suisse romande, der aber das Hauptgewicht seiner Tätigkeit auf die Schweine- und Schafzucht verlegt. Unter den Auspizien dieser Gesellschaft wurde in

neuerer Zeit eine Ziegenschrift von N. Julmy (mit Vorrede von S. Bieler-Lausanne) herausgegeben. Bemerkenswert sind die Bestrebungen des landwirtschaftlichen Vereins des solothurnischen Bezirks Thal; dieser vermittelte behufs Verbesserung des Ziegenmaterials im Bezirk durch Blutauffrischung um die Mitte der 1890er Jahre den Ankauf von Saanenziegen, ein Versuch, der vollkommen gelungen ist. Der landwirtschaftliche Bezirksverein Untertoggenburg nahm die Gründung der dortigen Ziegenzuchtgenossenschaft an die Hand.

Wenn aber ein landwirtschaftlicher Verein in einer „belehrenden Schrift“ sagt, dass ein Ziegenhalter, wenn er für eine junge Ziege nicht Fr. 60 oder Fr. 86 löst, Schaden leidet, d. h. die Aufzuchtskosten nicht heraus schlägt, so könnte man statt zur Förderung der Ziegenzucht beizutragen, eher bewirken, dass dieselbe aufgegeben wird. Nach einer Enquête über die Durchschnittswerte von 1901 wird der Wert für eine Ziege für den Kanton Bern auf Fr. 24 angegeben (vergl. „Über Rechnen in der Landwirtschaft“ in: Bauernstube 1899, Nr. 26).

Der Bundesbeschluss zur Förderung der Landwirtschaft von 1884 hatte in Art. 12c die Hebung der Kleinviehzucht in die Aufgaben der landwirtschaftlichen Hauptvereine gewiesen; der schweizerische landwirtschaftliche Verein und die Fédération des sociétés d'agriculture de la Suisse romande liessen 1885 in Solothurn, die letztere 1890 in Lausanne Kleinviehausstellungen veranstalten. Durch das eidgenössische Landwirtschaftsgesetz behielt sich dann der Bund das Recht vor, direkt Beiträge zur Hebung der Kleinviehzucht an die Kantone zu verabfolgen.

Von grosser Bedeutung ist die Tätigkeit der speziellen Vereinigungen von Ziegenbesitzern. Als solche Vereinigungen hat man:

1. Ziegenzucht-Korporationen und -Genossenschaften,
2. Ziegenzucht- und Ziegenassekuranz-Korporationen und -Genossenschaften.

Die Zuchtassoziationen gehen vom Besitz aus, indem sie die Nutzleistungen im Auge halten; die Assekuranzassoziationen vom Eigentum aus, indem sie dasselbe zu schützen suchen. Da Ziegenbesitzer und Ziegeneigentümer meist identisch sind, so ist die Verbindung der Assekuranz mit der Bestrebung zur Förderung der Zucht naheliegend. In dieser Verbindung erblickt die Genossenschaft Zielschlacht den Hauptbeweggrund der Ziegenhalter zum Eintritt in die Genossenschaft.

I. Korporationen und Genossenschaften, welche nicht im Handelsregister eingetragen sind:

a) Zucht-Korporationen und -Genossenschaften:

Im Kanton Zürich haben sich solche Assoziationen analog den gesetzlich vorgesehenen Genossenschaften zur Haltung von Zuchtstieren gebildet. In Oberwinterthur war die Korporation sogar vorerst mit der Rindviehzuchtgenossenschaft verbunden; 1875 zweigte sie sich von derselben ab, wobei ihr von dem Fonds ein Stammkapital von Fr. 2000 zugeschrieben wurde. In der einfachsten Form sind es freie, statutenlose Vereinigungen von Ziegenbesitzern zur gemeinsamen Haltung eines Zuchtbockes, wie die Korporationen Oberwinterthur und Buchs. Andere haben mehr oder weniger weitgehende Statuten. Die Genossenschaft Freienstein hat z. B. im Jahre 1901 nur provisorische (ungedruckte) Statuten gehabt, die erst auf Grund der Erfahrungen definitiv festgestellt werden sollen; dagegen sind die Statuten der Genossenschaft Fehraltorf und Umgebung nach dem Gutachten des Handelsregisterführers so mustergültig, dass die Genossenschaft auf Grund derselben jederzeit ins Handelsregister eingetragen werden könnte. Einzelne Genossenschaften, z. B. Rorbas, liessen die Statuten vom Regierungsrate sanktionieren.

Im Jahre 1901 bestanden im Kanton im ganzen 14 Korporationen bzw. Genossenschaften dieser Art. Die Genossenschaften Wehenthal (Sitz: Schöfflisdorf) und Töss hatten sich damals schon wieder aufgelöst, letztere aus Mangel an Beteiligung. An der Gründung verschiedener zürcherischer Genossenschaften waren Tierärzte beteiligt, so in Meilen W. Rathgeb, in Fehraltorf J. Wettstein, in Elgg Frey.

Im Kanton *Bern* besteht schon seit 1888 die Genossenschaft Hindelbank; sie hat keine Statuten. Ende der 1890er Jahre erlitten, ihre Mitglieder einen Verlust von Tieren auf der von der Genossenschaft gepachteten Weide (vermutlich infolge Vergiftung). Zur Zeit der schweizerischen landwirtschaftlichen Ausstellung in Bern bestand auch eine Genossenschaft in Worb, welche auf Initiative des Präsidenten der bernischen Kleinviehschaukommission, J. Lehmann, errichtet worden war; als Gründe ihrer Auflösung werden Misserfolge in der Nachzucht und Schwierigkeiten der Sommerstallhaltung genannt. Im November 1890 bildete sich im Originalzuchtgebiet der Saanenziege auf das Betreiben von Samuel Würsten und Tierarzt Würsten eine Genossenschaft. 1896 entstand die Kleinviehzuchtgenossenschaft Grasswil mit einer Ziegenabteilung.

Im Kanton *St. Gallen* wurden seit 1895 Ziegenzuchtgenossenschaften ins Leben gerufen. Von 1895 bis 1900 wirkte eine solche in Libingen, gegründet vom st. gallischen Schauexperten Hch. Rüegg. Auf Grund der revidierten Statuten liess sie sich in das Handelsregister eintragen und gehört somit seit 1900 nicht mehr in diese Kategorie von Genossenschaften; dagegen gehörten ihr im Jahre 1901 neun im Kanton St. Gallen an. Dieselben haben vom Regierungsrat, bzw. vom Volkswirtschaftsdepartement genehmigte Statuten, ungedruckte z. B. die Genossenschaften Quarten und Quinten-Dorf, gedruckte die Genossenschaft Untertoggenburg. Die letztgenannte befand sich 1901 noch im Entwicklungsstadium, indem ihr Tätigkeitsgebiet auf den ganzen Bezirk Untertoggenburg ausgedehnt werden soll und sie sich das Recht der juristischen Person durch Eintragung ins Handelsregister erwerben wird. Die Genossenschaft Salez hatte sich schon vor dem Jahre 1901 wieder aufgelöst.

b) Zucht- und Assekuranz - Korporationen und -Genossenschaften:

Die älteste Genossenschaft dieser Art ist diejenige von Hubromanshorn, 1894 folgte diejenige von Benken (Kt. Zürich) und 1898 diejenige von Zihlschlacht. Letztere bestand von 1896 bis 1898 unter dem Namen, „Kleinviehassekuranz von Zihlschlacht und Umgebung“ als reine Assekuranzgenossenschaft.

II. Genossenschaften, welche im Handelsregister eingetragen sind.

Das schweizerische Obligationenrecht stellt im Titel 27 (Art. 678-715) die Bedingungen fest, unter welchen ein „Personenverband, welcher gemeinsame Zwecke des wirtschaftlichen Verkehrs verfolgt“, als Genossenschaft das Recht der Persönlichkeit sich erwirbt und dann in das Handelsregister einzutragen ist. Die Statuten (Gründungsvertrag) müssen in Schrift verfasst und von mindestens 7 Genossenschaffern unterzeichnet sein. Sie müssen über nachfolgende Punkte Bestimmungen enthalten: 1. Name (Firma); 2. Sitz; 3. Zweck; 4. Bedingungen des Ein- und Austritts der Genossenschaffter; 5. Art und Grösse der von den Genossenschaffern zu leistenden Beiträge; 6. Organisation, Bildung des Vorstandes, Stellvertretung und Zeichnung für die Genossenschaft. Die Eintragung ins Handelsregister hat da, wo die Genossenschaft ihren Sitz hat, zu geschehen. Jedem Genossenschaffter soll, so lange die Auflösung der Genossenschaft nicht beschlossen wird, der Austritt freistehen und zwar, sofern nichts weiteres statutarisch bestimmt ist, je auf Schluss eines Betriebsjahres nach mindestens vierwöchentlicher Kündigung. Ein Mitglied einer Genossenschaft kann auf

Begehren eines andern aus wichtigen Gründen durch Urteil des Richters ausgeschlossen werden. Ist eine Bestimmung, durch welche die persönliche Haftbarkeit der einzelnen Genossenschaffter für Verbindlichkeiten der Genossenschaft ausgeschlossen wird, in den Statuten nicht enthalten, im Handelsregister also nicht veröffentlicht worden, so haften sämtliche Mitglieder solidarisch. Wer in eine Genossenschaft mit persönlicher Haftbarkeit eintritt, haftet auch für die vor seinem Eintritt eingegangenen Schulden. Wenn nicht innerhalb zwei Jahren nach dem Austritt eines Mitgliedes, oder nach im Handelsregister angekündigter Auflösung der Konkurs über die Genossenschaft eröffnet wird, so erlischt die persönliche Haftbarkeit. Jede Genossenschaft muss einen Vorstand (Direktion) aus ein oder mehreren Personen, welcher die Genossenschaft im Verkehr mit Dritten oder vor Gericht vertritt, haben. Diejenigen Vorstandsmitglieder, welche zur Zeichnung Namens der Genossenschaft berechtigt sind, haben ihre Unterschrift vor der kompetenten Behörde zu zeichnen oder die Zeichnung in beglaubigter Form einzureichen. Die Genossenschaft wird durch die vom Vorstande für dieselbe geschlossenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet. Gegenüber Dritten gilt der Vorstand als ermächtigt, alle Arten von Geschäften und Rechtshandlungen für die Genossenschaft vorzunehmen, welche in den Bereich des genossenschaftlichen Zweckes gehören. Der Vorstand ist für die regelmässige Führung der Bücher, sowie der Protokolle über die Beschlüsse der Genossenschaftsorgane verantwortlich. Bei Genossenschaften mit persönlicher Haftbarkeit ist der Vorstand verpflichtet, der Handelsregisterbehörde spätestens innerhalb 3 Monaten jeden Aus- und Eintritt anzumelden. Die Generalversammlung der Genossenschaffter muss einberufen werden, wenn mindestens $\frac{1}{10}$ der Genossenschaffter, oder bei Genossenschaften von weniger als 30 Mitgliedern mindestens 3 Genossenschaffter es verlangen. Das Gericht kann auf den Antrag von 1 oder mehreren Genossenschafftern Vorstandsmitglieder wegen Pflichtvernachlässigung abberufen. Eine Genossenschaft wird durch Beschluss des kompetenten Organs, oder durch Ablauf der statutarisch bestimmten Zeit, sofern nicht die Fortdauer beschlossen worden, oder durch Konkurs-Eröffnung aufgelöst.

a) Zuchtgenossenschaften.

Die erste Ziegenzuchtgenossenschaft, welche in das Handelsregister eingetragen wurde, ist diejenige von Turbenthal (1896); es folgen: 1897 die Genossenschaft Grabs, 1898 die Genossenschaften Räfis-Burgerau, Wildhaus und Buchs (St. Gallen), 1899 die Genossenschaften Arboldswil-Titterten, Starckenbach, Wattwil, Zuzwil-Niederhelfenswil und Frümisen, 1900 die Genossenschaften Libingen und Walde; im Jahr 1901 bestanden also 12 Genossenschaften im Sinne des Obligationenrechts (1 im Kanton Zürich, 10 im Kanton St. Gallen und 1 im Kanton Baselland). Die meisten haben von der Kantonalbehörde genehmigte Statuten, und zwar gedruckte.

b) Zucht- und Assekuranz-Genossenschaften.

1901 bestand bloss eine solche, nämlich die Genossenschaft Gelterkinden (Kanton Baselland). Diese Genossenschaft wurde 1899 bei Anlass eines Ziegenpunktierkurses gegründet.

Im Jahre 1901 zählte man somit in der Schweiz im ganzen 42 Korporationen oder Genossenschaften von Ziegenbesitzern. (Vergl. tabellarische Übersicht.)

Am 16. Februar 1902 wurde in Appenzell Innerrhoden eine Ziegenzuchtgenossenschaft gegründet, welche ihre Tätigkeit über den ganzen Kanton ausdehnt.

Als Assoziationen von Ziegeigentümern hat man noch einzelne Assekuranzen, wie im Kanton St. Gallen die Ziegenversicherung in der Gemeinde Rebstein, im Kanton Thurgau die Ziegenversicherungskorporation Unterschlatt

Die Assoziationen von Ziegenbesitzern in der Schweiz im Jahre 1901.

Name	Politische Gemeinde als Sitz	Tätigkeitsgebiet	Gründungszeit	Datum der Handelsregister-Eintragung	Mitgliederzahl
Kanton Zürich.					
<i>Bezirk Andelfingen.</i>					
1. Ziegenkorporation Benken	Benken	Politische Gemeinde Benken	4. XII. 1894	—	34
2. Ziegenzuchtgenossenschaft Ossingen	Ossingen	Politische Gemeinde Ossingen	2. V. 1897	—	65
3. Ziegenzuchtgenossenschaft Trüllikon	Trüllikon	Zivilgemeinde Trüllikon	?	—	40
<i>Bezirk Bülach.</i>					
4. Ziegenbockkorporation Bassersdorf	Bassersdorf	Polit. Gemeinde Bassersdorf	?	—	15
5. Ziegenzuchtgenossenschaft Freienstein	Freienstein	Polit. Gemeinde Freienstein	V. 1898	—	61
6. Ziegenbockkorporation Ober-Embrach	Ober-Embrach	Schulgemeinde Oberembach	3. IV. 1901	—	25
7. Ziegenzuchtgenossenschaft Gmde. Rorbas	Rorbas	Politische Gemeinde Rorbas	1892	—	70
<i>Bezirk Dielsdorf.</i>					
8. Ziegenkorporation Buchs	Buchs	Politische Gemeinde Buchs	?	—	1)
<i>Bezirk Meilen.</i>					
9. Ziegenbesitzerkorporation Meilen	Meilen	{Ortschaften Feld, Dorf, Berg und Obermeilen}	VII. 1898	—	15
<i>Bezirk Pfäffikon.</i>					
10. Ziegenzuchtgenossenschaft Fehraltorf und Umgebung	Fehraltorf	{Fehraltorf, Russikon, teilw. Pfäffikon, Illnau, Weisslingen, Uster, Volketswil}	24. XII. 1898	—	123
<i>Bezirk Uster.</i>					
11. Ziegenzuchtgenossenschaft Egg und Umgebung	Egg	{Schulgemeinden Egg und Esslingen-Hinteregg, sowie die Ortschaft Aue bei Oetwil a.S.}	27. XI. 1898	—	18
<i>Bezirk Winterthur.</i>					
12. Ziegenzuchtcorporation Elgg	Elgg	{Elgg und von der polit. Gem. Hagenbuch die Ortschaft Hagenstal}	18. II. 1900	—	72
13. Korporation der Ziegenbesitzer der Zivilgemeinde Oberwinterthur	Oberwinterthur	Zivilgemeinde Oberwinterthur	1875	—	28
14. Ziegenzuchtgenossenschaft Turbenthal	Turbenthal	Turbenthal und Wila	10. IX. 1895	28. II. 1896	29
<i>Bezirk Zürich.</i>					
15. Ziegenkorporation Urdorf	Oberurdorf	Polit. Gemeinde Oberurdorf	18. IX. 1890	—	19
16. Korporation Schlieren	Schlieren	Schlieren	?	—	?
Kanton Bern.					
<i>Bezirk Burgdorf.</i>					
17. Ziegenzuchtgenossenschaft Hindelbank	Hindelbank	Dorf Hindelbank	1888	—	?
<i>Bezirk Saanen.</i>					
18. Ziegenzuchtgenossenschaft Saanen	Saanen	Amtsbezirk Saanen	IX. 1890	—	62
<i>Bezirk Wangen.</i>					
19. Kleinviehzuchtgenossenschaft, Abteilung „Ziegen“, Grasswil	Seeberg	Orts-Einwohnergem. Grasswil	1896	—	17
Kanton Baselland.					
<i>Bezirk Sissach</i>					
20. Ziegenzuchtgenossenschaft Gelterkinder und Umgebung	Gelterkinder	{Gelterkinder, Ormalingen und Rickenbach}	5. II. } 1899 12. III. }	21. II. 1899	42
<i>Bezirk Waldenburg.</i>					
21. Ziegenzuchtgenossenschaft Arholdswil, Titterten und Umgebung	Arholdswil	{Arholdswil, Titterten und Umgebung}	3. III. 1899	25. III. 1899	41

1) Die Korporation Buchs ist nicht eigentlich organisiert

Name	Politische Gemeinde als Sitz	Tätigkeitsgebiet	Gründungszeit	Datum der Handelsregister-Eintragung	Mitgliederzahl
22. Ziegenzuchtgenossenschaft Rebstein . . .	Kanton St. Gallen. <i>Bez. Rheinthal, Ober-</i> Rebstein	Politische Gemeinde Rebstein	9. II. 1898	—	17
	<i>Bezirk Sargans.</i>				
23. Ziegenzuchtgenossenschaft Murg	Quarten	Ortsgem. Murg und Umgebung	1897	—	25
24. *Ziegenzuchtgenossenschaft Oberterzen .	"	Ortsgemeinde Oberterzen	1. IV. 1898	—	11
25. Ziegenzuchtgenossenschaft Quarten und Umgebung	"	Ortsgem. Quarten u. Umgebung	10. III. 1901	—	11
26. Ziegenzuchtgenossenschaft Quinten-Dorf .	"	Ortsgemeinde Quinten	8. IV. 1900	—	20
	<i>Bezirk See.</i>				
27. *Ziegenzuchtgenossenschaft Walde	St. Gallenkappel . .	Walde und Umgebung	31. XII. 1899	25. V. 1900	15
	<i>Bez. Toggenburg, Alt-</i>				
28. *Genossenschaft Müselbach-Kirchberg . .	Kirchberg	Polit. Gemeinde Kirchberg	28. XI. 1897	—	22
29. *Ziegenzuchtgenossenschaft Libingen und Umgebung	Mosnang	Kirchgemeinde Libingen	28. IV. 1895	28. V. 1900	16
	<i>Bezirk Toggenburg, Neu-</i>				
30. *Ziegenzuchtgenossenschaft Wattwil und Umgebung	Wattwil	Politische Gemeinden Wattwil, Krinau und Lichtensteig	16. IV. 1899	5. IX. 1899	36
	<i>Bezirk Toggenburg, Ober-</i>				
31. *Ziegenzuchtgenossenschaft Starkenbach (Alt St. Johann)	Alt St. Johann . . .	Polit. Gemeinde Alt St. Johann	6. VIII. 1898	1. IV. 1899	16
32. *Ziegenzuchtgenossenschaft Stein	Stein	Politische Gemeinde Stein	5. IV. 1898	—	20
33. *Ziegenzuchtgenossenschaft Wildhaus . .	Wildhaus	Polit. Gemeinde Wildhaus	24. X. 1897	25. V. 1898	51
	<i>Bezirk Toggenburg, Unter-</i>				
34. *Ziegenzuchtgenossenschaft des Bezirks Untertoggenburg	Flawil	Politische Gemeinden Flawil, Degersheim und Oberuzwil	1. VIII. 1898	—	24
	<i>Bezirk Werdenberg.</i>				
35. *Ziegenzuchtgenossenschaft Buchs	Buchs	Buchs-Altendorf	17. XII. 1897	17. XI. 1898	26
36. Ziegenzuchtgenossenschaft Räfis-Burgerau	"	(Oberer Teil der polit. Gmde.) Buchs und ein Teil der polit. Gemeinde Sevelen	21. XI. 1896	3. I. 1898	15
37. *Ziegenzuchtgenossenschaft Gams	Gams	Politische Gemeinde Gams	30. V. 1896	—	16
38. *Ziegenzuchtgenossenschaft Grabs	Grabs	Politische Gemeinde Grabs	II. 1896	18. V. 1897	21
39. *Ziegenzuchtgenossenschaft Frümsen . .	Sennwald	Ortsgemeinden Frümsen u. Sax	6. XI. 1899	26. XII. 1899	17
	<i>Bezirk Wil.</i>				
40. Ziegenzuchtgenossenschaft Zuzwil, Niederhelfenswil und Umgebung	Zuzwil	(Zuzwil, Lenggenwil, Zuckerriet, Niederhelfenswil, Sonnenthal, Züberwangen u. Weiher bei Zuzwil)	19. III. 1899	20. XII. 1899	65
	Kanton Thurgau. <i>Bezirk Arbon.</i>				
41. Ziegen-Assekuranz-Gesellschaft Romanshorn, Salmsach und Umgebung (Hub-Romanshorn und Umgebung)	Romanshorn	(Hub-Romanshorn, Holzenstein, Utwil, Kesswil, Salmsach und Umgebung)	1. I. 1893	—	52
	<i>Bezirk Bischofszell.</i>				
42. Ziegenzucht-u. Assekuranz-Genossenschaft Zihlschlacht und Umgebung	Zihlschlacht	Zihlschlacht, Sitterdorf, Schöcherswil, Schrofien, Göttighofen, Heldswil, Hohentannen und Gottshaus, sowie ein Teil der st. gall. polit. Gemeinde Muolen (Oberegg, Unteregg und Ratzenwil)	18. X. 1896	—	47

Die mit * bezeichneten sind Verbandsgenossenschaften.

Die organisatorischen Grundsätze dieser Assoziationen lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

1. Die Dauer der Assoziationen ist in der Regel unbestimmt.

Gewöhnlich ist die Genossenschaft bzw. Korporation mit Aufstellung und Unterzeichnung der Statuten gegründet; doch gibt es, wie wir gesehen, auch statutenlose Vereinigungen. Die Statuten sind meist mit den Originalunterschriften dem Genossenschaftsprotokoll einverleibt und werden auch jedem Mitglied gedruckt zugestellt. Bei einer Anzahl von Genossenschaften sind sie nach Genehmigung durch die zuständige Kantonsbehörde in Kraft getreten. Bei den Genossenschaften im Sinne des Obl.-Rechts beginnt der Geschäftsbetrieb mit der Erlangung des rechtlichen Bestands (jurist. Persönlichkeit) durch die Eintragung in's Handelsregister.

Die Auflösung erfolgt in der Regel durch Beschluss der Mitglieder, wobei in der Versammlung derselben in den meisten Fällen $\frac{2}{3}$ Stimmen (bei der Genossenschaft Hub-Romanshorn $\frac{1}{2}$) erforderlich sind. Dagegen haben die Genossenschaften Saanen und Zihlschlacht spezielle Bestimmungen, nämlich erstere, dass sie solange sie noch 4 Mitglieder, letztere solange sie noch 10 Mitglieder zählt, nicht aufgelöst werden kann. Ins Handelsregister eingetragene Genossenschaften haben einen allfälligen Auflösungsbeschluss dem Registerführer zur Kenntniss zu bringen.

Die Genossenschaft Appenzell sichert den Bestand statutarisch bis 1. Februar 1905; auch die Genossenschaft Fehraltorf hatte den Bestand in den Statuten auf 3 Jahre vorgesehen und für Genossenschafter, welche vor 31. Dezember 1899 austreten würden, eine Loskaufstaxe (Minimum für Ziegenbesitzer Fr. 3.—) vorgesehen.

2. Die Mitglieder sind meistens Ziegenbesitzer.

In Quinten sind sämtliche Besitzer von Ziegen der Dorfherde Mitglieder. Sind Frauen im Besitze von Ziegen, so können auch diese Mitglieder werden; ausdrücklich sehen dies die Statuten der Korporation Meilen vor. Einzelne Vereinigungen führen Kontrollbücher, in welche der Ziegenbesitz für jedes Mitglied registriert wird; so bestimmt die Genossenschaft Zihlschlacht statutarisch: „Alle Ziegen im Alter von über 2 Jahren sind unter Angabe des Alters, der Farbe und anderer Kennzeichen in das Kontrollbuch einzutragen; Ankauf, Verkauf oder Tausch sind dem Präsidenten sofort zur Anzeige zu bringen, bei Busse von 50 Rappen bis 2 Franken im Unterlassungsfalle; die Einschreibgebühren betragen 20 Rappen per Ziege, für Abänderungen 20 Rappen.“

Einzelne Genossenschaften (Fehraltorf, Elgg, Turbenthal, Quarten) nehmen auch Freunde der Ziegenzucht als Mitglieder auf.

3. Die Mitglieder versammeln sich in der Regel ordentlicher Weise je 1 Mal während eines Betriebsjahres zur Beschlussfassung über die Genossenschaftstätigkeit (General-, Haupt- oder Genossenschaftsversammlung), ausserordentlicher Weise, so oft es Geschäfte verlangen.

Verschiedene Genossenschaften sehen vor, dass die ordentliche Versammlung innerhalb zweier Monate nach Schluss eines Rechnungsjahres stattfinden müsse (Fehraltorf, Turbenthal), andere setzen statutarisch den Monat für die ordentliche Hauptversammlung fest (Zihlschlacht und Gelterkinden: Januar; Appenzell: Februar; Meilen: Juli; Quarten und Untertoggenburg: November).

Das Geschäftsjahr fällt öfters nicht mit dem Kalenderjahr zusammen, so läuft es für die Korporation Meilen je vom 1. Juli bis 30. Mai und für die Genossenschaft Fehraltorf vom 1. März bis Ende Februar; bei den Genossenschaften Untertoggenburg und

Buchs (St. Gallen) schliesst das Rechnungsjahr mit 30. September, bei der Genossenschaft Quarten mit Ende November.

Die Versammlungen sind meist für die männlichen Mitglieder obligatorisch. Als Entschuldigungsgründe für Nichterscheinen gelten: Militärdienst, eigene Krankheit, Todesfall in der Familie, Bürgerpflichten; bei Bussen für unentschuldigtes Ausbleiben wird von einigen Genossenschaften ein Unterschied für ordentliche und ausserordentliche Versammlungen gemacht (Elgg, Turbenthal etc.). Die Genossenschaft Quarten sieht als Entschuldigungsgrund auch Gemeinde- und Vereinsversammlungen, für welche eine höhere Busse als für die Genossenschaftsversammlungen festgesetzt ist, an. Die Busse beträgt in der Regel 50 Rappen (bei den Genossenschaften Buchs (St. Gallen), Wattwil und Zihlschlacht 1 Fr., bei den Genossenschaften Elgg und Turbenthal für ausserordentliche Versammlungen 30 Rappen). Die Genossenschaft Buchs (St. Gallen) sieht auch für verspätetes Erscheinen oder zu frühes Verlassen der Versammlung, die Korporation Meilen für das Zuspätkommen eine Busse vor (20 Rappen).

Buchs (St. Gallen) hat die Bestimmung, dass für ein Mitglied, solange dasselbe seinen Ziegenbestand entäussert hat, die Versammlungsbesuchspflicht aufhört. Nicht obligatorisch ist der Besuch der Versammlungen z. B. in der Genossenschaft Quintendorf; dort haben sich sämtliche Mitglieder den Beschlüssen der Anwesenden zu fügen.

Bei den Abstimmungen hat jedes männliche Mitglied eine Stimme; in den Statuten von Meilen ist das Stimmrecht auch den Frauen eingeräumt. Die Genossenschaften Fehraltorf, Elgg und Turbenthal lassen schriftlich bescheinigte Stellvertretung durch ein anderes Mitglied („im Aktivbürgerrecht befindlicher Genossenschafter“, wie Fehraltorf sagt) zu. Bei Beschlüssen entscheidet gewöhnlich die Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Die Statuten können in jeder Genossenschaftsversammlung, in welcher mindestens die Hälfte aller Genossenschafter anwesend sind (Turbenthal, etc.), eventuell, wenn es $\frac{2}{3}$ der anwesenden Mitglieder verlangen (Fehraltorf, Gelterkinden, etc.), revidiert werden.

4. Die Geschäftsführung ist von der Generalversammlung einem Vorstand übertragen. Dieser Vorstand, in St. Gallen „Kommission“ genannt, vertritt die Genossenschaft nach Aussen gerichtlich und aussergerichtlich.

Zur Annahme der Wahl in den Vorstand ist jedes männliche Mitglied auf eine Amtsdauer verpflichtet. Die Amtsdauer ist verschieden bestimmt: 1 Jahr bei der Mehrzahl der Genossenschaften, 2 Jahre bei den Genossenschaften Fehraltorf, Untertoggenburg, Quarten, Quinten-Dorf, 3 Jahre bei den Genossenschaften Saanen und Meilen; bei letztgenannter fällt die Amtsdauer mit derjenigen des Gemeinderates zusammen. Die Statuten sehen fast durchwegs die Wiederwählbarkeit der Vorstandsmitglieder vor. Die Genossenschaft Buchs (St. Gallen) dagegen hat in ihren Statuten die Bestimmung, dass nach Ablauf einer Amtsdauer ein Mitglied für zwei weitere frei ist.

Der Vorstand sorgt für Vollziehung der Statuten und der Beschlüsse der Genossenschaftsversammlungen und erledigt die laufenden und die Vorberatung der vor die Genossenschaft kommenden Geschäfte. Neben der ordentlichen Jahresversammlung kann der Vorstand, wenn er es für nötig erachtet, und muss, wenn ein schriftliches Gesuch von einer bestimmten Anzahl Mitglieder vorliegt, ausserordentliche Genossenschaftsversammlungen einberufen. Das schriftliche Gesuch muss bei den Genossenschaften Fehraltorf, Walde, Untertoggenburg, etc. von $\frac{1}{10}$, bei andern Genossenschaften von $\frac{1}{3}$ sämtlicher Mitglieder, bzw. Stimmberechtigten gestellt werden. Der Vorstand hat für jede Genossenschaftsversammlung Zeitpunkt und Traktanden rechtzeitig

durch Publikation oder besondere Karten bekannt zu machen. Die Statuten von Untertoggenburg, Buchs (St. Gallen), Grabs, Frümßen und Zuzwil bestimmen mindestens 3, diejenigen von Libingen und Wattwil mindestens 8 Tage vor Abhaltung. St. gallische Genossenschaften bezeichnen in ihren Statuten 1 bis 2 Publikationsorgane (Walde: „St. Galler-Volksblatt“, Libingen: „Altoggenburger“ und „Toggenburger-Zeitung“, Wildhaus: „Werdenberger“ und „Obertoggenburger“, Untertoggenberg: „Bezirksanzeiger“, Räfes-Burgerau: „Werdenberger“ und „Obertoggenburger“, Grabs und Frümßen: „Werdenberger“, Zuzwil: „Allgemeiner Anzeiger von Uzwil“).

Der Vorstand besteht in der Regel aus 5 Mitgliedern. Die Generalversammlung bezeichnet gewöhnlich nur den Präsidenten und überlässt die weitere Konstituierung dem Vorstände (Bezeichnung des Aktuars, bezw. Sekretärs, des Kassiers bezw. Quästors und der Ersatzmänner bezw. Beisitzer). Die Genossenschaft Fehraltorf hat einrn siebengliedrigen, Quinten-Dorf unter anderen einen dreigliedrigen Vorstand. Die Führung der rechtsverbindlichen Unterschrift der Genossenschaft kommt dem Präsidenten oder dessen Stellvertreter kollektiv mit dem Aktuar, event. auch mit dem Kassier zu. Stellvertreter des Präsidenten (Vize-Präsident) ist entweder der Aktuar (wie bei den Genossenschaften Libingen und Wattwil) oder der Kassier (wie bei den Genossenschaften Elgg, Meilen, etc.) oder ein Suppleant. Ausnahmsweise sehen Genossenschaften Entschädigungen an die Vorstandsmitglieder für ihre Bemühungen vor, namentlich solche Genossenschaften, welche auch den Versicherungszweck haben. Die Statuten der Genossenschaft Hub-Romanshorn setzen fest, dass diese Entschädigungen je nach Beschluss der Generalversammlung erfolgen soll.

Der Präsident leitet die Verhandlungen der Genossenschaftsversammlungen und der Vorstandssitzungen und sorgt für Ausführung der Beschlüsse. Bei Abstimmungen kommt ihm der Stichentscheid zu. Der ordentlichen Hauptversammlung hat er Bericht über die Jahrestätigkeit der Genossenschaft zu erstatten.

Der Aktuar führt das Protokoll und besorgt die vom Präsidenten angeordneten oder statutarisch vorgesehenen schriftlichen Arbeiten (Korrespondenzen, Anteilscheinverzeichnis, Kontrollbücher etc.).

Der Kassier besorgt die Einnahmen und Ausgaben, führt Buch und legt die Jahresrechnung (nach den Statuten von Elgg: mit Inventar) ab. Dem Vorstand der Genossenschaft Saanen ist statutarisch ein Verfügungsrecht über den Betrag von Fr. 30, in dringenden Fällen bis Fr. 150, eingeräumt. Bei einer allfälligen Auflösung einer Genossenschaft hat der letzte Vorstand die Liquidation zu machen.

5. Die Generalversammlung bestellt zur Prüfung des Rechnungswesens 2 bis 3 Rechnungsrevisoren.

Die Rechnungsrevisoren haben zu Händen der Generalversammlung schriftlichen Bericht und Antrag zu stellen. Die Statuten der Genossenschaften Fehraltorf und Meilen sehen vor, dass sie bei Beratungen über wichtigere Ankäufe vom Vorstand beizuziehen sind. Bei der Genossenschaft Appenzell bilden die Rechnungsrevisoren zugleich die Ziegenauswahlkommission (Expertenkommission); sie haben auch die Protokolle, Zuchtregister etc. zu durchsehen.

6. Die ordentliche Hauptversammlung nimmt Jahresbericht und Jahresrechnung über die Genossenschaft entgegen und trifft die erforderlichen Wahlen.

Bei Wahlen entscheidet das absolute Mehr. Die Genossenschaft Saanen sieht ausdrücklich geheime Abstimmungen vor.

7. Die Mitgliedschaft wird in der Regel durch Unterzeichnung der Statuten und Einlösung wenigstens

eines Anteilscheines oder Entrichtung eines Eintrittsgeldes erworben.

Die meisten Genossenschaften legten den Grund zum Betriebskapital durch Ausgabe von Anteilscheinen, welche die Mitglieder erwerben mussten. Nach der Gründung, Eintretende müssen entweder ebenfalls Anteilscheine übernehmen oder statt dessen ein von der Generalversammlung fixiertes Eintrittsgeld entrichten, oder zur Übernahme von Anteilscheinen noch ein Eintrittsgeld bezahlen.

Die Anteilscheine sind weder teil- noch übertragbar (Ausnahmen bestimmt die Hauptversammlung) und fallen ausser die Bestimmungen des eidgenössischen Betriebs- und Konkursgesetzes. Bei einer allfälligen Auflösung der Genossenschaft sind sie nach verschiedenen Statuten (Turbenthal, Quarten) zurückzubehalten. Turbenthal hat folgende statutarische Bestimmungen: „Die Anteilscheine dürfen nur an Genossenschaftler wiederverkauft werden. Wenn sich die Genossenschaft in der Lage befindet, dies tun zu können, müssen die Anteilscheine derselben zuerst zum Ankauf angeboten werden. Die Zahl der Anteile, die zur Ausgabe gelangt, bestimmt die Generalversammlung, und es dürfen auch nicht mehr ausgegeben werden, als nötig sind.“ Bei der Genossenschaft Appenzell müssen auch Neueintretende mindestens einen Anteilsschein einlösen; die Anteilscheine haben den Namen des Inhabers (Genossenschaftlers) und den einbezahlten Betrag anzugeben und tragen eine mit dem Anteilbuch übereinstimmende Nummer. Die Höhe der Einbezahlung für einen Anteilsschein beträgt in dieser Genossenschaft Fr. 5. Anteilsscheine à Fr. 1 haben die Genossenschaften Libingen, Wattwil, Räfis-Burgerau, solche à Fr. 1.50 Gelterkinden und Walde, solche à Fr. 2 Arbolds- wil, Starkenbach, Wildhaus, Untertoggenburg, Buchs (St. Gallen), Grabs und Frümßen, solche à Fr. 5 Turbenthal.

Das Eintrittsgeld richtet sich meistens nach dem Genossenschaftsvermögen. Starkenbach bestimmt statutarisch, dass dasselbe nie die Höhe eines Genossenschaftsguthabens übersteigen darf. Die Genossenschaften Meilen, Elgg, Turbenthal, Hub-Romanshorn, Quinten haben das Eintrittsgeld auf Fr. 1 fixiert; in Gelterkinden beträgt das Eintrittsgeld gemäss Beschluss der Genossenschaftsversammlung vom 12. März 1899 Fr. 3. 50.

Gewöhnlich sind die Aufnahmsgesuche an den Präsidenten der Genossenschaft zu richten, der dieselben mit Gutachten des Vorstandes der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorlegt. In Zuzwil können während des Jahres Mitglieder durch den Vorstand aufgenommen werden; das Eintrittsgeld bestimmt aber dann die nächste Hauptversammlung. In Fehraltorf wird die Eintrittsgebühr vom Vorstand festgesetzt.

8. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen, das Wohl und Gedeihen der Vereinigung zu wahren und den statutarischen Bestimmungen nachzuleben.

Die Genossenschaft Fehraltorf sieht Bussen bis auf Fr. 5, in schweren Fällen Ausschluss, bei Unterlassungen oder Lässigkeit in den statutarischen Pflichten vor; die Bestrafung erfolgt auf Antrag des Vorstandes durch die Genossenschaftsversammlung.

9. Der Austritt geschieht, abgesehen durch Tod oder Konkurs, entweder durch freiwillige schriftliche Kündigung auf Schluss eines Rechnungsjahres oder durch von der Genossenschaftsversammlung wegen Pflichtvernachlässigung angeordneten Ausschluss.

Die Austrittsgesuche sind gewöhnlich an den Präsidenten zu Händen der Genossenschaftsversammlung wenigstens 3 (Libingen 2) Monate vor Schluss eines Rechnungsjahres zu stellen und für Ausschluss sind $\frac{2}{3}$ Stimmen von den in der Hauptversammlung anwesenden Mitgliedern nötig. Die Genossenschaft Zihlschlacht hat

die Bestimmung, dass innert einem Geschäftsjahr nur diejenigen, welche das Domizil ausser den Wirkungskreis der Genossenschaft verlegen, austreten können: diejenigen, welche auf Ende des Geschäftsjahres ihren Austritt nehmen wollen, haben die schriftliche Kündigung im Monat Dezember einzureichen.

Freiwillig Austretende, oder Konkursiten, sowie beim Tod eines Mitgliedes dessen Rechtsnachfolger haben in der Regel Anspruch auf Rückzahlung des Geschäftsanteiles nach der Bilanz der letzten Jahresrechnung. Wie die Ausgeschlossenen verlieren bei den Genossenschaften Fehraltorf, Elgg, Turbenthal, Appenzell, Quarten, Quinten-Dorf und Zuzwil auch die freiwillig Austretenden etc. jedes Anrecht auf das Genossenschaftsvermögen. Die Genossenschaft Fehraltorf sieht aber vor, dass ein Rechtsnachfolger eines verstorbenen Mitgliedes ohne weiteres an dessen Stelle treten kann, und die Genossenschaft Appenzell, dass direkten Erben nach Beschluss der Generalversammlung ein Betreffnis am Genossenschaftsvermögen ausgehändigt werden kann.

Austrittsgelder beziehen die Genossenschaften Elgg, Turbenthal (Fr. 2), Fehraltorf (Betreffnis, welches dem Betrage der sämtlichen Passiven geteilt durch die Zahl der Genossenschafter gleichkommt), Appenzell (im Verhältnis der Zahl der Gutscheine zu den Passiven), Zihlschlacht (Fr. 2) u. s. w. Bei einzelnen Genossenschaften wird diese Gebühr erlassen, wenn der Austritt wegen Aufgabe der Ziegenhaltung erfolgt (Elgg, Zihlschlacht). Die Genossenschaften Elgg und Turbenthal legen den Austretenden die Verpflichtung zur Deckung eines allfälligen Passivanteils auf und die Genossenschaft Quarten bestimmt statutarisch, dass austretende Mitglieder für die laufenden Passiven haften.

10. Über Streitigkeiten, welche zwischen der Genossenschaft und einzelnen Mitgliedern in Bezug auf genossenschaftliche Angelegenheiten entstehen, entscheidet entweder der ordentliche Richter, oder ein Schiedsgericht, oder die Mehrheit der Mitglieder der Generalversammlung.

Ein Schiedsgericht sehen verschiedene st. gallische Genossenschaften vor. Über die Zusammensetzung stellen die Statuten von Wattwil folgendes fest: jede der beiden Parteien bestimmt ein Mitglied und die zwei Mitglieder, bezw. bei Nichtverständigung das zuständige Bezirksgericht, bezeichnen einen Obmann.

11. Die zur Erreichung der Genossenschaftszwecke benötigten Gelder (Betriebsmittel) werden durch Ausgabe von Anteilscheinen, durch Mitgliederbeiträge (Ein- und Austrittsgelder, eventuell Jahresbeiträge), Bussen, Einschreibgebühren und drgl., sowie durch allfällige Beiträge von Privaten, Gemeinden und Staat, durch die der Genossenschaft zufallenden Prämienfelder, den Erlös ausgedienter Böcke etc. beschafft.

Einen direkten Geschäftsgewinn beabsichtigen die Genossenschaften nicht zu machen. In der Regel haftet nur das Vermögen der Genossenschaft für die Verbindlichkeiten derselben und jede persönliche Haftbarkeit der Mitglieder ist ausgeschlossen. Die Genossenschaften Arboldswil und Quinten haben hingegen solidarische Haftbarkeit der Mitglieder.

Die Genossenschaft Saanen sieht nur jährliche Unterhaltungsgelder von Fr. 3 vor; weitere finanzielle Leistungen für die Mitglieder bestehen keine. Jahresbeiträge haben die Genossenschaften Quarten (Fr. 1.—), Zihlschlacht, Hub-Romanshorn (per Ziege 30 Ct.), Fehraltorf (je nach den gehaltenen Auslagen verteilt auf die betreffenden Anteile, resp. auf die eingeschriebenen Ziegen), Quarten, u. s. w. Einzelne Korporationen können nötigenfalls nach Versammlungsbeschluss einen kleinen Mitgliederbeitrag erheben. Die

Statuten der Genossenschaft Hub-Romanshorn setzen fest, dass von Mitgliedern, welche den Beitrag nicht innert 14 Tagen vom Tage des Einzuges an die Kasse abliefern, derselbe rechtlich erhoben wird.

Verschiedene Genossenschaften decken ihre allfälligen Mehrausgaben aus den von den Mitgliedern erhobenen Nachschüssen. Die Genossenschaft Quarten verlegt einen allfälligen Ausgabenüberschuss auf die Mitglieder nach der Zahl der von ihnen gehaltenen Ziegen (im Minimum 25 Ct.). In der Genossenschaft Fehraltorf werden die Mehrkosten auf die eingeschriebenen Ziegen der Mitglieder verteilt; ein Mitglied ist nach der Anzahl der Ziegen, die dasselbe zur Aufnahme angibt, beitragspflichtig. Die Genossenschaft Elgg bezieht eventuell Nachschüsse nach der Zahl der je auf 1. Februar im Besitz der Mitglieder befindlichen Ziegen.

Die Genossenschaft Fehraltorf erhält von der gemeinnützigen Gesellschaft des Bezirkes Pfäffikon finanzielle Unterstützung.

12. Die meisten Genossenschaften haben bloss eine Betriebskasse, kein angelegtes Vermögen. Nur einige wenige Vereinigungen sehen die Bildung eines Reservefonds in den Statuten vor.

Die Statuten der Genossenschaft Hub-Romanshorn bestimmen, dass der jeweilige Kassenbestand, wenn er 60 Fr. übersteigt, zinstragend angelegt werden muss und dass aus den auf die Ziegen verlegten Beiträgen von 30 Ct. per Stück und allfälligen Kassenvorschüssen ein Reservefonds zu bilden und zu äpfnen ist. Die Genossenschaft Turbenthal legt $\frac{3}{4}$ allfälliger Prämien und Unterstützungen von Bund und Kanton zu einem Reservefonds an. Die Korporation Meilen bildet aus Rechnungsüberschüssen einen Reservefonds, dessen Zinsen aber wieder der Betriebskasse zu fallen; bei Inangriffnahme des Fonds selbst jedoch muss das Fehlende im folgenden Jahr ersetzt werden.

Der bereits hiervor erwähnte „Ziegenfonds Oberwinterthur“, welcher in der zürcherischen Gemeindefinanzstatistik aufgeführt wird und der in der Nutzung der Ziegenbesitzerkorporation der Zivilgemeinde Oberwinterthur steht, verzeigte auf Anfang des Jahres 1901 einen Bestand von Fr. 2,052. Die Korporation Oberdorf ist im Eigentum von zwei Wiesen.

Eine Anzahl Genossenschaften regulieren in ihren Statuten die Verwendung eines allfälligen Vermögens bei einer Auflösung. Die Korporation Meilen würde ihren Reservefonds dem Gemeinderat übergeben, der denselben im Interesse der Ziegenhaltung zu verwenden hätte. Von der Genossenschaft Elgg würde die vorhandene Barschaft der Zivilgemeindegasse zufallen, welche dieselbe mit den Büchern und Gerätschaften einer allfällig neu gegründeten ähnlichen Gesellschaft auszuhändigen hätte. Das Reinvermögen der Genossenschaft Turbenthal würde eine Gesellschaft mit ähnlichen Bestrebungen in Turbenthal und Umgebung, die Bücher und Gerätschaften aber der landw. Verein Turbenthal erhalten. Die Genossenschaft Appenzell würde das Barvermögen nach Zahl der Anteilscheine unter die Mitglieder verteilen, das Inventar aber der kantonalen Landwirtschaftskommission zuweisen. Eine Reihe Genossenschaften von St. Gallen (Libingen, Wattwil, Untertoggenburg, Wildhaus, Buchs und Grabs) gehen dahin, dass die Verteilung der Kasse nach Geschäftsanteilen unter die Mitglieder zu erfolgen hätte. Hub-Romanshorn hat die statutarische Bestimmung, dass die Kasse nach Massgabe der Gesamteinlagen unter die Mitglieder vom letzten Jahr zu verteilen wäre, und die Genossenschaft Fehraltorf, dass das Reinvermögen zu gleichen Teilen unter die Mitglieder verteilt werden müsse. Eine ähnliche Bestimmung wie Fehraltorf hat auch die Genossenschaft Zuzwil.

St. gallische Genossenschaften haben sich zu dem „Verband der Genossenschaften für Zucht der Toggen-

burger-Ziegen“, Sektion der landwirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons St. Gallen, zusammengetan. Zweck dieses Verbandes ist die Förderung der Züchtung, der Haltung und des Absatzes der Toggenburger-Ziegen. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf Unternehmungen innerhalb des ganzen Verbandes und auf solche spezieller Vereinigungen, die sich für bestimmte, nicht dem Verband direkt zufallende Aufgaben innerhalb des Verbandes bilden und in deren Spezialvorständen je ein Verbandsvorstandsmitglied zur Wahrung der Einheitlichkeit des Schaffens und des Zusammenhanges vertreten sein muss.

Bereits 1899 hatten sich die Ziegenzuchtgenossenschaften Werdenbergs zu einem Verbands zusammengeschlossen, dem sich nach und nach auch andere Vereinigungen angliederten. An der Abgeordnetenversammlung in St. Gallen, am 14. Juli 1901, wurden die Statuten für einen allgemeinen Verband der Toggenburger-Ziegen züchtender Genossenschaften aufgestellt, die in Kraft treten sollten, sobald sie wenigstens 10 Genossenschaften unterzeichnet und vom st. gallischen Volkswirtschaftsdepartement genehmigt sein würden. Die Unterzeichnung geschah durch 4 Genossenschaften aus dem Bezirk Werdenberg, 3 aus dem Bezirk Obertoggenburg, 2 aus dem Bezirk Alltogggenburg und durch je 1 Genossenschaft aus den Bezirken Untertoggenburg, Neutoggenburg, See und Sargans und die Statutengenehmigung durch die zuständige Kantonsbehörde erfolgte unterm 17. VIII./11. X. 1901. Die Statuten wurden hierauf im Druck herausgegeben.

Der Sitz des Verbandes ist der st. gallische Wohnort des jeweiligen Präsidenten (1901: Werdenberg bei Grabs).

Die Dauer des Verbandes ist unbestimmt. Bei der Auflösung würde allfälliges Vermögen dem st. gallischen Volkswirtschaftsdepartement zur Verwahrung übergeben. Dieses Vermögen sollte, wenn innerhalb 5 Jahren ein neuer Verband entstehen würde, diesem zufallen, sonst vom Kanton zur Förderung der Zucht der Toggenburger-Ziegen zukommen.

Der Eintritt steht allen Toggenburger-Ziegen züchtenden Genossenschaften, deren Statuten vom st. gallischen Volkswirtschaftsdepartement genehmigt sind, zu. Die Anmeldungen sind unter Beilegung der Statuten an den Verbandsvorstand zu richten. Eines besonderen Aufnahmebeschlusses bedarf es nicht. Ist Verbandsvermögen vorhanden, so kann der Vorstand ein Eintrittsgeld bestimmen, welches jedoch nicht höher sein darf, als der Betrag, der sich ergibt, wenn man das Verbandsvermögen mit der Zahl der Verbandsgenossenschaften dividiert.

Der Austritt ist jeder Genossenschaft auf Ende eines Kalenderjahres bei rechtzeitiger Abmeldung (spätestens 30. September) gestattet. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Verbandszwecke, bei Nichtbeachtung der Statuten oder bei Nichtbefolgung der Anordnungen des Verbandsvorstandes kann die Abgeordnetenversammlung eine Genossenschaft ausschliessen. Freiwillig austretende, sich auflösende oder ausgeschlossene Genossenschaften haben keinen Anspruch auf das Verbandsvermögen.

Über Streitigkeiten zwischen Verband und Genossenschaften oder einzelnen Genossenschaftern entscheidet ein dreigliedriges Schiedsgericht nach freiem Ermessen und endgültig. In dieses Schiedsgericht wählt jede Partei ein Mitglied und die landwirtschaftliche Gesellschaft des Kantons St. Gallen den Obmann; für die Wahl sind Bezirksanwälte ausgeschlossen. Gegen den Ausschluss einer Genossenschaft aus dem Verbandsverbande ist Rekurs an das st. gallische Volkswirtschaftsdepartement zulässig, welches auf Grund der Prüfung der Sachlage endgültigen Entscheid fällt.

Die Verbandsorgane sind: die Abgeordnetenversammlung, der fünfgliedrige Vorstand und die zwei Rechnungsrevisoren. Jedes Mitglied einer Verbandsgenossenschaft ist verpflichtet, eine Wahl in den Vorstand oder als Rechnungsrevisor für eine Amtsdauer von 2 Jahren anzunehmen.

An die Abgeordnetenversammlung haben die Verbandsgenossenschaften auf bis 30 Mitglieder einen, auf über 30 Mitglieder zwei Abgeordnete zu entsenden. In dieser Versammlung haben die Mitglieder der st. gallischen Kleinviehschaukommission beratende Stimme. Es finden je nach Entscheid geheime oder offene Abstimmungen statt. Die Fassung der Beschlüsse geschieht in der Regel mit Stimmenmehrheit; für Ausschluss von Genossenschaften, Statutenrevision und Verbandsauflösung sind aber $\frac{2}{3}$ der vertretenen Stimmen erforderlich.

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, dem Aktuar (zugleich Vize-Präsident), dem Kassier und zwei Ersatzmännern. Aktuar und Kassier bestimmt der Vorstand selbst aus seiner Mitte. Die Führung der rechtsverbindlichen Unterschrift und die Vertretung des Verbandes nach Aussen kommt dem Präsidenten kollektiv mit Aktuar oder Kassier zu. Der Vorstand sorgt für die Ausführung der Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung und leitet die Verbandsgeschäfte; er hat die Abgeordnetenversammlung ordentlichlicherweise je im Januar, ausserordentlichlicherweise so oft es notwendig oder durch schriftliches Gesuch von mindestens zwei Verbandsgenossenschaften verlangt wird, einzuberufen und die Traktandeu wenigstens 14 Tage vor Abhaltung den Verbands-genossenschaftspräsidenten bekannt zu geben. Die Vertretung in Spezialvorständen für Unternehmungen innerhalb des Verbandes durch Verbandsvorstandsmitglieder geschieht auf Kosten des Verbandes; diesen Verbandsvorstandsmitgliedern liegt dann die Berichterstattung an den Verband ob.

Der Vorstand hat der ordentlichen Jahresversammlung Bericht und Rechnung abzulegen; eine allfällige Entschädigung an denselben setzt die Abgeordnetenversammlung fest.

Die Einnahmen des Verbandes bestehen in den Jahresbeiträgen. Diese dürfen nicht weniger als 20 Rappen per Mitglied der Verbandsgenossenschaften betragen und müssen im ersten Monat des Geschäftsjahres einbezahlt werden. Die Abgeordnetenversammlung beschliesst die Bewilligung von Krediten über Fr. 20 und die Erhebung von Anleihen. Der Verband beabsichtigt keinen direkten Geschäftsgewinn zu machen. Für die Verbindlichkeiten haftet nur das Verbandsvermögen. Unternehmungen von Vereinigungen innerhalb des Verbandes, die vom Verband nach Massgabe seiner Mittel unterstützt werden, belasten den Verband darüber hinaus nicht.

Was nun die Tätigkeit zur Förderung der Ziegenhaltung und Ziegenzucht durch die Gemeinden anbetrifft, so ist zu bemerken, dass dieselbe in den meisten Fällen eine durchaus freiwillige ist. Als öffentliche Korporationen mit Selbstverwaltungsrecht (Autonomie) kann der Staat den Gemeinden, namentlich den Einwohner- oder Territorialgemeinde allerdings gewisse Obliegenheiten zur Ausführung übertragen und sie sozusagen zu staatlichen Organen machen; allein auf dem Gebiete der Kleinviehzucht sind bloss die Gemeinden der Kantone Aargau und Solothurn vom Staate mit Anordnung von Massnahmen beauftragt worden.

Das aargauische Gesetz betreffend Verbesserung der Viehzucht vom 12. Januar 1869 und die Verordnung dazu vom 5. September 1888 haben die aargauischen Gemeinderäte verpflichtet, im Bedürfnisfalle auf Kosten der Einwohnergemeinde sog. Zuchtstationen zu unterhalten. Das Gesetz betreffend Förderung der Vieh-

zucht vom 25. Mai 1891 und die Verordnung dazu vom 31. Dez. 1891 des Kantons Solothurn unterstellen das Zuchtwesen für Kleinvieh der Aufsicht der solothurnischen Gemeindebehörden. Viele Gemeinden dieser Kantone nehmen in ihr Budget einen bestimmten Kredit für die Ziegenbockhaltung auf.

In andern Kantonen unterstützen verschiedene Gemeinden die Bestrebungen der Ziegenbesitzerassoziationen, gewöhnlich durch Verabfolgung von Geldbeiträgen (Hindelbank pro Jahr Fr. 50, Buchs-Zürich Fr. 25 etc.). Die Genossenschaft Elgg zählt unter den ordentlichen Einnahmen in ihren Statuten einen Beitrag der Zivilgemeinde Elgg auf.

Die Kantone haben, da sie in ihrer Souveränität im allgemeinen nach freiem Ermessen für die Ziegenhaltung wirken können, verschiedene direkte und indirekte Leistungen zu verzeichnen.

In Ausführung der Bundesverfassung gibt der Bund forst- und verkehrspolizeiliche Vorschriften, welche zu beachten die Kantonsbehörden verpflichtet sind (vergl. das eidgenössische Forstgesetz, das eidgenössische Viehseuche-polizeigesetz etc.); sodann sind auch an den Bezug von Subventionen gewisse Bedingungen gestellt. Auch das eidgenössische Obligationenrecht stellt einige allgemeine Bestimmungen auf, welche auf die Ziegenhaltung Anwendung finden, und ebenso das eidgenössische Betreibungs- und Konkursgesetz. In den Rahmen dieser eidgenössischen Vorschriften können nun die Kantone für die Ziegenhaltung ihre Massnahmen treffen.

Die Kantone Zürich, Baselland und St. Gallen fördern die Bestrebungen der Ziegenzuchtgenossenschaften.

In Zürich wurden seit 1896 Staatsbeiträge an die Gründungskosten von Ziegenzuchtgenossenschaften verabfolgt: 1896 an Wehthal Fr. 100 und an Turbenthal Fr. 50; 1898 an Ossingen Fr. 50; 1899 an

Fehraltorf Fr. 100; 1900 an Elgg Fr. 50. Das zürcherische Regulativ über die Förderung der Kleinviehzucht vom 22. August 1901 bestimmt: Aus dem Kredit für Hebung der Kleinviehzucht werden auf Bewerbung Beiträge an Genossenschaften und Vereine, welche in der Förderung der Ziegenzucht vorzügliche Leistungen aufweisen, gegeben. Die Leistungen werden vom Preisgericht für Prämierung der Zuchttiere geprüft und beurteilt und dasselbe bestimmt die Höhe des Beitrages. Dieser Beitrag darf in keinem Falle unter die Genossenschaft oder die Vereinsmitglieder verteilt werden. An die Gründungskosten von Ziegenzuchtgenossenschaften werden unter gewissen Bedingungen Staatsbeiträge bis auf Fr. 100 ausgerichtet. Genossenschaften, welche sich vor dem fünften Jahr nach Empfang wieder auflösen, haben den Beitrag zurückzuerstatten. Den Ziegenzuchtgenossenschaften werden ferner gestützt auf ihre Berichterstattungen jährliche Staatsbeiträge an den Betrieb verabfolgt; die bezüglichen Eingaben sollen Auskunft über die ökonomischen Verhältnisse der Genossenschaft u. s. f. geben und sie sind mit den erforderlichen Belegen wenigstens 2 Wochen vor Abhaltung der Bezirksschauen an die Volkswirtschaftskommission zu richten. Nach diesem Regulativ erhielt die Genossenschaft Fehraltorf an den Betrieb von 1901 einen Staatsbeitrag von Fr. 100.

Das Gesetz betreffend die Förderung der Viehzucht von Baselland vom 18. Februar 1895 sieht vor, dass die Kleinviehzucht durch Beiträge an Zuchtgenossenschaften gefördert werden soll. Im Jahre 1899 wurden den Ziegenzuchtgenossenschaften Gelterkinden und Arbolswil Beiträge à Fr. 150 an die Gründungskosten verabfolgt.

In St. Gallen sind nach dem vom Volkswirtschaftsdepartement unterm 18. März 1899 erlassenen Regulativ betreffend die Prämierung von Kleinvieh die Ziegenzuchtgenossenschaften unter gewissen Bedingungen prämierungsfähig und es findet die Festsetzung der Prämien gemäss den jährlichen Bekanntmachungen betreffend die Kleinviehschau nach den Schauen statt. Die Staatsbeiträge an Ziegenzuchtgenossenschaften betragen 1899 Fr. 795, 1900 Fr. 874 und 1901 Fr. 597 (vergl. Tabelle).

Prämierung der st. gallischen Ziegenzuchtgenossenschaften durch den Kanton.

Genossenschaften	1899			1900			1901		
	Rang	Durchschnittsquote	Staatsprämie Fr.	Rang	Punktzahl	Staatsprämie Fr.	Rang	Punktzahl	Staatsprämie Fr.
Ziegenzuchtgenossenschaft Alt St. Johann . . .	9.	4.8	48	4.	26 ¹ / ₂	53	5 a.	24 ¹ / ₂	49
" Buchs	7.	5.2	52	5.	26	52	6 a.	24	48
" Frumsen	—	—	—	16.	19 ¹ / ₂	39	9.	21 ¹ / ₂	43
" Gams	3.	5.8	58	3.	27 ¹ / ₂	55	2 a.	27 ¹ / ₂	55
" Grabs	2.	6.0	60	1.	29 ¹ / ₂	59	1 a.	29	58
" Kirchberg-Müselbach	6.	5.2	52	17.	19	38	7 a.	23 ¹ / ₂	47
" Libingen	10.	4.8	48	11.	23	46	3.	26	52
" Murg	16.	3.8	38	19.	16	32	11.	20 ¹ / ₂	41
" Oberterzen	14.	4.2	42	15.	20	40	8.	22 ¹ / ₂	45
" Quarten	—	—	—	—	—	—	13.	16	32
" Quinten	—	—	—	13.	21	42	5 b.	24 ¹ / ₂	49
" Räfis-Burgerau	5.	5.4	54	9.	23 ¹ / ₂	47	10.	21	42
" Rebstein	8.	5.0	50	14.	20	40	5 c.	24 ¹ / ₂	49
" Salez	11.	4.8	48	7.	24	48	12.	20	40
" Stein	4.	5.4	54	6.	25	50	1 b.	29	58
" Untertoggenburg	12.	4.5	45	10.	23 ¹ / ₂	47	4.	25 ¹ / ₂	51
" Walde	—	—	—	18.	18	36	7 b.	23 ¹ / ₂	47
" Wattwil	13.	4.4	44	2.	29	58	6 c.	24	48
" Wildhaus	1.	6.0	60	12.	22	44	2 b.	27 ¹ / ₂	55
" Zuzwil	15.	4.2	42	8.	24	48	6 b.	24	48

Die Kantone wurden durch den Bund zu finanziellen Leistungen veranlasst.

In der Eröffnungsrede der landwirtschaftlichen Ausstellung in Frauenfeld vom 18. September 1903 betonte Herr Bundesrat Forrer, dass die Leistungen des Bundes an die Landwirtschaft immer mehr in den Vordergrund treten müssen, da die Kantone bereits aufs Äusserste angestrengt sind. Solche Kantone, deren Kassen zu grossen Leistungen befähigt sind, liessen sich eben in erheblichem Masse „anstrengen“, oft sogar mehr, als fast möglich war, nur um vermehrte Bundessubventionen zu erhalten. Analog der Steigerung der Bundessubventionen wurden auch die Kantone mit vermehrten Ausgaben belastet. Es wird deshalb einer gerechtern Verteilung der eidgenössischen Subventionen für die Landwirtschaft gerufen. Die Reorganisation wird aber nur dann eine gleichmässige und billige Ausgleichung herbeiführen, wenn der Grundsatz, dass die Bundessubventionen der Höhe der kantonalen Beiträge entsprechen, in dem Bundesgesetz zur Förderung der Landwirtschaft abgeändert wird und die Subventionen ausschliesslich dem Bedürfnis, der Zweckmässigkeit und Notwendigkeit der Förderungsobjekte angepasst werden. In gewissen landw. Kreisen herrscht gegenwärtig der Zug, die ganze Förderung der Landwirtschaft dem Staate aufzubürden, und man glaubt, dass diese Staatshilfe nur in recht grossen finanziellen Leistungen bestehen müsse. Wie die blossen Popularitätshascherei im landw. Förderungswesen den Schaffungsernst zurückdrängt, so sucht man durch die Staatshilfe die Selbsthilfe im landw. Berufsstande zu schwächen.

Für die Förderung der Ziegenzucht hatten allerdings schon die Kantone Solothurn, Aargau und Zürich vor dem Eingreifen des Bundes direkte finanzielle Leistungen. Im Aargau wurde die Prämierung des Kleinviehs im Jahre 1892 infolge der Bundesbestimmungen neu geordnet. Vorher wurde sie in diesem Kanton abteilungsweise, in Verbindung mit derjenigen der Kühe und Rinder, vorgenommen und nicht nur Böcke, sondern auch weibliche Ziegen berücksichtigt.

Dem schweizerischen Bundesstaat, welchem die Wahrung der allgemeinen Interessen von Land und Volk zukommt, ist die Förderung der Tierzucht zwar nicht konstitutionell als eine Aufgabe zugewiesen; er verabfolgt aber zu jenem Zwecke Subventionen aus den Bundeseinnahmen als Äquivalent dafür, dass die viehwirtschaftlichen Produkte, soweit unentbehrliche Lebensbedürfnisse, nach der eidg. Staatsverfassung nicht durch hohe Zölle einer künstlichen Preissteigerung unterworfen werden dürfen und somit diese Produkte einem Schutzzoll entrückt sind. Der Bundesbeschluss, die landw. Subventionen betreffend, wurde erst, nachdem derselbe sich allgemein eingelebt, zum Bundesgesetz erhoben. Die Förderung der Ziegenzucht durch den Bund ist im Hinblick darauf um so gerechtfertigter, als der Staat nicht erst soziale Schäden infolge schlechter Volksernährung durch soziale Werke zu mildern, sondern für die Erhaltung einer vollen Arbeitskraft des Volkes zu sorgen hat.

Wie die Privattätigkeit auf agrarem Gebiet die Sozialpolitik gefördert und Einrichtungen für den landw. Berufsstand gerufen hat, kann der hierseitige Verfasser an die von ihm gemachten Anregungen zur Kreirung einer selbständigen Verwaltungsabteilung „Landwirtschaft“ in der eidg. Administration und zur Schaffung beständiger Posten im eidg. Budget für die Förderung der Land-

wirtschaft, was 1893 zu einem eidg. Landwirtschaftsgesetz führte, erinnern.

Schon vor Einführung der eidg. Beiprämierten an kantonale Ziegenbockschauen verabfolgte der Bund einzelne Subventionen im Interesse der Ziegenzucht: an landw. Hauptvereine, gestützt auf den Bundesbeschluss betr. die Förderung der Landwirtschaft vom 27. Juni 1884, an den Kanton Wallis für die Kleinviehausstellung in Martigny (1888) und an die Ziegenbesitzer des Bündneroberlands für die Ziegenausstellung in Truns (1888).

II. Die speziellen Massnahmen.

1. Die Forschungstätigkeit im Gebiete der Ziegenwirtschaft.

Statistische Untersuchungen.

Auf Grund des bis 1893 in Kraft bestandenen Bundesgesetzes betreffend die Vornahme einer schweizerischen Viehzählung vom 18. Juli 1865 und des eidg. Landwirtschaftsgesetzes vom 22. Dezember 1893 wurden in den Jahren 1866, 1876, 1886, 1896 und 1901 eidg. Viehzählungen vorgenommen; die Resultate dieser Zählungen bezüglich der Ziegen sind hiernach zusammengestellt.

Im Jahre 1901 gab es in der Schweiz 121,023 Ziegenbesitzer mit 354,634 Stück, im Jahre 1876 dagegen noch 147,461 Ziegenbesitzer mit 396,055 Stück, also ergibt sich innerhalb 25 Jahren eine Abnahme von 26,438 Ziegenbesitzern, oder 22 %, mit 41,321 Stück, oder 12 %. Die Ursachen des Rückganges der Ziegenhaltung sind bereits hiervoor erwähnt worden. Doch muss hier noch beigefügt werden, dass die Zeit, zu welcher die eidg. Viehzählungen vorgenommen werden (April), für die Gattung Ziegen nicht den Normalbestand zur Darstellung bringen kann und daher, je nachdem in einem Jahr die Remontierung früher oder später sich vollzieht, der Bestand sehr variieren kann. Von den 354,634 im Jahre 1901 gezählten Ziegen standen 73,200 ausserhalb Landwirtschaftsbetrieben und von 90,601 Stück hatten die Besitzer neben einem Landwirtschaftsbetrieb noch eine weitere Erwerbsstellung. Von den Ziegenbesitzern hatten 62 % 1 oder 2 Stück (1896 59 %), 29 % 3 bis 5 Stück (1896 31 %) und 9 % 6 und mehr Stück (1896 10 %). Darnach ergibt sich die erfreuliche Erscheinung, dass die Haltung der Ziegen im Kleinbetrieb von 1896 auf 1901 relativ zugenommen hat.

Die eidg. Viehzählungen sehen für die Ziegen nur eine Gattungszählung vor; da diese Zählungen in die Hauptwurfperiode der Ziegen fallen, so ist wiederholt der Wunsch geäussert worden, es möchten die nicht zur Aufzucht zu verwendenden Zicklein in einer besonderen Kategorie aufgeführt werden (vergl. auch: Die amtlichen Viehzählungen und die auf ihnen basierenden weiteren statistischen Arbeiten, in „Deutsche landwirtschaftliche Tierzucht“, 1904, Nr. 13).

Die Kantone Freiburg, Waadt, Neuenburg und Genf haben jährliche Viehzählungen, deren Hauptresultate in den regierungsrätlichen Rechenschaftsberichten publiziert werden.

Die kantonalen Viehzählungen von Genf erfolgen für die Ziegen nach Geschlechtern. In Genf und Freiburg finden die Zählungen im April, in Neuenburg im November und in Waadt im Januar statt.

Der Ziegenbestand nach den fünf eidgenössischen Viehzählungen.

Kantone bezw. Halbkantone	1866		1876			1886				1896				1901						
	Stück- zahl	% des schweiz. Gesamt- bestands	Stück- zahl	% des schweiz. Gesamt- bestands	Mutation in % innert 10 Jahren	Stück- zahl	% des schweiz. Gesamt- bestands	Mutation in %		Stück- zahl	% des schweiz. Gesamt- bestands	Mutation in %			Stück- zahl	% des schweiz. Gesamt- bestands	Mutation in %			
								innert 20 Jahren	innert 10 Jahren			innert 30 Jahren	innert 20 Jahren	innert 10 Jahren			innert 35 Jahren	innert 25 Jahren	innert 15 Jahren	innert 5 Jahren
Schweiz	374,481	100.00	396,055	100.00	2.98	416,323	100.00	4.85	3.84	415,817	100.00	7.11	6.87	6.18	354,634	100.00	6.72	5.08	5.72	4.61
1. Zürich	16,472	4.40	19,623	4.95	+ 0.55	18,193	4.37	- 0.03	- 0.58	17,037	4.10	- 0.30	- 0.85	- 0.27	16,773	4.73	+ 0.33	- 0.22	+ 0.36	+ 0.65
2. Bern	76,343	20.89	83,220	21.01	+ 0.82	88,703	21.31	+ 0.92	+ 0.30	85,056	20.46	+ 0.07	- 0.55	- 0.85	68,553	19.34	- 1.05	- 1.67	- 1.97	- 1.12
3. Luzern	15,476	4.13	15,718	3.97	- 0.16	19,536	4.69	+ 0.56	+ 0.72	16,683	4.01	- 0.12	+ 0.04	- 0.68	12,831	3.62	- 0.51	- 0.35	- 1.07	- 0.39
4. Uri	13,150	3.51	10,711	2.70	- 0.81	10,891	2.62	- 0.89	- 0.08	9,727	2.34	- 1.17	- 0.36	- 0.28	6,930	1.95	- 1.58	- 0.75	- 0.67	- 0.39
5. Schwyz	8,938	2.39	7,844	1.98	- 0.41	9,484	2.28	- 0.11	+ 0.30	10,093	2.43	+ 0.04	+ 0.45	+ 0.15	7,885	2.22	- 0.17	+ 0.24	- 0.06	- 0.21
6. Obwalden	5,334	1.42	5,225	1.32	- 0.10	6,822	1.64	+ 0.22	+ 0.32	5,568	1.34	- 0.08	+ 0.02	- 0.30	3,778	1.06	- 0.38	- 0.26	- 0.58	- 0.28
7. Nidwalden	1,434	0.38	1,456	0.37	- 0.01	1,486	0.36	- 0.02	- 0.01	1,323	0.32	- 0.06	- 0.05	- 0.04	1,051	0.30	- 0.08	- 0.07	- 0.06	- 0.02
8. Glarus	6,399	1.71	6,935	1.76	+ 0.04	6,530	1.57	- 0.14	- 0.18	7,040	1.69	- 0.02	- 0.06	+ 0.12	6,475	1.33	+ 0.12	+ 0.08	+ 0.26	+ 0.14
9. Zug	552	0.15	823	0.21	+ 0.06	721	0.17	+ 0.02	- 0.04	540	0.13	- 0.02	- 0.08	- 0.04	437	0.12	- 0.03	- 0.09	- 0.05	- 0.01
10. Freiburg	11,308	3.02	12,320	3.11	+ 0.09	17,848	4.29	+ 1.27	+ 1.18	21,729	5.23	+ 2.21	+ 2.12	+ 0.94	18,034	5.08	+ 2.06	+ 1.97	+ 0.79	- 0.15
11. Solothurn	9,176	2.45	10,198	2.57	+ 0.12	11,819	2.84	+ 0.39	+ 0.27	11,574	2.78	+ 0.33	+ 0.21	- 0.06	10,166	2.37	+ 0.42	+ 0.30	+ 0.03	+ 0.09
12. Baselstadt	216	0.06	293	0.07	+ 0.01	373	0.09	+ 0.03	+ 0.02	214	0.05	- 0.01	- 0.02	- 0.04	163	0.05	- 0.01	- 0.02	- 0.04	-
13. Baselland	3,900	1.04	4,817	1.22	+ 0.18	5,196	1.25	+ 0.21	+ 0.03	5,774	1.39	+ 0.35	+ 0.17	+ 0.14	4,968	1.40	+ 0.36	+ 0.18	+ 0.15	+ 0.01
14. Schaffhausen	3,166	0.85	4,232	1.07	+ 0.22	4,710	1.13	+ 0.28	+ 0.06	4,526	1.09	+ 0.24	+ 0.02	- 0.04	3,944	1.11	+ 0.26	+ 0.04	- 0.02	+ 0.02
15. Ausserrhoden	3,034	0.81	2,975	0.75	- 0.06	3,002	0.72	- 0.09	- 0.03	4,106	0.99	+ 0.18	+ 0.24	+ 0.27	3,502	0.99	+ 0.18	+ 0.24	+ 0.27	-
16. Innerrhoden	4,825	1.29	4,022	1.02	- 0.27	4,969	1.19	- 0.10	+ 0.17	4,850	1.17	- 0.12	+ 0.15	- 0.02	3,282	0.92	- 0.37	- 0.10	- 0.27	- 0.25
17. St. Gallen	21,064	5.62	21,732	5.49	- 0.18	20,051	4.82	- 0.80	- 0.67	26,491	6.37	+ 0.75	+ 0.88	+ 1.55	20,037	5.65	+ 0.03	+ 0.10	+ 0.83	- 0.72
18. Graubünden	46,212	12.34	49,368	12.47	+ 0.13	48,223	11.58	- 0.76	- 0.89	48,932	11.77	- 0.57	- 0.70	+ 0.19	45,206	12.75	+ 0.41	+ 0.28	+ 1.17	+ 0.98
19. Aargau	11,380	3.04	13,839	3.49	+ 0.45	16,194	3.89	+ 0.85	+ 0.40	15,217	3.66	+ 0.62	+ 0.17	- 0.23	13,512	3.31	+ 0.77	+ 0.32	- 0.08	+ 0.15
20. Thurgau	6,571	1.75	7,872	1.99	+ 0.24	7,188	1.73	- 0.02	- 0.26	8,359	2.01	+ 0.26	+ 0.02	+ 0.28	7,264	2.05	+ 0.30	+ 0.06	+ 0.32	+ 0.04
21. Tessin	63,461	16.95	63,435	16.02	- 0.93	65,179	15.65	- 1.30	- 0.37	51,208	12.32	- 4.63	- 3.70	- 3.33	52,560	14.32	- 2.13	- 1.30	- 0.83	+ 2.50
22. Waadt	15,827	4.23	16,460	4.16	- 0.07	16,004	3.84	- 0.39	- 0.32	18,248	4.39	+ 0.16	+ 0.23	+ 0.55	13,554	3.32	- 0.41	- 0.34	- 0.02	- 0.57
23. Wallis	26,266	7.01	28,728	7.25	+ 0.24	28,985	6.96	- 0.05	- 0.29	36,601	8.30	+ 1.79	+ 1.55	+ 1.34	29,527	8.33	+ 1.32	+ 1.08	+ 1.37	- 0.47
24. Neuenburg	2,812	0.75	2,853	0.72	- 0.03	2,500	0.60	- 0.15	- 0.12	3,162	0.74	- 0.01	+ 0.02	+ 0.14	2,526	0.71	- 0.04	- 0.01	+ 0.11	- 0.03
25. Genf	1,165	0.31	1,356	0.34	+ 0.03	1,716	0.41	+ 0.10	+ 0.07	1,759	0.42	+ 0.11	+ 0.08	+ 0.01	1,676	0.47	+ 0.18	+ 0.13	+ 0.06	+ 0.05

Das eidg. Landwirtschaftsgesetz enthält die Bestimmung (Art. 19), wonach der Bund die landwirtschaftliche Statistik selbst ausbauen und die Kantone für landwirtschaftliche statistische Aufnahmen finanziell unterstützen will.

Rassenkunde.

Für eine zielbewusste Zucht bietet die Rassenkunde eine notwendige Grundlage.

Als Rasse wird die Unterart einer Viehgattung bezeichnet, deren Individuen sich mit Gleichheit unter einander ganz entschieden durch harmonisch entwickelte Körperformen oder Eigenschaften von andern Individuen der bezüglichen Gattung unterscheiden und diese Formen oder Eigenschaften unter ähnlichen äusseren Verhältnissen in steter gleicher Eigentümlichkeit, als Rassenmerkmale, zu erhalten oder fortzuerben vermögen. Anlässlich der Genfer-Ausstellung 1896 ist für die Ziegen eine Einteilung nach Farbe gemacht und „Rasse“, ähnlich wie beim Rindvieh, mit „Farbengruppe“ verwechselt worden. Der landwirtschaftliche Verein von Appenzell Innerrhoden erhob in seiner Hauptversammlung vom 15. November 1896 gegen die Einordnung der weissen Appenzeller-Heimziege in die „Saanen- oder weisse Ziegenrasse“ Protest, indem die beiden weissen Ziegentypen ganz bestimmte, von einander abweichende Rassenmerkmale haben.

Wenn es auch noch den tierzüchterischen und zoologischen Forschungen vorbehalten bleibt, ein rassenanalytisches System für die zahlreichen schweizerischen Ziegentypen aufzustellen, so wird man voraussichtlich doch in der weissen, kurzhaarigen, ungehörnten Saanenziege, in der weissen Appenzeller-Mutschziege, in der rotbraunen, ungehörnten, mit leichten Mänteln versehenen Toggenburger- (Werdenberger-) Ziege, in der gehörnten St. Galler- Oberländerziege („Oberländerstiefel“), in der Walliser-Sattelziege u. s. w. besondere Rassen haben.

Die Ziegenzuchtgenossenschaften in den Originalgebieten von Ziegentypen suchen die Reinzuchten der bezüglichen Typen zu fördern.

Die Genossenschaft Appenzell I.-Rh. bezweckt in erster Linie die weisse Appenzellerziege in ihrer „Rassenreinheit“ zu erhalten; die Genossenschaft Saanen stellt sich die Reinzucht der Saanenziege zur Aufgabe; die Genossenschaften in Werdenberg und Toggenburg, sowie der st. gallische Genossenschaftsverband verfolgen die „Rassenzucht“ der Toggenburgerziege; die Genossenschaft Quinten-Dorf betreibt die Reinzucht der Oberländerstiefel.

Die Ziegenzuchtgenossenschaften ausserhalb von Originalzuchtgebieten von Ziegentypen bezwecken entweder die Reinzucht von eingeführten Ziegen bestimmter Typen oder Kreuzungen zur Heranbildung eines kräftigen, gesunden, milchreichen, für die lokalen Verhältnisse passenden Ziegenstammes.

Die beiden basellandschaftlichen Ziegenzuchtgenossenschaften sehen Reinzuchten der Saanenziege und Kreuzungen mit Saanenböcken vor; 1899 wurden für die Genossenschaftsmitglieder in Saanen Originaltiere angekauft und bei der Versteigerung ausserordentlich hohe Preise erzielt, so dass der Gesamterlös die Ankaufs- und Transportkosten um mehr als Fr. 300 überstieg. Die Genossenschaft Rebstein will die Reinzucht der weissen Appen-

zeller-Ziegen, die Genossenschaften Oberterzen und Quarten diejenige der Toggenburger-Ziegen, die Genossenschaft Fehraltorf diejenige der Saanenziegen fördern.

Die Kantonsbehörden von Zürich und St. Gallen begünstigen die Reinzuchten auf genossenschaftlicher Basis.

Das zürcherische Regulativ zur Förderung der Kleinviehzucht stellt die Zuchtverwendung nur reinblütiger Tiere der schweizerischen rehbraunen oder weissen „Rassen“ (Toggenburger-, Saanen- und Appenzeller-Ziegen) als Bedingung für Verabfolgung von Staatsbeiträgen an Genossenschaften.

Das st. gallische Volkswirtschaftsdepartement genehmigte die Statuten der Genossenschaft Untertoggenburg, welche die Zucht der Toggenburger- und der weissen Appenzeller-Ziege vorsah, unterm 6. November 1898 nur mit dem Vorbehalt, dass die Genossenschaft aus zwei Abteilungen bestehen müsse und jedes Mitglied sich zu entscheiden habe, welcher der beiden Ziegenschläge es züchten wolle. Nunmehr erfolgt die Umwandlung dieser doppelteiligen Genossenschaft in eine nur Toggenburgerziegen züchtende, und zwar um die betroffenen Mitglieder nicht zu sehr zu belasten, mit allmählichem Übergang.

2. Hebung der Futterproduktion für die Ziegenwirtschaft.

Für die Ziegen, insbesondere für die Aufzuchtstiere, sollten gute Weiden bestehen. Verschiedene Genossenschaften stellen sich zur Aufgabe, auch nach dieser Richtung hin auf Verbesserungen hinzuwirken.

Das st. gallische Regulativ betreffend die Prämierung von Kleinvieh führt die genossenschaftliche Sömmerung auf Eigentums- oder Pachtweiden unter den Bedingungen auf, welche für die Prämierung von Ziegenzuchtgenossenschaften massgebend sind. Der Verband der Toggenburgerziegen züchtenden Genossenschaften sieht in den Statuten die „Gizisömmerung“ als eine Unternehmung spezieller Vereinigungen innerhalb des Verbandes vor. Verschiedene Ziegenzuchtgenossenschaften des Kantons St. Gallen sorgen nun für gute Weiden. Mitglieder der Genossenschaft Wildhaus erwarben sich eine Alp; diese steht unter besonderer, von der Genossenschaft getrennter Verwaltung. Auch die Genossenschaft Grabs hat eine gemeinsame Alpung und Behirtung der Jungziegen.

Die Genossenschaft Turbenthal hat in ihre Statuten den Passus aufgenommen, dass zur Sömmerung aller Kitzen, insbesondere der jungen Böcke, Gelegenheit geboten werden soll.

Die Bundesbestimmungen betreffend Bodenmeliorationen und Betriebsverbesserungen (eidg. Landwirtschaftsgesetz, Art. 9—11, und Vollziehungsverordnung, Art. 44—49) können auch auf Ziegenweiden angewendet werden.

3. Schutzmassnahmen für die Ziegen.

Verschiedene kantonale Tierschutzgesetze enthalten spezielle Schutzbestimmungen für Ziegen.

Das Tierschutzgesetz von Wallis vom 24. November 1890 (Art. 4) und das Règlement pour la protection des animaux von Genf vom 24. September 1878 (Art. 8) bestimmen z. B., dass keine Ziegen ungemolken auf irgend welchen Markt, zu einem Wettbewerb etc. aufgeführt werden dürfen.

Auch Tierschutzvereine nehmen sich der Ziegen an; so hat sich der bündnerische Tierschutzverein in der Bekämpfung des Winteraustriebs der Ziegen verdient gemacht.

Umfassende Schutzmassregeln für Ziegen vor Seuchengefahr hat man in der durch den Bund geordneten Viehseuchenpolizei.

Die Ziegenhalter sind nach den Bundesvorschriften verpflichtet, von dem Vorkommen einer der als gemeingefährlich bezeichneten Krankheiten (Maul- und Klauenseuche, Räude, Pocken etc.) der Gemeindebehörde sogleich Kenntnis zu geben, damit die Massnahmen für Eindämmung sofort getroffen werden können. Die Verheimlichung des Ausbruches der Maul- und Klauenseuche unter Ziegen wird nach dem eidg. Viehseuchengesetz vom 8. Februar 1872 mit einer Busse von Fr. 10 bis 500 geahndet.

Am schweizerischen Veterinärtag in Chur, 27. September 1903, wurde Stellung gegen die Geheimmittelreklame in landwirtschaftlichen Blättern, speziell der „Grünen“, genommen.

4. Schutz gegen Verlust von Ziegen.

Ein alter und schöner Brauch besteht in einzelnen Gegenden der Schweiz darin, dass in Fällen, wo ärmere Leute einen Ziegenverlust erleiden, die Nachbarn zur Deckung des Schadens beisteuern. Bei grösseren Unglücksfällen, wie z. B. bei Dorfbränden, Lawinenschüttungen u. s. w., finden nicht selten in weiteren Kreisen Liebesgabensammlungen statt.

Die Gemeinde Brütten (Kt. Zürich) besitzt einen 1837 von Pfr. Balth. Hch. Irminger errichteten sogenannten Ziegenassekuranzfonds (Bestand 1901 Fr. 574). Die Gemeinde Grosswangen (Kt. Luzern) ist im Besitze eines 1871 von Grossrat Jos. Wüest gestifteten Fonds von Fr. 20,000, dessen Zinsen zum Teil für Ankauf von Ziegen an Arme verwendet werden sollen.

Die meisten kantonalen Strafgesetze enthalten sehr strenge Strafbestimmungen gegen Ziegenvergiftungen u. s. f. Der Staat schützt aber die Ziegenbesitzer noch weiter vor Verlusten. Das eidg. Betreibungs- und Konkursgesetz erklärt in Art. 92 als unpfändbar: drei Ziegen, nebst dem zum Unterhalt und zur Streu auf einen Monat erforderlichen Futter- und Strohvorrat, sofern diese Tiere zur Ernährung des Schuldners und seiner Familie unentbehrlich sind. In denjenigen Kantonen, in welchen die Viehhabe zur Vermögenssteuer herbeigezogen wird, sind die Ziegen entweder ganz oder für die ärmeren Besitzer von der Besteuerung ausgeschlossen.

Bei der Diskussion über die Gesetzesvorlage betreffend das Betreibungs- und Konkurswesen im Ständerat hatte Eggli (Bern) beantragt, dass ähnlich wie im deutschen Gesetz dem Schuldner eine Milchkuh oder 2 Ziegen oder 2 Schafe belassen werden sollen. Auf Dr. Schmidts Antrag wurde die Stückzahl der unpfändbaren Ziegen oder Schafe auf 3 angesetzt.

Was die Viehsteuer anbelangt, so sind im Kanton Schaffhausen nach Artikel 40 der Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz vom 20. März 1885 einzeln gehaltene Ziegen, und im Kanton Thurgau

nach §§ 4 d und 46 b des Steuergesetzes vom 15. Februar 1898 die Ziegen, welche für den Milchbedarf zum Unterhalte der Familie notwendig sind, nicht zu versteuern. In den Kantonen Bern, Zug und Graubünden ist das Vieh, in Nidwalden speziell die Ziegenhabe, von den Steuern befreit.

Von grosser Bedeutung ist die Entschädigung des Ziegenverlusts infolge Seuchen, Krankheiten und Unfall.

Entschädigung für Ziegenverlust infolge viehpolizeilicher Massnahmen.

Wird zur Bekämpfung einer Seuche das Töten von Ziegen, die Beseitigung von Futter, von Bestandteilen der Stallungen u. s. f. polizeilich angeordnet, so sind die Kantone durch den Bund angehalten, den Eigentümern einen angemessenen Beitrag an den Schaden zu entrichten (Art. 17 und 18 des Bundesgesetzes von 1872).

Im Kanton Zürich z. B. wird nach dem Gesetz betreffend die obligatorische Viehversicherung und die Entschädigung für Viehverlust durch Seuchen vom 19. Mai 1895 für abgetane gesunde Tiere vollen Schadenersatz, für kranke Tiere einen Beitrag von 80 % des Schadens, inklusive die Desinfektionskosten aus der Staatskasse geleistet, wenn der Geschädigte den Bundesvorschriften nachgekommen ist. Die Entschädigungsforderungen für Verlust von Tieren durch Seuchen, nicht aber durch Räude und Pocken, sind nach dem Regulativ über das Verfahren behufs Ausmittlung der Entschädigung für Viehverlust innert 10 Tagen nach dem Tod des Tieres schriftlich einzureichen. Der Bezirkstierarzt hat die Schätzung der Tiere vorzunehmen.

Im Kanton Aargau können Entschädigungsforderungen nach der Vollziehungsverordnung vom 8. April 1899 zum Gesetz betreffend Viehversicherung und Entschädigung bei Viehverlust durch Seuchen auch bei Verlust von Ziegen durch Räude und Pocken gestellt werden.

Ziegenversicherung.

Die Versicherungen entschädigen in der Regel Verluste durch Unfälle und Krankheiten mit Ausschluss derjenigen durch Seuchen. Für Verluste durch Seuchen, die nicht nach Bundesvorschriften entschädigt werden können, bestehen in einzelnen Kantonen sogenannte Seuchenkassen. Durch die Ziegenversicherung wird gegen Einbezahlung von Prämien das Eigentum an Ziegen für den realen Wert teilweise sichergestellt.

Weil der Eigentümer bei der Entschädigung in Betracht kommt, kann nur der reale Wert eines Tieres und nicht speziell seine Nutzungen, welche oft nicht dem Eigentümer selbst, sondern einem Dritten, dem Besitzer, zustehen, versichert werden. Der reale Wert darf nicht mit Preis oder Verkehrswert verwechselt werden. Der Preis ist das Ergebnis je einer Einzeltatsache des Kaufes oder Tausches. Der Verkehrswert stellt lediglich das in Interessentkreisen entstandene Urteil über die Bedeutung der Ziegen für die Zwecke des Umsatzes (Kauf oder Tausch) dar. Der reale Wert ist hingegen derjenige Wert, welcher im Durchschnitt sämtliche, auch die nicht in Umsatz gelangenden Ziegen nach Massgabe der wertbestimmenden Beschaffenheit haben; Anhaltspunkte zur Bestimmung dieses Wertes geben die Marktpreise und der Verkehrswert.

Die Versicherung von Ziegen geschieht teils durch Assoziationen von Ziegen-eigentümern, teils im Anschluss

an die von gewissen Kantonen eingeführten Rindviehversicherungen.

a. Assoziationen von Ziegeneigentümern.

Solche bestehen in der Schweiz nur vereinzelt in den Kantonen Thurgau, Baselland, Zürich und St. Gallen.

Im Thurgau sucht der Staat ihren Eingang zu erleichtern indem das Gesetz betreffend die Viehversicherung etc. vom 21. Mai 1900 in Art. 26 die Unterstützung von freiwilligen Versicherungsgesellschaften für Ziegen vorsieht (Beitragsbemessung nach Massgabe der versicherten Tiere). In Anwendung dieser Gesetzesbestimmung erhielten pro 1901:

die Ziegenversicherungskorporation Unterschlatt, mit 57 versicherten Ziegen, für welche Fr. 157.90 Versicherungsprämien bezahlt wurden, und mit 8 Entschädigungen im Gesamtbetrage von Fr. 164, einen Staatsbeitrag von Fr. 28.50;

die Ziegenassekuranz Zihlschlacht, mit 83 versicherten Ziegen, für welche Fr. 176 Versicherungsprämien bezahlt wurden, und mit 9 Entschädigungen im Gesamtbetrage von Fr. 184, einen Staatsbeitrag von Fr. 44.

Die Ziegen-Zucht- und -Assekuranzgenossenschaft Zihlschlacht und Umgebung, Abteilung Assekuranz für allfällige Notschlachtung, hat folgende statutarische Bestimmungen: Jedes Mitglied hat gemäss der Schätzung per zu entschädigende Ziege eine Taxe, je nach der Assekuranzstückzahl, zu entrichten; diese Assekuranzbeiträge haben Mitglieder, die nicht mehr im Eigentum von Ziegen sind, noch einen Monat nach der Abmeldung, Neueintretende aber vom Tage ihres Eintritts an zu entrichten. Die Schätzung soll je nach dem Alter und der Qualität, beziehungsweise der Nutzungsfähigkeit des Tieres in der betreffenden Zeit, sowie der Stallordnung, stattfinden, darf aber nicht über Fr. 35 gehen. Die Fleischverwertung bleibt dem Eigentümer überlassen. Ein Gewinn darf dem Geschädigten durch die Abschachtung nicht entstehen. Bleibt ein Überschuss über den festgesetzten Entschädigungsbetrag, so fällt er in die Genossenschaftskasse. Allfällige Beschwerden betreffend die Schätzung sind zu Händen der Kommission an den Präsidenten zu richten. Die Kommission entscheidet hierüber definitiv; es steht derselben auch das Recht zu, gegen eine Schätzung zu rekurrieren. Zur Abschätzung der Tiere bestellt sie in und ausser ihrer Mitte je auf 1 Jahr 2 Schätzer und 2 Suppleanten. Jeder Schätzer bezieht ein Schätzungsgeld von Fr. 1 pro Fall, welches zur Hälfte von der Genossenschaft, zur andern Hälfte auf Abrechnung hin vom Eigentümer zu tragen ist. Bei erheblich weiter Entfernung kann eine Zuschlagstaxe bis auf 50 Rp. aus der Assekuranzkasse bewilligt werden. Auf Entschädigung kann Anspruch gemacht werden: wenn die Schlachtung unverschuldet durch Zufall veranlasst wurde; wenn die Schlachtung durch Krankheit erfordert wird, unter vorheriger Anzeige an den Präsidenten. Sie wird dagegen verweigert: bei Nachweis von wissentlichem oder absichtlichem Einkauf erkrankter Tiere; bei der Schlachtung ohne Vorwissen des Präsidenten, wenn die Notwendigkeit derselben nicht erwiesen ist; beim Nachweis von offenbarem Betrug oder Misshandlungen, wobei ohnedies das betreffende Mitglied aus der Kontrolle gestrichen und, wenn der Betrag schon ausbezahlt, derselbe zurückverlangt werden kann. Das Bekanntmachen zum Abschachten wird vom Eigentümer besorgt. Die Assekuranztaxen werden durch den Kassier oder Weibel eingezogen; verspätete Zahlungen sind mit 50 Rp. zu büssen, eventuell kann Rechtstrieb und Streichung aus der Kontrolle erfolgen. Der Entschädigungsbetrag kann nach 10 Tagen unter Vorweisung eines vom Präsidenten ausgestellten Gutscheines beim Kassier abgeholt werden. Die Schlachtung darf bei auszehrenden oder langwierigen Krankheiten nicht auf Kosten der Genossenschaft erfolgen; bei allfälligen Beanstandungen durch die Schätzung oder die Genossenschaftskommission oder den Eigen-

tümer ist ein tierärztliches Zeugnis auf Kosten des Eigentümers einzuholen.

Die Genossenschaft Hub-Romanshorn beachtet für die Versicherung folgende Grundsätze: Vor dem 1. Februar jeden Jahres hat die Kommission der Genossenschaft sämtliche Ziegen zu schätzen, wobei ein Augenmerk auf Gesundheit, Ernährung und Stallung zu richten ist. Auf Klagen oder eigene Wahrnehmung hin kann sie auch in der übrigen Zeit des Jahres Schätzungen vornehmen. Im Laufe des Betriebsjahres angemeldete Ziegen müssen innert 8 Tagen von 2 Mitgliedern der Kommission auf Gesundheit etc. untersucht werden. Sobald eine Ziege erkrankt ist, hat der Besitzer womöglich einen Tierarzt oder ein Kommissionsmitglied zuzuziehen und den Befund über die Art der Krankheit der Kommission mitzuteilen, wobei sofort eine Abschätzung stattfindet. Die Entschädigung für eine gefallene oder getötete Ziege findet zu $\frac{1}{3}$ der Aufnahmssumme statt; sie wird innert 14 Tagen ausbezahlt. Der Kadaver ist dem Eigentümer überlassen. In allen Fällen wird die Entschädigungssumme auf die Gesamtheit der assekurierten Ziegen nach ihrem Schätzungswert verteilt. In streitigen Fällen betreffend Ein- und Abschätzung etc. entscheidet das absolute Mehr der Gesellschaft; eine weitere Anregung zur gerichtlichen Verhandlung ist unstatthaft. Die Einzahlung pro Prozent der Schätzungssumme wird jeweilen von der Generalversammlung bestimmt. Bei Aufforderung haben Kommissionsmitglieder die unparteiische Schätzung vorzunehmen und einen Schätzungsschein, in welchem der wirkliche Wert im lebenden Zustand, sowie der Wert des Körpers anzugeben ist, auszustellen. Der Präsident bezeichnet für jeden Fall das die Schätzung vorzunehmende Kommissionsmitglied; er hat auch die Schätzungsscheine zu visieren und an den Kassier zur Ausbezahlung zu überweisen. Die Entschädigung wird verweigert, wenn die Ursache des Abganges Vernachlässigung oder Nahrungsmangel ist, wenn das Abtun ohne tierärztlich nachgesuchte Hilfe geschah, wenn ein Einkauf erkrankter Tiere erfolgte oder ein Eigentümer mehr Ziegen hält, als er in die Versicherung aufnehmen liess, oder wenn das Tier unter 26 Wochen alt ist.

Die basellandschaftliche Ziegenzuchtgenossenschaft Gelterkinden und Umgebung hat eine besondere Abteilung „Versicherung“, für welche das Reglement vom 12. März 1899 die Grundsätze aufstellt. Die Kommission für diese Abteilung zählt 4 Mitglieder (dabei der Präsident und der Kassier des Genossenschaftsvorstandes); jedes derselben bezieht per Abschätzungsfall 40 Rp. aus der Genossenschaftskasse. Die Mitglieder der Genossenschaft verpflichten sich gegenseitig den Schaden, welcher ihnen durch Krankheit oder Unglücksfälle im Ziegenbestand entsteht, tragen zu helfen; die Genossenschaft übernimmt weder Arzt- noch sonstige Kosten. Die Versicherung ist obligatorisch für jedes Tier, welches ins Zuchtregister eingetragen und für welches ein Anteilschein gelöst worden ist. Zur Fleischabnahme werden, so lange die Genossenschaft nicht grösser ist, die Mitglieder in drei Gruppen eingeteilt. Der Aktuar hat in jedem Schlachtungsfall ein Verzeichnis von den fleischabnehmenden Mitgliedern unter Angabe von Gewicht und Preis des Fleisches anzufertigen. Das Fleisch ist vom Eigentümer des geschlachteten Tieres den Genossenschaltern franko ins Haus zu liefern und von denselben bar zu bezahlen. Wenn ein Tier erkrankt, so hat der Eigentümer dies sofort dem Genossenschaftspräsidenten anzuzeigen, worauf derselbe im gutfindenden Falle die Kommission an Ort und Stelle berufen lässt. Kein Tier soll geschlachtet werden (äusserst dringende Fälle ausgenommen), bevor die Kommission Einsicht genommen hat. Sollte der Eigentümer keinen Tierarzt beigezogen haben, so wird die Kommission beschliessen, ob er dies noch tun soll, um bestimmen zu können, ob geschlachtet werden muss. Die Kommission hat das zu schlachtende Tier nach seinem Verkaufswert zu schätzen und den Fleischwert zu bestimmen. Das Defizit, welches sich zwischen diesen beiden Werten ergibt, soll durch sämtliche Anteilscheine gleichmässig gedeckt

werden, kann jedoch, wenn es die Genossenschaftskasse erlaubt, auch durch diese bezahlt werden. Bei seuchenartigen Krankheiten ist ebenfalls der Verkaufswert zu schätzen, jedoch nur der Betrag einzuziehen, welcher nicht durch den Kanton gedeckt wird. An die Versicherungskosten können jährlich 50 Rp. per Anteilschein eingezogen werden.

Im Kanton Zürich ist im Hinblick auf die obligatorische Viehversicherung die Bildung von besonderen Viehasskuranzen kein Bedürfnis; immerhin hat die Ziegenkorporation Benken als eine ihrer Hauptaufgaben die gemeinschaftliche Vergütung umgestandener oder wegen Krankheit getöteter Ziegen. Die Genossenschaft Meilen sieht in ihren Statuten vor, dass die Abtrennung der Ziegenversicherung von der obligatorischen Gemeindeviehversicherung und eigene Organisation derselben Sache eines Beschlusses wäre.

Im Kanton St. Gallen entstand die erste Ziegenversicherung in der Gemeinde Rebstein (Statuten vom Jahre 1900). Mitglied der Viehversicherungsgesellschaft Rebstein kann jeder werden, der Ziegen hat und in der Gemeinde wohnt. Der Eintritt erfolgt je im Monat Juli, der Austritt, ausgenommen durch Todesfall, Wegzug aus der Gemeinde oder Ausschluss, auf Ende Juni. Wer sich auf Ende Juni nicht abmeldet, wird auch für das folgende Jahr als Mitglied betrachtet. Erbmassen oder Witwen müssen, wenn sie statt eines verstorbenen Mitgliedes bei der Gesellschaft verbleiben wollen, solehes anzeigen. Mitglieder, welche den schuldigen Betrag im Wiederholungsfalle nicht bezahlen, werden ausgeschlossen. Die Geschäftsleitung besorgt eine Kommission aus Präsident (zugleich Kassier), Schreiber und drei Schätzern („Schätzungskommission“); nötigenfalls kann sie sich verstärken. Die Gesellschaft hat diese Kommission nach Massgabe ihrer Geschäfte zu entschädigen. Durch den Eintritt in die Gesellschaft werden sämtliche dem Eigentümer gehörenden Ziegen, welche mindestens 5 Monate alt sind und nicht ausser der Gemeinde in Fütterung stehen, in die Versicherung aufgenommen. Der Entschädigungsanspruch hört auf, sobald ein versichertes Tier ausser die Gemeinde oder an solche Personen in der Gemeinde, welche nicht Mitglieder der Gesellschaft sind, verkauft (d. h. vom Käufer schon in Empfang genommen) ist. Die Gesellschaft vergütet für ein versichertes Tier $\frac{3}{4}$ des wirklichen Schadens, wenn dem Vorstand sofortige Anzeige von dem Unfall oder der Krankheit gemacht und dieser hierauf die Schätzung angeordnet hat und wenn nicht Gründe für Herabsetzung der Vergütung oder Verlust des Entschädigungsanspruchs (Krankheit unter den Tieren bei der Aufnahme in die Versicherung, unter Vorwissen erfolgter Zukauf erkrankter Tiere, durch Nachlässigkeit, rohe Gewalt, oder durch unredliche Absicht der Eigentümer eingetretener Verlust) vorhanden sind. Der Eigentümer kann eventuell auf seine Kosten noch eine zweite Schätzung verlangen, zu welcher er selbst und die Gesellschaft je ein Mitglied und die beiden Mitglieder den Obmann bezeichnen. Die Kommission ordnet die Verwertung des Tieres in bestmöglicher Weise auf Gesellschaftskosten an. Die Ausrichtung der Entschädigung hat innert 8 Tagen zu erfolgen. — Der Verband st. gallischer Ziegenzuchtgenossenschaften führt in seinen Statuten die Versicherungen unter den Unternehmungen spezieller Vereinigungen auf. — Die Ziegenzuchtgenossenschaft Zuzwil-Niederhelfenswil hat in der Hauptversammlung vom 19. Januar 1902 die Einführung der Ziegenversicherung auf 1903 beschlossen.

b. Ziegenversicherungen im Anschluss an obligatorische Rindviehversicherungen.

Kantonale Viehversicherungen mit Bundesbeiträgen.

In Ausführung von Artikel 13 des eidg. Landwirtschaftsgesetzes werden aus dem im eidg. Budget festgesetzten Kredit Beiträge an diejenigen Kantone ausgerichtet, welche die obligatorische Viehversicherung

im ganzen Kantonsgebiet oder in einzelnen Teilen desselben (Bezirke, Gemeinden etc.) ins Leben rufen, unterstützen und beaufsichtigen. Die bundesrätliche Vollziehungsverordnung zum Landwirtschaftsgesetz stellt in Artikel 75 als Bedingungen, unter welchen Bundesbeiträge bis zur Höhe der kantonalen Leistungen gewährt werden, auf: Genehmigung der Organisation und der Geschäftsführung durch den Bundesrat beziehungsweise das schweizerische Landwirtschaftsdepartement; Übernahme der Obliegenheiten der Viehinspektoren durch die einzelnen Versicherungsgesellschaften; Ausschluss derjenigen Schadenfälle von der Entschädigung durch die Versicherung, für welche der Staat nach dem eidg. Viehseuchengesetz aufkommen muss. Solche obligatorische Ortsviehversicherungen erhalten nach Art. 719 des schweizerischen Obligationenrechts durch das kantonale Versicherungsgesetz die Eigenschaft juristischer Personen, ohne dass sie sich in das Handelsregister eintragen zu lassen brauchen.

Wenn man bedenkt, dass im schweizerischen Viehbestand ein Wert von ca. 625 Millionen Franken liegt, so erscheint es höchst angezeigt, diesen Teil des Nationalvermögens tunlichst zu sichern. Die finanzielle Mitwirkung des Staates ist in denjenigen Kantonen, wo das Vieh den öffentlichen Abgaben (Steuern) unterworfen ist, vollständig gerechtfertigt.

Das zürcherische Gesetz betreffend die obligatorische Viehversicherung vom 19. Mai 1895 verpflichtet die Kassen der in der Regel mit politischen Gemeinden zusammenfallenden Versicherungskreise, auf Begehren der Vieheigentümer auch deren Ziegen in die Versicherung aufzunehmen.

Die Versicherungskreise sind nach der Wegleitung für die Vorstände vom September 1898 nicht berechtigt, weder die Ziegen von der Versicherung auszuschliessen, noch die Versicherung für dieselben obligatorisch zu erklären; der Beitritt muss freigestellt werden. Es waren im Kanton Zürich versichert

	im Jahre 1899:	im Jahre 1900:
Ziegen	5,724 Stück	5,660 Stück
im Schätzungswerte von	212,640 Fr.	221,175 Fr.

In der vom Regierungsrate unterm 2. November 1895 herausgegebenen Anleitung für die Aufstellung von Statuten für die Versicherungskreise werden bezüglich der Ziegenversicherung folgende Normativbestimmungen aufgestellt: Ziegen werden erst in einem Alter von 3 Monaten in die Versicherung aufgenommen. Die Aufnahme erfolgt auf schriftlich eingereichtes Gesuch zu einem Werte von Fr. 50 per Stück. Im Schadenfalle erhält der Eigentümer das Tier zur Verwertung und je nach dem Erlös noch eine Entschädigung (80 % nach Abzug des Erlöses von der Schätzung). Wenn ein versichertes Stück erkrankt oder von einem Unfall betroffen wird, oder wenn Verdacht auf Tuberkulosis vorhanden ist, so ist der Eigentümer verpflichtet, den Tierarzt zuzuziehen und dem Vorstand des Versicherungskreises sofort Anzeige zu machen.

Die meisten zürcherischen Ziegenzuchtgenossenschaften und Korporationen benutzen die Versicherungsgelegenheit; so bestimmen die Statuten der Genossenschaft Fehrltorf: die angekauften Böcke sollen sofort im Kreise Fehrltorf beziehungsweise dem entsprechenden Kreise der obligatorischen Viehversicherung assekuriert werden, und im Interesse der Eigentümer von Ziegen erster Klasse etc. liegt es, wenn sie ihre Tiere versichern lassen. Die Statuten

der Genossenschaft Elgg sagen, jedes Mitglied soll für sein eigenes Interesse seine Ziegen versichern; jeder von der Korporation angekaufter Zuchtbock muss versichert werden.

• Auch in den Viehversicherungsgesetzen der Kantone Bern, datiert den 18. Februar 1903, Schaffhausen, datiert den 2. März 1897, und Aargau, datiert den 14. Juli 1898, ist die Versicherung von Ziegen vorgesehen.

In Bern erfolgt die Aufnahme von Ziegen in die Versicherung durch Beschluss der Versammlung der Vieheigentümer; der Staat leistet an die Versicherungskassen per Stück versicherter Ziegen 20 Rp.

Schaffhausen und Aargau haben ganz ähnliche Bestimmungen wie Zürich.

Kantonale solothurnische Viehversicherung.

Bei dieser ist die Ziegenversicherung fakultativ; die Aufnahmen geschehen je im September durch die Viehinspektoren. Die Jahresprämie per Stück beträgt 5 Rappen. Das Rechnungswesen besorgt die Staatskasse.

Im Jahre 1901 waren 2645 Ziegen versichert, für welche Fr. 132. 50 Prämien bezahlt wurden; zur Entschädigung angemeldet und entschädigt wurden:

Im Januar	1	mit Fr.	30. 60
„ Februar	7	„ „	139. 10
„ März	10	„ „	208. 75
„ April	16	„ „	342. 55
„ Mai	6	„ „	127. 25
„ Juni	5	„ „	99. 30
„ Juli	3	„ „	60. 20
„ August	6	„ „	123. 65
„ September	4	„ „	74. 20
„ Oktober	3	„ „	59. 75
„ November	—	„ „	— . —
„ Dezember	2	„ „	52. 20
	63	mit Fr.	1317. 55

(inklusive Fr. 189 Untersuchungs- und Schatzungskosten). Von diesen 63 Fällen wurden 60 gänzlich entschädigt, 3 teilweise abgeschätzt. Ursachen dieser Schadenfälle sind: Tuberkulosis 2, Blutvergiftungen, Infiltration und Wassersucht 18, akute Krankheit 39, andere Krankheiten und Unfälle 4. Bussgeld (20 Rp. per Ziege) musste eines ausgesprochen werden.

5. Massnahmen zur Vermehrung und Verbesserung der ziegenwirtschaftlichen Produktion.

Ohne eine Vermehrung der Zahl der gehaltenen Ziegen zu befürworten, wird doch eine Vermehrung der ziegenwirtschaftlichen Produktion durch sachgemässe Durchführung von Massregeln zur Hebung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Tiere möglich. Die Verbesserung der ziegenwirtschaftlichen Produktion liegt zwar in erster Linie im Interesse der Ziegenbesitzer selbst; aber auch der Allgemeinheit muss es daran gelegen sein, dass der schweizerische Ziegenbestand auf den möglichst höchsten Grad der Nutzleistungen gebracht und in demselben erhalten wird.

Die Ziegenkorporation Meilen nennt in den Statuten als ihren Zweck: durch geeignete Haltung, Pflege und Ergänzung vorzüglicher männlicher und weiblicher Tiere die Durchschnittsqualität des Ziegenbestandes in der Gemeinde zu heben und so den Reintrag der Ziegenhaltung in der Gemeinde zu mehren.

Auswahl der zur Zucht geeigneten Tiere.

a) Ziegenböcke.

In der Züchtungspraxis wird auf das männliche Tier ein grösseres Gewicht als auf das weibliche gelegt, weil bei der richtigen Wahl des männlichen Tieres die Vorzüge desselben auf eine zahlreichere Nachzucht übertragen und daher die Zuchterfolge in ausgedehnter Masse gefördert werden können.

Die amerikanischen Züchter haben eine sehr zutreffende Wirtschaftsregel: „Der Bulle ist die halbe Herde“; diese Regel lässt sich auch auf die Ziegenzucht übertragen.

Staatliche Kontrolle über das männliche Zuchtmaterial.

Eine solche Kontrolle wird in den Kantonen Solothurn und Schaffhausen geführt.

In Solothurn bestimmt das Gesetz betreffend die Förderung der Viehzucht vom 25. Mai 1891: Die Ziegenböcke unterliegen ohne Ausnahme durch das Mittel von ordentlichen Schauen der Kontrolle der staatlichen Organe und dürfen zur Zucht nur verwendet werden, wenn sie durch die Schaukommission anerkannt worden sind.

Die Bekanntmachung der Direktion der Landwirtschaft des Kantons Schaffhausen vom 15. März 1901 sagt: Der Zweck ist durch die Schauen zu untersuchen, ob die Ziegenböcke in Bezug auf Körperformen und Eigenschaften den Anforderungen, welche an ein gutes Zuchtmaterial gestellt werden müssen, entsprechen, und ob die Tiere gut genährt und gepflegt werden. Die Böcke sind in verschliessbaren Transportvorrichtungen auf die Schauen zu bringen. Für die nichtprämierten Tiere wird ein Vorführungsgeld von 40 Rp. per Kilometer Entfernung vom Stand- bis zum Schauort bezahlt. Nichterscheinen zieht für Ziegenbockhalter, beziehungsweise die betreffenden Gemeinden, Busse nach sich; überdies findet auf Kosten der betreffenden eine Nachschau statt.

Kantonale Ziegenbockprämierungen mit Zuerkennung von Bundesbeiprämiern.

Das schweizerische Landwirtschaftsdepartement hatte in Folgegebung einer Anregung der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission mit Kreisschreiben vom 23. Juni 1891 den Kantonen zur Hebung der Ziegenzucht Subsidien für Bockprämierungen, die dem kantonalen Aufwand gleichkommen sollten, in Aussicht gestellt. Für den Bezug dieser Subsidien enthielt das Kreisschreiben vom 4. Januar 1892 die näheren, den Erfolg sichernden Bedingungen (Auszahlung der zugesicherten Beiprämiern je im folgenden Jahr bei einer Nachschau). Die finanzielle Beteiligung des Bundes erhielt anlässlich der Erweiterung des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884 zu einem eidgenössischen Gesetz 1893 eine rechtliche Grundlage. Durch die Bundessubvention wird bezweckt, dass solche Böcke dem Lande

Bundes-Beiprämien

Kantone bezw. Halbkantone	1892		1893				1894				1895				1896			
	Zugesicherte Beiprämien		Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien		Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien		Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien		Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien	
	An- zahl	Gesamt- betrag	An- zahl	Gesamt- betrag	An- zahl	Gesamt- betrag	An- zahl	Gesamt- betrag	An- zahl	Gesamt- betrag	An- zahl	Gesamt- betrag	An- zahl	Gesamt- betrag	An- zahl	Gesamt- betrag	An- zahl	Gesamt- betrag
	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.
Schweiz . . .	¹⁾ 531	¹⁾ 4,316 ^{1/2}	386	3,335 ^{1/2}	672	6,406 ^{1/2}	453	4,502 ^{1/2}	784	7,292 ^{1/2}	619	5,975	1046	8,496	799	6,866 ^{1/2}	1004	9,424 ^{1/2}
1. Zürich . . .	102	560	52	295	101	505	45	225	107	535	66	330	133	665	65	325	127	690
2. Bern . . .	125	1,082 ^{1/2}	101	870	185	1,647 ^{1/2}	137	1,252 ^{1/2}	235	2,047	178	1,526	290	2,242	224	1,892	262	2,470
3. Luzern . . .	20	120	11	75	26	155	8	60	17	125	10	80	17	110	11	70	23	160
4. Uri . . .	5	62 ^{1/2}	4	50	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}
5. Schwyz . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Obwalden . . .	7	27	3	14	7	95	5	70	15	110	13	90	28	236	21	188	25	158
7. Nidwalden . . .	4	50	4	50	4	50	4	100	4	50	4	50	7	50	7	50	6	90
8. Glarus . . .	20	75	10	32	14	142 ^{1/2}	13	128 ^{1/2}	25	155	20	129	26	167 ^{1/2}	22	142	25	162 ^{1/2}
9. Zug . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50
10. Freiburg . . .	48	590	41	520	64	910	41	570	47	495	41	435	50	600	39	470	35	420
11. Solothurn . . .	54	421	45	351	55	490	45	405	58	484	52	430	73	588	70	560	84	745
12. Baselstadt . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13. Baselland . . .	—	—	—	—	20	160	14	112	33	430	31	410	60	600	52	525	53	440
14. Schaffhausen . . .	¹⁾ 13	¹⁾ 130	8	80	17	170	8	80	14	140	11	110	22	220	21	210	24	240
15. Ausserrhoden . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16. Innerrhoden . . .	13	58 ^{1/2}	13	58 ^{1/2}	9	40	9	40	10	40	6	28 ^{1/2}	12	49	7	29 ^{1/2}	16	72 ^{1/2}
17. St. Gallen . . .	43	460	43	460	60	682 ^{1/2}	51	587 ^{1/2}	74	845	71	820	104	1,182 ^{1/2}	83	935	114	1,282 ^{1/2}
18. Graubünden . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
19. Aargau . . .	57	470	36	330	55	430	28	200	52	526 ^{1/2}	33	364	58	540	51	498	57	799
20. Thurgau . . .	—	—	—	—	16	142 ^{1/2}	9	82 ^{1/2}	19	160	17	140	22	170	17	132 ^{1/2}	25	195
21. Tessin . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22. Waadt . . .	16	175	11	115	20	420	17	375	45	850	40	760	96	592 ^{1/2}	66	405	46	615
23. Wallis . . .	4	35	4	35	14	304	14	152	24	237 ^{1/2}	21	210	43	421	38	372	72	772 ^{1/2}
24. Neuenburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25. Genf . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ 13 Beiprämien im Betrage von Fr. 130 wurden an Schaffhausen erst nachträglich zugesprochen.

für Ziegenböcke.

1897				1898				1899				1900				1901				Ordnungsnummer
Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien		Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien		Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien		Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien		Ausgerichtete Beiprämien		Neu zugesicherte Beiprämien		
An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	An-zahl	Gesamt-betrag	
St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	St.	Fr.	
765	7,181	1029	9,774 ^{1/2}	828	8,197 ^{1/2}	1078	11,113 ^{1/2}	860	9,201 ^{1/2}	1101	12,263 ^{1/2}	859	9,842	1026	9,741 ^{1/2}	792	7,823 ^{1/2}	1056	9,497	
63	350	132	750	70	395	137	880	74	495	137	890	76	515	146	1,165	81	760	134	865	1.
203	1,931	240	2,510	211	2,229	266	2,738	227	2,322	197	2,091	152	1,585	192	1,910	148	1,491	186	1,937	2.
17	125	13	100	8	70	12	90	8	70	12	85	7	50	9	80	8	75	12	95	3.
5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	5	62 ^{1/2}	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
20	133	29	159	19	111 ^{1/2}	27	181	13	93	30	186	25	155	24	154	13	89	21	145	6.
6	90	6	90	6	90	6	90	6	90	6	90	5	80	6	90	6	90	6	90	7.
17	121 ^{1/2}	24	165	22	153	28	193	26	180 ^{1/2}	27	175	20	134	29	146 ^{1/2}	19	100 ^{1/2}	19	101	8.
3	31 ^{1/4}	6	50	3	28	6	50	5	44 ^{1/2}	5	50	5	50	4	30	3	24	5	36	9.
30	365	42	505	35	430	51	615	47	565	57	720	46	580	54	730	45	625	65	875	10.
78	694	78	691	70	615	76	668	67	594	93	766	82	674	95	833	79	691	92	852	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
42	360	54	395	42	315	57	472 ^{1/2}	48	400	63	500	46	365	59	500	47	405	64	537 ^{1/2}	13.
21	210	28	280	25	250	¹⁾ —	²⁾ —	¹⁾ —	²⁾ —	22	220	17	170	22	220	19	190	26	260	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
3	16	18	80 ^{1/2}	6	21	18	78 ^{1/2}	8	36	19	92 ^{1/2}	8	43 ^{1/2}	20	86 ^{1/2}	9	38	15	69	16.
85	972 ^{1/2}	103	1,155	90	1,007 ^{1/2}	100	1,147 ^{1/2}	84	970	118	1,322 ^{1/2}	96	1,085	131	1,500	113	1,290	123	1,400	17.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.
47	327 ^{1/4}	58	609	47	504	¹⁾ 55	¹⁾ 614 ^{1/2}	48	554 ^{1/2}	59	566	55	531	62	614	48	480	79	669 ^{1/2}	19.
19	150	20	165	17	140	20	165	17	142 ^{1/2}	31	235	27	205	28	217 ^{1/2}	22	172 ^{1/2}	27	220	20.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.
37	499 ^{1/2}	77	1,097 ^{1/2}	64	921	115	2,218	96	1,892	124	3,322	106	2,832	114	1,030	112	1,010	97	750	22.
69	742 ^{1/2}	96	910	88	855	99	850	81	690	96	890	81	725	26	372 ^{1/2}	15	230	77	512 ^{1/2}	23.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	20	24.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.

¹⁾ 55 Beiprämien im Betrage von Fr. 614.50 wurden an Aargau, wo die Schauen infolge des Auftretens der Maul- und Klauenseuche hinausgeschoben werden mussten, erst nachträglich zuerkannt. — ²⁾ Im Kanton Schaffhausen fiel die Prämierung infolge Verlegung der Schauen auf das Frühjahr im Jahre 1898 aus. — ³⁾ Für Uri enthält der Bericht des eidgenössischen Landwirtschaftsdepartements den doppelten Ansatz.

erhalten werden, die in ganz ausgezeichneter Weise geeignet sind, eine gute Nachzucht zu erzielen.

Artikel 8 des eidgenössischen Landwirtschaftsgesetzes heisst: „Unter Bedingungen, die der Bundesrat feststellen wird, werden den Kantonen auch Beiträge zur Hebung der Kleinviehzucht verabfolgt werden.“ Die bundesrätliche Vollziehungsverordnung zu diesem Gesetz vom 10. Juli 1894 stellt die Bedingungen in Artikel 43 folgendermassen fest: Der Bund wird für Ziegenbockprämien nur den Betrag verwenden, welcher der bezüglichen kantonalen Leistung entspricht. Innert 4 Wochen nach den stattgehabten Schauen ist dem eidgenössischen Landwirtschaftsdepartement ein Verzeichnis der prämierten Böcke mit Angabe der Rasse, der Farbe, des Alters und der zuerkannten kantonalen und eidgenössischen Prämien, sowie des Namens und des Wohnortes des Besitzers einzusenden. Die prämierten Tiere sind während eines Jahres vom Tage der Prämierung an zur Zucht zu verwenden und sie müssen an der Schau des nächsten Jahres zur Kontrolle wieder vorgeführt werden.

Vorstehende Tabelle bringt die Beteiligung des Bundes an den kantonalen Prämierungen von Ziegenböcken von 1892—1901 zur Darstellung, woraus hervorgeht, dass von der zugesprochenen Zahl Bundesprämien im Durchschnitt 77 % und von der zugesprochenen Prämiensumme 80 % ausbezahlt wurden.

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich, hatten im Jahre 1901 neunzehn Kantone die Prämierung von Ziegenböcken vorgenommen; in diesem Jahre wurde auch im Kanton Graubünden die Einführung der Bockprämierung beschlossen.

Die Normierung der Ziegenbockprämierung findet sich:

- in Zürich:* im Gesetz betreffend die Erteilung von Prämien zur Förderung der Landwirtschaft vom 12. VI. 1881, in der Vollziehungsverordnung dazu vom 27. VIII. 1881, im Regulativ über die Förderung der Kleinviehzucht vom 22. VIII. 1901 und in den jährlichen Bekanntmachungen der Direktion der Volkswirtschaft betreffend die Viehschauen;
- in Bern:* im Gesetz betreffend Förderung und Veredlung der Pferde-, Rindvieh- und Kleinviehzucht vom 25. X. 1896 und in den jährlichen Bekanntmachungen der Kommission für Kleinviehzucht betreffend die Kleinviehschauen;
- in Luzern:* in den jährlichen Bekanntmachungen des Departements der Staatswirtschaft betreffend Anordnung der Zuchtviehschauen;
- in Uri:* in der Verordnung über Prämierung von Kleinvieh vom 29. XII. 1892;
- in Obwalden:* in der revidierten Verordnung über Verbesserung der Viehzucht und daheriger Prämierungen vom 23. III. 1895 und in den vom Staatswirtschaftsdepartement jährlich erlassenen Viehschauprogrammen;
- in Nidwalden:* in der Verordnung betreffend die Hebung der Viehzucht vom 17. IX. 1896;
- in Glarus:* in dem von der Landsgemeinde am 7. V. 1899 erlassenen Gesetz betreffend die Förderung der Viehzucht und in den jährlichen regierungsrätlichen Bekanntmachungen betreffend Ausstellung von Ziegenböcken und Zuchtebern;
- in Zug:* in den jährlich vom Regierungsrat erlassenen Programmen für die kantonalen Viehausstellungen;
- in Freiburg:* im Gesetz vom 6. V. 1897 betreffend die Rindviehveredlung (Art. 7) und in den jährlich von der Direktion des Innern erlassenen Vorschriften betreffend die Viehschauen;
- in Solothurn:* im Gesetz betreffend Förderung der Viehzucht vom 25. V. 1891, in der Verordnung dazu vom 31. XII. 1891 und in den jährlichen Bekanntmachungen des Landwirtschafts-

departements betreffend Zuchtstierschauen und Prämierung von Zuchtbeständen:

- in Baselland:* im Gesetz betreffend Förderung der Viehzucht vom 18. II. 1895 und in den jährlichen Bekanntmachungen der Direktion des Innern betreffend die Viehschauen;
- in Schaffhausen:* in den jährlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftsdirektion betreffend Zuchteber- und Ziegenböckeschau;
- in Innerrhoden:* in den jährlichen Anordnungen der kantonalen Landwirtschaftskommission;
- in St. Gallen:* im Regulativ betreffend die Prämierung von Kleinvieh, erlassen vom Volkswirtschaftsdepartement am 18. III. 1899, und in den jährlichen Bekanntmachungen des Volkswirtschaftsdepartements betreffend die Kleinviehschauen;
- in Graubünden:* in der vom Grossen Rat am 1. VI. 1901 erlassenen Verordnung betreffend die Hebung der Kleinviehzucht;
- im Aargau:* in der Bekanntmachung der Staatswirtschaftsdirektion vom 7. IX. 1892 betreffend Abänderungen des kantonalen Viehverbetterungsgesetzes und in den jährlich von der Staatswirtschaftsdirektion erlassenen Programmen für die Viehschauen;
- im Thurgau:* in den jährlichen Bekanntmachungen des Departements für die innern und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten betreffend die Abhaltung der kantonalen Viehschauen;
- in der Waadt:* in den jährlich erlassenen Arrêtés concernant les concours régionaux des espèces bovine, caprine et porcine;
- im Wallis:* im Gesetz vom 24. XI. 1884 betreffend Verbesserung des Gross- und Kleinviehs und der Pferdegattung und in den vom Departement des Innern erlassenen Bekanntmachungen betreffend die Prämierung der Rindvieh-, Ziegen-, Schaf- und Schweinegattungen;
- in Neuenburg:* im Loi sur l'amélioration du bétail du 14 IV 1892, chapitre IV (Art. 27).

Nicht alle Kantone haben gleichweitgehende Vorschriften erlassen:

1. Einzelne Kantone haben die Prämiensumme für Ziegenböcke oder für das Kleinvieh überhaupt fixiert.

In Zürich bestimmt vor jeder Prämierung die Kommission für Landwirtschaft die Prämiensumme, welche auf die Gattung Ziegen aus dem allgemeinen Kredit für Viehprämien entfallen soll; diese Summe wird nach der Zahl der Zuchtböcke auf die Bezirke verteilt; doch ist das Preisgericht berechtigt, von der einem Bezirk zufallenden Quote einen Bruchteil bis auf höchstens $\frac{1}{4}$ zu gunsten eines andern Bezirks zu verwenden, sofern dieselbe nicht im richtigen Verhältnis zu der Zahl und Qualität der vorgeführten Tiere steht.

In Bern wird nach dem Gesetz von 1896 jährlich ein Kredit von Fr. 15,000 für die Prämierung von Ebern, Mutterschweinen, Ziegenböcken und Ziegen, sowie zur Deckung der Schau-, Druck- und Sekretariatskosten ins Budget eingesetzt.

In Uri werden für das Halten von schönen männlichen Zuchtieren der Ziegen-, Schaf- und Schweinegattung jährlich Prämien im Gesamtbetrage von Fr. 325 (Fr. 100 vom Bund und Fr. 225 vom Kanton) verabreicht. Die kantonale Quote für Ziegenböcke beträgt Fr. 62. 50.

Obwalden verabfolgt zur Hebung der Ziegenzucht jährlich einen Prämienbetrag von Fr. 320; hiervon werden verwendet: in den Gemeinden Sarnen und Kerns bis je Fr. 60 und in den übrigen 5 Gemeinden bis je Fr. 40. Die Gemeinden haben dem Staate an die Ziegenprämien je die Hälfte zurückzubezahlen. Diese vorgesehene Prämiensumme wird nur solange verabfolgt, als eine Reduktion des Salzpreises nicht stattfindet.

In Nidwalden beträgt die kantonale Prämiensumme für Ziegenböcke Fr. 90, in Zug Fr. 50, in Freiburg Fr. 500, in Thurgau Fr. 150, in Waadt im Maximum Fr. 750.

St. Gallen hat für Hebung der Kleinviehzucht einen jährlichen Staatskredit von Fr. 6000, Graubünden einen solchen von Fr. 3000 (inbegriffen die Kosten der Prämierung), Aargau einen solchen von Fr. 750 und Wallis einen solchen von Fr. 2000.

Je nach den Verhältnissen werden die vorgesehenen Kredite entweder nicht aufgebraucht oder aber in einzelnen Fällen auch überschritten. Da der Bund von 1902 hinweg auch Beiprämiern für Widder den Kantonen in Aussicht stellt, mussten diejenigen Kantone, welche diese Beiprämiern in Anspruch nehmen, in der Gesetzgebung aber einen bestimmten Kleinviehzuchtkredit versehen, diesen Kredit entsprechend erhöhen, wovon aber in obiger Zusammenstellung nicht Rücksicht genommen werden konnte.

2. Die Prämien sind in verschiedenen Kantonen nach Höhe und auch nach Anzahl bestimmt.

In Zürich werden Ziegenböcke mit Fr. 10—20, in Solothurn mit bis Fr. 15 prämiert. Die kantonalen Prämien für Ziegenböcke betragen in Bern Fr. 5—20, in Baselland Fr. 5—15, in Schaffhausen Fr. 10, in St. Gallen Fr. 10—20, in Graubünden Fr. 5—10 (3 Prämienklassen); Nidwalden sieht pro Jahr an kantonalen Prämien vor: je 2 erster Klasse à Fr. 20, 2 zweiter Klasse à Fr. 15 und 2 dritter Klasse à Fr. 10. Waadt hat zwei Prämienklassen. Uri gewährt pro Jahr 5 Prämien und es betragen dieselben mit den eidgenössischen Beiprämiern: I. Fr. 35, II. Fr. 30, III. Fr. 25, IV. Fr. 20 und V. Fr. 15. Mit den eidgenössischen Beiträgen sind die Prämien für Ziegenböcke in Wallis auf Fr. 5—25 und in Freiburg auf Fr. 40 in der 1. Klasse, auf Fr. 30 in der 2. Klasse und auf Fr. 20 in der 3. Klasse festgesetzt worden.

3. Die Prämierungen finden in einigen Kantonen im Herbst, in andern im Frühling statt, und zwar entweder in Verbindung mit allgemeinen Viehschauen oder an speziellen Kleinviehschauen.

a) Kantone mit speziellen Kleinviehschauen: Kantonale Kleinviehschaukommissionen bestehen in den Kantonen Bern und St. Gallen. Die bernische Kommission für Kleinviehzucht ist zusammengesetzt aus dem Präsidenten und 6 Mitgliedern, wovon dem Oberaargau 2 Vertreter zufallen, während die übrigen Landesteile je 1 Mitglied erhalten, und ferner werden die nötigen Ersatzmänner bestimmt. Ein Mitglied darf im Kreise seines Wohnsitzes, bei persönlicher Beteiligung und bei gewissen Verwandtschaftsverhältnissen mit den Besitzern nicht mitwirken. Die Kommission sorgt für rechtzeitige Bekanntmachung der Schauen (wenigstens 3 Wochen vor Beginn), sowie für das nötige Personal für Aufstellung und Wartung der Tiere.

Andere Kantone mit speziellen Kleinviehschauen bezeichnen jeweils Experten oder übertragen die Expertise den Preisrichtern für Rindvieh. In Uri wird die bezügliche Schau, Zuerkennung und Verteilung der Prämien von der Direktion des Innern und den vom Regierungsrat für die Rindviehprämierung bezeichneten Preisrichtern nebst einem patentierten Tierarzt, letzterer jedoch nur mit beratender Stimme und Abgabe eines Gutachtens, besorgt. Für die glarnerische Ausstellung von Ziegenböcken und Zuchtebern ist die Bezeichnung der Experten Sache des Regierungsrates.

Kantone mit Frühlingschauen: In Schaffhausen ist die Prämierung mit der Kontrollschau des männlichen Zuchtmaterials verbunden. 1901 wurden die Schauen im Mai vorgenommen; Schauorte sind: Hallau, Schleithem, Thayngen, Ramsen und Buchberg-Rüdlingen. — In Innerrhoden findet jährlich eine Kleinviehschau in Appenzell statt (1901 am 1. Mai). — St. Gallen hält Kleinviehschauen in Goldach, Altstätten, Frömsen, Buchs, Mels, Unterterzen, Kaltbrunn, Alt-St. Johann, Wattwil, Spreitenbach, Bütschwil und Gossau ab (und zwar meist im Mai).

Kantone mit Herbstschauen: In Bern ist für die Kleinviehschauen das Kantonsgebiet in 15, bzw. seit 1902 in 16, Kreise,

jeder mit einem bestimmten Schauort, eingeteilt. Die Besitzer dürfen nur in demjenigen Schaukreise konkurrieren, in welchem sie ihren gesetzlichen Wohnsitz haben. Die Schauorte sind: Saanen, Lätterbach, Thun, Frutigen, Brienz, Schwarzenburg, Aarberg, Dachsfielden, Delsberg, Pruntrut, Huttwil (seit 1901), Wangen, Burgdorf, Langnau und Bern, sowie nach Regierungsratsbeschluss vom 26. April 1902 Zweisimmen. Die Schauen finden in der Regel im Oktober statt. — In Uri wird die Kleinviehschau innert der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November, je nach vorheriger Publikation (1901 am 30. Oktober in Altdorf) abgehalten. — Für Glarus ordnet der Regierungsrat die Schau an; 1901 fand sie am 13. August im Zaun in Glarus, anlässlich des Augstenmarktes, statt.

b) Kantone mit Ziegenbockprämierung in Verbindung mit Zuchtstier- oder allgemeinen Viehschauen: Zürich hat eine von der kantonalen Kommission für Landwirtschaft gewählte Schaukommission für sämtliche Viehgattungen, bestehend aus 5 Mitgliedern und 8 Ersatzmännern. Den Verhandlungen dieses „Preisgerichts“ hat jeweilen der Bezirkstierarzt mit beratender Stimme beizuwohnen. Bei der Beurteilung darf kein Mitglied, das dem betreffenden Bezirk angehört, mitwirken. — In Nidwalden besorgt die vom Landrat gewählte Viehschaukommission (aus 6 Mitgliedern, 2 Ersatzmännern und 1 Sekretär bestehend) die Ziegenbockprämierung. — In Wallis beurteilt ein Preisgericht von 3 Mitgliedern die Tiere jeder Gattung nach dem Punktiersystem. — Bei der bündnerischen Ziegenbockprämierung funktionieren die Mitglieder, bzw. Stellvertreter der Schaukommissionen für Zuchtbestände. — Die Prämien für Ziegenböcke werden in Obwalden jeweils von den für die Herbst- und Frühjahrschauen bestimmten Experten zuerkannt. — Auch Waadt und andere Kantone haben für die Ziegenbockprämierungen die nämlichen Experten wie für die Rindviehschauen.

Sämtliche Kantone, welche die Ziegenbock- mit Rindviehschauen verbinden, haben Herbstschauen (Verschiebungen durch Seuchenverhältnisse vorbehalten). In Zürich werden die Ziegenböcke an den jährlich im September oder Oktober wiederkehrenden bezirkswesischen Viehschauen prämiert; diese Schauen finden in den 11 Bezirkshauptorten (für den Bezirk Zürich in Unterstrass) statt. — In Luzern werden die Ziegenböcke an den im Oktober stattfindenden Zuchtviehschauen prämiert, aber nicht in allen Schaukreisen, so wurden 1901 in Willisau und Schöpfheim je 5, in Sursee und Dagersellen je 1, in Hochdorf und Luzern gar keine prämiert. — In Obwalden wird die Prämierung von Ziegenböcken im Oktober an den Gemeindeviehschauen in Lungern, Giswil, Schwändi, Sarnen, Alpnach, Kerns, Sachseln und Engelberg, in Nidwalden an der alljährlich im Oktober stattfindenden kantonalen Viehschau (1901 am 16. Oktober in Wil [Oberdorf]) vorgenommen. — Im Kanton Zug können Ziegenböcke an die im Oktober stattfindenden „Vieh-ausstellungen“ in Zug, Unterägeri und Buonas zur Prämierung aufgeführt werden. — In Freiburg finden jeweils im Herbst bezirkswweise Zuchtstier- und Kleinviehschauen statt; 1901 wurden sie in der zweiten Hälfte September in Romont, Freiburg, Châtel (Kastels), Bulle, Murten, Estavayer und Tafers vorgenommen. — Die solothurnische Prämierung der Ziegenböcke, verbunden mit der Kontrolle über das männliche Kleinviehzuchtmaterial, wird mit den Zuchtstierschauen vorgenommen; 1901 fanden diese Schauen in der 2. Hälfte September, und zwar für Dorneck in Dornachbrugg, für Thierstein in Büsserach, für Olten und Gösigen in Olten, für Thal und Gäu in Balsthal, für Bucheggberg in Hessigkofen, für Kriegstetten in Subingen, für Solothurn und Lebern in Langendorf statt. — In Baselland werden die Bockprämierungen an den meist im September abgehaltenen kreisweisen Viehschauen in Reigoldswil, Oberdorf, Liestal, Eptingen, Sissach, Gelterkinden, Therwil, Buns und Arlesheim vorgenommen. — Die bündnerischen Bockprämierungen werden mit den im Herbst abgehaltenen Zuchtbestandeschauen, bzw. in den Bezirken, welche keine Bestände-

schaufen haben, an besonders angesetzten Schautagen abgehalten, wobei die Schauorte die nötigen Räumlichkeiten, das Polizeipersonal und die erforderliche Beihilfe unentgeltlich zur Verfügung zu stellen haben. Die Böcke sind an dem dem Wohnort des Ausstellers nächstgelegenen Schauort vorzuführen. — In Aargau wird die Ziegenbockmit der jeweiligen im Oktober in den 11 Bezirkshauptorten stattfindenden Zuchtstierprämierung vorgenommen. — Thurgau hat Schauen von Zuchtstieren, Kühen, Rindern, Schweinen und Ziegenböcken; 1901 wurden sie in Bischofszell, Amriswil, Weinfelden, Pfy, Frauenfeld, Münchwilen, Tägerwilen und Diessenhofen in der ersten Hälfte Oktober abgehalten. — In Waadt findet die Ziegenbockprämierung mit den Rindviehschauen im September und Oktober (Schauorte 1901: Cossonay, Sullens, La Sarraz, L'Isle, Colombier s. M., Gimel, Sentier, Ste-Croix, Yverdon, Molondin, Orbe, Echallens [2 Schauen], Bercher, Peney-le-Jorat, Forel [Lavaux], Nyon, Rougemont, Château d'Ex, Ormont-dessus, Ormont-dessous, Ollon, Gryon, Lausanne, Oron, Moudon, Granges, Payerne, Avenches, Montreux) statt. — Die Walliser Bockprämierungen werden mit den allgemeinen Viehschauen in der Regel im Oktober vorgenommen (Schauorte 1901: Brig, Stalden, Steg, Siders, Sitten, Martinach-Stadt, Sembracher und Monthey). — In Neuenburg wurden an den Bezirksviehschauen 1901 zum erstmaligen Ziegenböcke prämiert, in Boudry 2 und im Val-de-Ruz 1.

4. Die Bedingungen zur Auffuhr der Ziegenböcke an die Schauen zur Prämierung sind folgende:

a) Lösung eines amtlichen Gesundheitsscheines gemäss Art. 9 des eidgenössischen Viehseuchenpolizeigesetzes.

In Bern hat für Abnahme der Gesundheitsscheine die Ortspolizeibehörde des betreffenden Schauortes zu sorgen. Für mehrere an die Schau aufzuführende Tiere kann nach den Vorschriften von Luzern, St. Gallen und anderen Kantonen der Kollektivschein C benutzt werden.

b) Besitzbescheinigung.

In Zürich haben die Gemeinderäte über Besitz, bezw. Eigentum, und Zuchtverwendungszeit der zur Schau aufgeführten Tiere ein Zeugnis nach Formular auszustellen. Waadt hat die Bestimmung, dass diejenigen, welche Tiere aufführen wollen, 6 Tage vor der Schau vom Viehinspektor ein Formular ausfüllen lassen müssen, in welchem der Viehinspektor beglaubigt, dass die fraglichen Tiere zur Zeit wirklich im Besitz (possession) des Ausstellers sind.

c) Ausschluss gewisser Viehbesitzer.

Wenn wegen unwahrer Angaben u. s. f. Prämien entzogen werden mussten, können die betreffenden Fehlbaren von der Konkurrenz an künftigen Schauen ausgeschlossen werden. In Bern werden Tiere von Viehbesitzern, welche Rindvieh- und Pferdeprämien beziehen, von unabgeteilten Erbschaften und von Drittpersonen (Scheinhändler) von den Bockschauen ausgeschlossen, in Waadt die Tiere von Staatsbetrieben. Ist einem Besitzer an einer Schau für einen Bock ein Preis zuerkannt worden, so darf dieses Tier im nämlichen Jahr an keiner andern Schau mehr konkurrieren (ausdrücklich besteht diese Bestimmung im bernischen Gesetz von 1896; gilt aber auch für die andern Kantone).

d) Speziell Uri: Auffuhr von 2 weiblichen Tieren mit jedem Bock.

5. Die Bedingungen für Zuerkennung von Prämien sind in den einzelnen Kantonen ziemlich verschieden. Im allgemeinen kommen folgende Punkte in Betracht.

a) Reinblütigkeit, bezw. gute Qualität.

Zur Prämierung werden in Zürich nur reinblütige Angehörige der rehbraunen und weissen „Rassen“ (Toggenburger, Saaner, Appenzeller) zugelassen.

In Bern sollen nur Zuchtböcke prämiert werden, welche diejenigen körperlichen Eigenschaften besitzen, die auf Rasse, Ebenmass der Formen, Zuchtfähigkeit und Gesundheit schliessen lassen; nebst „Rassenreinheit ist bei den Ziegen gute und starke Entwicklung und Milchergibigkeit anzustreben.

In Freiburg soll der „Rasse“ und der Körperform bei der Prämierung Rechnung getragen werden; prämiert werden Böcke des Freiburger gemfarbenen Schlags (fribourgeoise chamoisée), des Greyerzerschlags und des Saanenschlags, ausnahmsweise auch des Freiburger graugestreiften Schlags (fribourgeoise grisallée). Von den 1901 prämierten Böcken waren 30 Saaner, 27 Gemfarbene, 5 Greyerzer und 3 Graugestreifte.

In Innerrhoden werden vorwiegend Böcke des weissen Appenzellerschlags (Mutschböcke), dann aber auch Hornböcke prämiert; 1901 war das Verhältnis zwischen den prämierten Mutsch- und Hornböcken 4:1.

In St. Gallen sind Böcke der sich im Kanton vorfindenden „Ziegenrassen“ als Toggenburger, Appenzeller und Oberländer prämiierungsfähig; Oberländer jedoch nur in gewissen Schaukreisen (Mels, Unterterzen und Kaltbrunn). Um prämiert werden zu können, müssen die Tiere die typischen Rassenmerkmale gut ausgeprägt zeigen. Von den 1901 prämierten Böcken waren: 78 Toggenburger, 11 Appenzeller und 34 Oberländer.

Graubünden prämiert Böcke der im Kanton vorfindlichen oder importierten Schläge (Toggenburger, Appenzeller, Saaner, Frutiger); die Maximalprämie wird nur für reingezüchtete Rassentiere oder ausgezeichnete Kreuzungsprodukte verabfolgt.

Prämiert werden in Thurgau Saaner-, Toggenburger-, eventuell auch Appenzeller-Böcke; in Waadt Böcke der weissen hornlosen „Rasse“; in Wallis Böcke der „Schweizer Ziegenrassen“ (schwarzhalsige, gemfarbige, weisse). Wallis schliesst Kreuzungsprodukte von der Prämierung aus.

b) Bestimmte Altersgrenze, in der Regel nur nach unten, nicht nach oben.

In Zürich, Waadt und Wallis müssen die Böcke mindestens $\frac{1}{2}$ Jahr, in Bern und Freiburg 8 Monate, in St. Gallen $\frac{3}{4}$ Jahr alt sein. In Bern dürfen die Tiere solange konkurrieren, als sie zuchtfähig und normal beschaffen sind, müssen aber ein Alter von wenigstens 15 Monaten haben, um die Maximalprämie erhalten zu können. Die Maximalprämie wird in St. Gallen und Graubünden für Tiere unter 18 Monaten nicht gewährt. In Waadt werden über 4, in Wallis über 5 Jahre alte Böcke nicht mehr zur Prämierung zugelassen.

c) Abstammung nachweisbar von guten Milchziegen (St. Gallen und Graubünden).

d) Gutgenährter Zustand (Graubünden).

e) Gesundheit und Zuchtfähigkeit (ausdrücklich vorgeschrieben nur in St. Gallen und Nidwalden).

f) Proportionierter Körperbau.

St. Gallen und Graubünden verlangen gute Körperformen und kräftige gutgestellte Glieder. Flachrippige Tiere und solche mit schmaler, spitzer, abschüssiger Kreuzpartie sind in Graubünden möglichst von der Prämierung auszuschliessen.

g) Besitzverhältnisse:

In Uri darf dem gleichen Besitzer nicht mehr als ein Zuchtbock prämiert werden. Graubünden hat für die Kleinviehprämierung die Bestimmung, dass der gleiche Besitzer für Tiere der nämlichen Gattung jährlich nicht mehr als 2 Prämien beziehen darf.

h) Verwendung zur öffentlichen Zucht während mindestens einem Jahre vom Tag der Prämierung an und Vorführung zur Kontrolle an die Schau des nächsten Jahres, sofern diese Nachschau nicht wegen Krankheit eines Tieres etc. verunmöglicht wird.

Die Zuchtverwendung während eines Jahres und die Nachschau werden vom Bund für Ausrichtung der eidgenössischen Beiprämierten verlangt.

Über die Zuchtverwendung schreibt St. Gallen vor: ein Bock darf im Jahr nicht mehr als 100 Belegungen ausführen und per Belegung darf nicht mehr als Fr. 1 verlangt werden. Es sind Sprungbüchlein zu führen, die jeweilen bis 31. III., also vor Beginn der nächsten Schau, dem Volkswirtschaftsdepartement zur Kontrolle einzureichen sind. Die Sprungbüchlein werden vom Departement gratis abgegeben. — Nidwalden setzt das Sprunggeld für prämierte Ziegenböcke auf 20 Rp. — Freiburg verlangt eine vom Viehinspektor auszustellende Bescheinigung über die öffentliche Zuchtverwendung, welche bei der Nachschau vorzulegen ist.

Luzern bestimmt, dass die prämierten Böcke innert Jahresfrist nicht verkauft werden dürfen. In Uri ist der Verkauf von prämierten, nachschaupflichtigen Böcken im Kanton gestattet. Will in Bern der Besitzer eines prämierten Tieres dasselbe vor dem gesetzlichen Termin ausserhalb des Kantons verkaufen, so hat er hierzu die Bewilligung der Direktion der Landwirtschaft einzuholen; ein zum drittenmal prämierter Bock darf nach 6 Monaten verkauft werden.

Wenn in Zürich infolge Krankheit etc. der Transport eines Bockes zur Nachschau unmöglich wird, so ist eine amtliche Bescheinigung über den Grund beizubringen. Die Vorführung zur Nachschau kann in Bern unterbleiben, wenn der Besitzer spätestens an der betreffenden Schau der Kommission eine, die genaue Beschreibung des Tieres enthaltene, vom Viehinspektor und Gemeindepräsident ausgestellte und vom Regierungs-Statthalter legalisierte Bescheinigung beibringt, dass der Bock vor dem gesetzlichen Termin weder ausserhalb des Kantons veräussert, noch sonst der Zucht innerhalb des Kantons entzogen worden ist. In St. Gallen darf der Kontrolltransport nur dann unterbleiben, wenn die Auf- führung der Tiere sehr schwierig und mit Gefahren verbunden ist; in diesem Fall ist eine amtliche Bescheinigung über den Grund beizubringen. Auch in Graubünden kann die Vorführung im Nachjahr bei Vorweisung einer amtlichen Bescheinigung, dass die Aufführung des Tieres aus einem bestimmten Grund untunlich ist, unterbleiben.

6. Die prämierten Tiere sind mit einem Kennzeichen zu versehen.

In Zürich werden die prämierten Böcke am linken Ohr mit K Z gekennzeichnet. In St. Gallen werden die prämierten Toggenburger- und Appenzellerböcke an der Innenseite des linken Ohres mit S G tätowiert; die prämierten Oberländerböcke erhalten einen Hornbrand. Waadt versieht die prämierten Tiere mit Metallmarken am linken Ohr; diese Marken werden derart angebracht, dass die Nummern gut sichtbar sind. In Wallis wird den prämierten Tieren ein O V am rechten Horn oder ein Erkennungszeichen am rechten Ohr beigebracht.

7. Die Ausbezahlung der kantonalen Prämien erfolgt in wenigen Kantonen sofort, meist wird sie mit den eidgenössischen Beiprämierten an der Kontrollschau ausgerichtet.

In Bern wird die kantonale Prämie sofort durch die Zustellung eines Prämiescheins ausgerichtet; Widerhandlungen gegen die Bedingungen der Prämierung verpflichten zur Rückerstattung der bezogenen kantonalen Prämie und zur Verzichtleistung auf die eidgenössische Beiprämie. — In Uri hat für nach der Prämierung

im Kanton verkaufte Tiere der Käufer die für den Bezug der Prämien erforderlichen Bedingungen zu übernehmen; wenn durch Krankheit oder höhere Gewalt ein prämiertes Tier mit Tod abgeht oder infolgedessen abgetan werden muss, so geht die zuerkannte Prämie nicht verlustig, sofern ein glaubwürdiger Ausweis hierfür erbracht wird (Anstände erledigt auf Antrag der Direktion des Innern der Regierungsrat). — In Nidwalden werden die kantonalen Prämien in Form von Gutscheinen zugestellt, die nach Verlauf von 10 Monaten vom Tage der Prämierung an gerechnet bei der Staatskasse eingelöst werden können, wenn der amtliche Nachweis geleistet wird, dass das Tier der öffentlichen Zucht gedient hat. — In St. Gallen erfolgt die Ausbezahlung anlässlich der Schau des Nachjahres. Die vom Volkswirtschaftsdepartement ausgefertigten Gutscheine sollen kurz nach Schluss der sämtlichen Schauen zur Versendung an die zuständigen Aussteller gelangen. Wird das Tier während der Haftzeit der kantonalen Zucht entzogen, so kann den Besitzer neben dem Entzug der Prämie eine Busse von 50 % des Betrags der kantonalen Prämie treffen. Durch tierärztliches Attest nachgewiesene unverschuldete Erkrankung oder frühestens 2 Monate nach der Prämierung eingetretene Zuchtimpotenz können als Gründe der Belassung der kantonalen Prämie in Betracht fallen; die Abschächtung oder Zuchtentfremdung darf indes erst nach eingeholter Bewilligung des Departements erfolgen, das sich in seiner Entscheidung, nebst der Beurteilung der erwähnten Verhältnisse, wesentlich durch den Nutzungseffekt des betreffenden Tieres innerhalb der auf die Prämie bezüglichen Frist leiten lassen wird. Ist die Ursache des Umstehens des Tieres auf unabwendbares Unglück (Feuer, Steinschlag, Fall, Lawinen etc.) zurückzuführen, so kann die kantonale Prämie belassen werden. Der Fall ist jedoch sobald wie möglich dem Departement zur Anzeige zu bringen. Die Bundesprämie fällt bei Nichteinhaltung der Haltefrist unter allen Umständen dahin. Prämienentzugs- und Bussenerkenntnisse werden vom Departement unter Rekursrecht der Betroffenen an den Regierungsrat ausgesprochen. — In Graubünden wird die kantonale Prämie auch dann ausbezahlt, wenn ein prämiertes Tier während der Haltefrist umgestanden ist, sofern hierüber sofort dem Departement des Innern Anzeige gemacht wird. — In Aargau gehen im Nachjahr nicht wieder aufgeführte Tiere unter allen Umständen der Prämien verlustig. — Die Ausbezahlung der Prämie findet in Obwalden erst statt, nachdem die Tiere ein Jahr zur Zucht gedient haben. — In Freiburg, Thurgau, Waadt und Wallis dürfen die für Böcke zuerkannten kantonalen und eidgenössischen Prämien erst bei der Kontrollschau ausbezahlt werden.

8. Auf dem Transport und während der Schau verbleiben die Tiere auf Kosten und Gefahr der Aussteller (ausdrücklich schreibt dies nur Aargau vor). Die Aussteller haben sich der Schauordnung zu fügen.

In Wallis verfallen diejenigen, welche ihre Tiere erst nach der angesetzten Stunde aufführen, in eine durch den Kreiskommissär auszusprechende Busse von Fr. 1—5.

9. Der Aussteller hat bezüglich seiner Tiere die erforderlichen Angaben wahrheitsgetreu zu machen.

Wer sich unwahrer Angaben in Bezug auf Eigentum, Nachzucht oder Abstammung der Tiere schuldig macht, verliert in Zürich jeden Anspruch auf Ausrichtung der zuerkannten Prämie. Bezüglich unrichtiger Angaben gelten in Uri die Bestimmungen der Verordnung vom 9. IV. 1884, § 10. Wenn in Obwalden ein Aussteller, um die richtige Beurteilung der Schautiere zu verhindern, sich unwahrer Angaben oder unerlaubter Kunstgriffe bedient, so wird er der zuständigen Behörde zu angemessener Straf- abwandlung verzeigt; wer sich auf unrichtige Weise eine Prämie erwirkt, geht der Prämie verlustig. Für falsche Angaben oder

Täuschungen seitens eines Ausstellers gelten in Graubünden die bezüglichlichen Bestimmungen der Verordnung über Veredlung der Rindviehzucht. In Aargau haben Aussteller, welche unwahre Angaben machen, sich unerlaubter Vorkehren bedienen, oder auf betrügerische Weise sich Vorteile verschaffen oder verschaffen wollen, allfällig bezogene Prämien zurückzuerstatten und werden überdies dem Strafrichter überwiesen.

10. Die Schauergebnisse werden öffentlich bekannt gegeben.

Die bernische Kleinviehschaukommission hat die amtlich zu veröffentlichenden Prämienverzeichnisse auszufertigen und innerhalb eines Monats nach dem Schauen der Landwirtschaftsdirektion einen eingehenden Bericht, in welchem auf die Belehrung der Züchter Bedacht zu nehmen ist, zuzustellen. In St. Gallen ist bei Eröffnung der Prämierungsergebnisse von einem Mitglied der Kleinviehschaukommission eine Ansprache über den Schaubefund, sowie über Kleinviehzucht und deren Ziele zu halten. In Graubünden hat die Schaukommission Protokolle, sowie Zahlungsliste und ein summarischer Bericht dem Regierungsrat jeweils bis zum 1. September einzusenden; die Protokolle sollen Auskunft geben über: Zahl der ausgestellten Tiere, Ergebnis der Prämierung nach Klassen, Merkmale der prämierten Tiere, Name und Wohnort der Eigentümer.

Überblickt man die Bestimmungen betreffend die Ziegenbockprämierungen, so erhält man den Eindruck, dass sich hier im Verhältnis zu der Höhe der Prämien der Bürokratismus ziemlich breit macht und fast dürfte man sich verwundern, dass bei den Plackereien, welche mit dem Bezug von Prämien verbunden sind, überhaupt noch Tiere auf die Schau geführt werden. Es ist ja wohl richtig, dass die Prämierungen nicht bloss Geldverteilungen sind, sondern durch dieselben auch wirklich Nutzeffekte erzielt werden sollen, allein dies könnte auch auf einem einfacheren Wege, ebensogut, ja noch sicherer erreicht werden. Wenn z. B. die eidgenössischen und kantonalen Prämien nach der Schau ohne Kontrollschau im Nachjahr ausgerichtet würden und der Erfolg also sofort gekrönt würde, so könnte dies nur zur intensiveren Förderung der Ziegenzucht beitragen. Damit aber doch eine zuverlässige Kontrolle über die Zuchtverwendung besteht, wäre es ja höchst einfach, wenn den Viehinspektoren jeweils ein Verzeichnis der prämierten Tiere ihres Kreises zugestellt und sie mit der Aufsicht über diese Tiere betraut würden. Sollte ein prämiertes Tier ausser den Inspektoratskreis veräussert werden, so erhält der Viehinspektor durch Ausstellung eines Gesundheitsscheines stets Kenntnis und wenn die Haltefrist für ein prämiertes Tier noch nicht abgelaufen ist, so braucht er nur die Ausstellung eines solchen Scheines so lange zu verweigern, bis ihm zu Händen von Bund und Kanton die bezogene Prämie restituiert wird.

Zuchtbockhaltung durch Gemeinden.

In der solothurnischen und aargauischen Viehzuchtgesetzgebung wird bestimmt, dass je nach Bedürfnis Gemeinden „Zuchtstationen“ schaffen müssen.

Das solothurnische Gesetz betreffend Förderung der Viehzucht vom 25. Mai 1891 schreibt in Art. 12 vor: Zur Erhaltung und Vermehrung der Kleinviehzucht sind nach Bedürfnis entsprechende Zuchtstationen in geeigneter Lage einzurichten. Dieselben unterliegen der Aufsicht der Ortsgemeindebehörden und sind auf Ausschreibung hin, ohne Mindersteigerung, im Akkord zu vergeben.

Das Gesetz betreffend Verbesserung der Viehzucht des Kantons Aargau vom 12. Januar 1869 sagt (Art. 85 und 87): Zur Verbreitung und Erhaltung der besten und nützlichsten „Rassen“ von Kleinvieh werden mit angemessener Unterstützung des Staates in den verschiedenen Teilen des Kantons entsprechende Zuchtstationen eingeführt. Sie stehen unter Aufsicht der zuständigen Gemeindebehörden. Über diese Zuchtstationen enthält die aarg. Verordnung über das Halten von Zuchttieren vom 5. IX. 1888 folgende Vorschriften: In denjenigen Gemeinden, in welchen ein Bedürfnis für Anschaffung von männlichen Zuchttieren für das Kleinvieh vorhanden ist, haben die Gemeinderäte auf Kosten der Einwohnergemeinde darauf Bedacht zu nehmen; im Zweifelsfalle über das Vorhandensein eines Bedürfnisses entscheidet auf eingeholten Bericht des Bezirksamtes die Staatswirtschaftsdirektion. Wird die Haltung dieser Zuchttiere einem Privaten übergeben, so gelten für das daherige Vertragsverhältnis folgende Bestimmungen: Über die Frage, ob die Kosten für das Halten der männlichen Zuchttiere von der Gemeinde oder von den Besitzern der weiblichen zuchtfähigen Tiere oder von beiden Teilen in einem gewissen Verhältnis zu tragen sei, entscheidet die Einwohnergemeinde; in den beiden letztern Fällen setzt der Gemeinderat für jeden Besitzer das Beitragsverhältnis fest. Der Gemeinderat bezeichnet den Halter der männlichen Zuchttiere aus der Zahl derjenigen, die sich hierfür angemeldet haben, oder infolge Anfrage zur Übernahme geneigt sind, und schliesst den bezüglichlichen Vertrag mit denselben ab. Der Vertrag, in Schrift verfasst, muss enthalten: die Zahl und Rasse der zu haltenden männlichen Zuchttiere; die an den Halter zu leistende Entschädigung; die Dauer des Vertrags nebst den Bedingungen und Terminen für die Aufkündigung; die Verpflichtung des Halters, die Vorschriften zu erfüllen und namentlich im Falle des Untauglichwerdens des männlichen Zuchttiers für sofortigen Ersatz zu sorgen. Sämtliche Verträge sind so abzufassen, dass deren Ende auf 30. September fällt. Bei Abschluss eines solchen Vertrages ist darauf Bedacht zu nehmen, dass das Halten von männlichen Zuchttieren nur solchen Personen übertragen wird, welche einen den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden, d. h. weder der Störung und dem Schreck der Tiere noch auch dem Auge des Publikums ausgesetzten Sprungplatz einrichten und in Beziehung auf gesunde und geräumige Stallung, sowie auf hinreichende Fütterung, für eine sorgfältige Pflege der Zuchttiere Gewähr bieten. Das aargauische Viehzuchtgesetz setzt in die Kompetenz der Gemeinderäte Bussen gegen Widerhandlungen der Anforderungen der Sprungplätze.

Verschiedene Gemeinden anderer Kantone, namentlich solche von Schaffhausen, halten gute Böcke zur öffentlichen Zucht.

Die Prämierungsliste des Kantons Schaffhausen pro 1901 verzeichnet z. B. 1 Toggenburgerbock der Gemeinde Gächlingen und 3 Toggenburgerböcke der Gemeinde Schleithelm.

Genossenschaftsböcke.

Eine Hauptaufgabe der Zuchtgenossenschaften besteht in der Sorge für Verwendung schöner kräftiger und gesunder Böcke.

Die mangelhafte Bockhaltung veranlasste geradezu die Gründung gewisser Genossenschaften; z. B. Untertoggenburg, Zuzwil

Niederhelfenswil. Auf Grund krasser Übelstände in der Privatbockhaltung beriet sich im Frühling 1898 Gärtner J. Ambühl mit einigen Gleichgesinnten über Änderung der bestehenden Verhältnisse und auf deren Wunsch berief der landwirtschaftliche Verein Untertoggenburg eine Interessentenversammlung zusammen, welche die Genossenschaft Untertoggenburg gründete. In Zuzwil-Niederhelfenswil wollte sich früher niemand zur Haltung eines guten Ziegenbockes abgeben, so dass die Ziegenbesitzer genötigt waren, mitunter die Tiere 1 bis 1½ Stunden weit zu führen, um sie belegen zu lassen. Deshalb schlossen sich einige Ziegenbesitzer, an ihrer Spitze Seb. Graf, zu einer Genossenschaft zusammen.

Die Genossenschaften trachten darnach, wenn möglich nur prämierte Böcke zu verwenden. Das zürcherische Regulativ über die Förderung der Kleinviehzucht vom 22. VIII. 1901 stellt als eine Bedingung der Beitragsleistung an die Gründung von Ziegenzuchtgenossenschaften die Haltung nur prämierter Böcke und als solche für Betriebsbeiträge die jährliche Auskunft über die Art der Prämierung der Böcke auf. Das st. gallische Regulativ betreffend die Förderung der Kleinviehzucht nennt als Punkt, auf welchen bei der Prämierung von Ziegenzuchtgenossenschaften Rücksicht zu nehmen ist, die Haltung ausschliesslich prämierter männlicher Zuchttiere. Die Genossenschaft Quinten bestimmt in ihren Statuten, dass der Dorfherde nur prämierte Böcke der Oberländerrasse beigegeben werden und dass deshalb Nichtmitglieder per Geiss oder Gitzli, die mit der Herde getrieben werden, extra 20 Rp. Bockgeld mehr zu bezahlen haben.

Die Genossenschaft Saanen übernimmt die Verpflichtung, jedes Jahr ein oder mehrere schöne Böcke von guter Abstammung zu halten. Die Ziegenbockkorporation Oberembrach bezweckt die Haltung eines zuchtfähigen Ziegenbockes für die Tiere der Korporationsmitglieder.

Der st. gallische Genossenschaftsverband stellt die Bockhaltung unter die Unternehmungen spezieller Vereinigungen innerhalb des Verbandes. Der Verbandsvorstand wurde im Jahre 1901 beauftragt, ein Projekt auszuarbeiten, in welcher Weise die Böcke während des Sommers am besten gemeinschaftlich geweidet werden können.

Die Genossenschaften sorgen für die nötige Anzahl Böcke.

Die Statuten von Quarten bestimmen, dass auf 50 bis 60 Ziegen, diejenigen von Fehraltorf, dass auf 60—70, diejenigen von Hub-Romanshorn, dass auf je 40 ein Zuchtbock kommen soll. Die Genossenschaft Oberterzen hält auf 60—70 Ziegen 2 Böcke des reinen Toggenburgerschlag.

Die Böcke sind entweder Eigentum der Genossenschaft als solcher oder aber Eigentum von Privaten.

Die meisten st. gallischen Ziegenzuchtgenossenschaften haben folgende statutarische Bestimmungen: Die Kommission stellt der jeweiligen Hauptversammlung Anträge über den Abschluss bindender Verträge mit den Eigentümern von prämierten Böcken betreffend Benutzung der letztern für die Ziegen der Genossenschaftsmitglieder, sofern nicht Ankauf von Böcken durch die Genossenschaft beschlossen wird. Die Privateigentümer beziehen das von der Kommission festgesetzte Sprunggeld und zudem eine Aversalentschädigung aus der Genossenschaftskasse. Sofern nicht Verträge mit Privateigentümern abgeschlossen werden, hat die Kommission in Ausführung der Ankaufbeschlüsse der Hauptversammlung für Anschaffung gut entwickelter rassenreiner Böcke und zweckmässige Plazierung derselben zu sorgen. Der Wärter eines von der Genossenschaft angekauften Bockes wird ausschliesslich aus der Genossenschaftskasse entschädigt und die Sprunggelder fallen in diese Kasse.

Die Statuten der Genossenschaft Fehraltorf sagen: Im gemeinsamen Interesse soll die nötige Zahl von Ziegenböcken der

Originalsaanenrasse gekauft werden; der Einkauf besorgt der Vorstand mit allfälliger Inanspruchnahme der Revisoren. Bei demselben soll auf Rassenreinheit, Formen und Abstammung geachtet werden. Es sollen nur solche Böcke gekauft werden, bei denen mit Sicherheit auf eine Prämie erster Klasse bei öffentlichen Schauen gerechnet werden kann. Der Vorstand hat einen unbedingten Anschaffungskredit zur Verfügung. Zur Fütterung, Wartung und Pflege werden die Böcke einem oder mehreren Genossenschaffern gegen Entrichtung eines Futtergeldes übergeben, wobei der Vertrag von der Genossenschaftsversammlung zu genehmigen ist, oder das Halten der Böcke wird unter die Genossenschaffter versteigert. Der oder die Übernehmer haben sich zu verpflichten, die Böcke gehörig zu füttern und zu verpflegen; ein besonderer Vertrag soll das Nähere bestimmen.

In den Genossenschaften Elgg und Turbenthal bleibt die Aufstellung spezieller Bestimmungen über Ankauf und Verwendung der Zuchtböcke der Generalversammlung vorbehalten; das Halten der Böcke und der Einzug der Sprunggelder werden vertraglich geordnet. Für den Ankauf besteht eine von der Generalversammlung gewählte Kommission. Jeder von der Genossenschaft Turbenthal angekaufte Zuchtbock muss mit dem Genossenschaftszeichen versehen werden. Die Genossenschaft sieht in ihren Statuten Gratifikationen für die gute Haltung der Böcke vor.

Die Korporation Meilen hat betreffend das Halten der Zuchtböcke ein besonderes, vom August 1898 datiertes Reglement, welches jedem Mitglied gedruckt zugestellt wird. Dieses Reglement enthält Vorschriften über die Benutzung der Böcke, den Zuchtort, die Bereithaltung des Bockes zum Züchten, das Sprunggeld, die Versicherung der Böcke und den Ersatz. Der Bock soll im Tag im Maximum für 6 Ziegen benutzt und am Vormittag bis 9 Uhr, Abends von 4 Uhr an zum Züchten bereit gehalten werden. Der Bockhalter hat das Tier in allen Beziehungen gut zu verpflegen und, wenn nötig, demselben während der stärksten Sprungperiode Körnerzusatz zu verabreichen. Tritt Zuchtuntauglichkeit eines Bockes vor Vertragsende ein, so hat der Bockhalter für die fehlende Zeit einen von der Korporation gestellten Ersatzbock unter den gleichen Bedingungen zu übernehmen. Die Korporation kann auch Böcke als Eigentum behalten und hat dann für dieselben dem Halter ein Futtergeld zu bezahlen.

Die Statuten der Genossenschaft Zihlschlacht bestimmen, dass die Böcke Eigentum der Genossenschaft sein und unter besonderen Bestimmungen verstellt werden sollen.

Es verausgabten im Betriebsjahre 1901:

die Genossenschaften:	für Ankauf von Zuchtböcken:	für die Bockhaltung:
1. Benken	Fr. 30.— für 1 Stück	Fr. 130.—
2. Ossingen	50.— " 1 "	30.—
3. Rorbas	70.— " 2 "	—.—
4. Meilen	—.— " — "	35.—
5. Fehraltorf	—.— " — "	410.— *)
6. Elgg	—.— " — "	180.60
7. Elgg	60.50 " 2 "	10.— **)
8. Saanen	240.— " 4 "	—.—
9. Rebstein	30.— " 1 "	—.—
10. Murg	—.— " — "	60.—
11. Oberterzen	150.— " 3 "	—.—
12. Quarten	90.— " 2 "	—.—
13. Quinten-Dorf	Fr. 112.45	
14. Wattwil	—.— " — "	110.—
15. Untertoggenburg	—.— " — "	173.50
16. Buchs-St. Gallen	—.— " — "	68.40
17. Zuzwil	—.— " — "	184.—
18. Hub-Romanshorn	71.10 " 1 "	149.—

(inkl. Fr. 15.10 Fracht und Spesen von Saanen).

*) Inkl. Versicherung.

***) Blosser Gratifikation.

b) Zuchtziegen.

Kantonale Ziegenprämierungen.

An den Kleinviehschauen des Kantons Bern werden auch Ziegen prämiert.

Nach dem bernischen Gesetz betreffend die Förderung und Veredelung der Pferde-, Rindvieh- und Kleinviehzucht vom 25. X. 1896 werden für Ziegen kantonale Prämien von Fr. 5—12 ausgerichtet. Im Jahre 1901 wurden an den bernischen Kleinviehschauen 2684 Ziegen aufgeführt und von denselben 968 mit Fr. 6295 prämiert.

Ziegen von Genossenschaftsmitgliedern.

Die Auswahl der zur Zucht zu verwendenden Muttertiere bildet eine weitere Hauptaufgabe der Ziegenzuchtgenossenschaften.

In Originalzuchtgebieten bestimmter Ziegentypen wird für die zur Zucht verwendeten Ziegen wie für die Zuchtböcke Reinblütigkeit verlangt. Die Zuchtgenossenschaften ausserhalb solcher Gebiete setzen sich entweder die Reinzucht bestimmter importierter Typen oder die Heranbildung eines den Bedürfnissen entsprechenden Ziegenschlages durch Kreuzung zum Ziel. In letzterem Falle wird ein bestimmter Ziegentypus zum Vorbild genommen, wobei gewöhnlich Rücksichten auf Sommerstallhaltung getragen werden. Als Anforderung an eine gute Stallziege nennen die Statuten von Fehraltorf, Elgg und Turbenthal: tiefe breite Brust, nicht zu hohe Beine, breites möglichst wenig abfälliges Kreuz und weite, aber geschlossene Hüftpartie (Hungergruben), volle Hinterschenkel, aufgesetzter Widerrist, mässig langer nicht zu dicker Hals, leichter, breiter Kopf, namentlich breites Maul, und kurze feine Haare. Nach der Zeitschrift für Ziegenzucht 1901 hatten bei der Genossenschaft Fehraltorf ca. $\frac{1}{6}$ der Kreuzungsprodukte von Saanenböcken mit gefleckten oder braunen Ziegen die weisse Farbe der Saanenziege erhalten; es betrug die Zahl der von den 120 Genossenschaftsmitgliedern aus 17 Ortschaften der Bezirke Pfäffikon und Uster gehaltenen Ziegen über 230, wovon die Hälfte weiss. In Freienstein berief die Vorsteherschaft im Jahre 1898 auf Anregung einiger Privaten die Ziegenbesitzer zur Gründung einer Genossenschaft zusammen, um nicht nur geordnete Verhältnisse zu schaffen, sondern die Saanenziege in die Gemeinde einzuführen. In Gelterkinden ist jedes Genossenschaftsmitglied verpflichtet, mindestens ein reinblütiges Muttertier des Saanenschlages zu halten.

Über die zur Zucht verwendeten Ziegen wird von vielen Genossenschaften ein Zuchtbuch geführt. Die eingetragenen Tiere müssen gezeichnet werden.

Im Zuchtbuch der Genossenschaft Fehraltorf ist für jedes Tier ein eigenes Blatt eingeräumt, worin Name, Farbe, Abzeichen u. s. w., ob selbst gezüchtet oder gekauft, notiert wird. Die Tiere sind mit den Nummern des Zuchtbuches zu zeichnen. Der Verkauf von Zuchtbuchtieren ist dem Zuchtbuchführer zu melden.

Das zürcherische Regulativ vom 22. VIII. 1901 führt unter den Bedingungen für Verabfolgung von Beiträgen an die Gründungskosten von Genossenschaften die Einrichtung einer geregelten Zuchtbuchführung auf. Den Gesuchen um Beiträge an die Betriebskosten sind die Zuchtbücher beizulegen und es sollen für die Zuerkennung in erster Linie die Eintragungen über Zucht- und Milchleistungen der Tiere in Berücksichtigung gezogen werden.

Das st. gallische Regulativ vom 18. III. 1899 bestimmt, dass bei der Prämierung von Ziegenzuchtgenossenschaften auf Zuchtbuchführung Rücksicht zu nehmen sei.

Die Ziegen der Genossenschaftsmitglieder werden in der Regel nach ihrer Qualität in Klassen eingeteilt.

Die Genossenschaft Fehraltorf lässt bei der Aufnahme von einer Expertenkommission die Ziegen in 2 Klassen einteilen; die Ziegen erster Klasse (reine weisse Tiere) sollen ins Zuchtbuch eingetragen werden. Ein geeignetes Zeichen für diese Zuchtziegen erster Klasse bestimmt die Generalversammlung.

In der Genossenschaft Appenzell werden eingereicht: in erster Klasse rassenreine weisse Mutschziegen erster Qualität, in zweiter Klasse rassenreine weisse Mutschziegen, in dritter Klasse rassenreine schwarze Bergziegen und rassenreine rote ungehörnte Ziegen. Über Aufnahme von Zuchtziegen ins Zuchtbuch entscheidet der Präsident unter Beizug der Experten oder deren Ersatzmänner. Zu diesem Behufe müssen die Tiere im Monat Mai an geeigneten Orten aufgeführt werden. Die von der Expertenkommission zur Eintragung geeigneten Tiere sind von derselben mit einem zweckentsprechenden Genossenschaftszeichen zu versehen, woran ersichtlich, in welche Klasse die Tiere eingereiht sind.

Die Genossenschaften Untertoggenburg und Libingen sehen 2 Qualitätsklassen für die Mutterziegen vor. Über die Zuteilung in dieselben entscheidet die Kommission; in die erste Klasse kommen nur solche Ziegen, welche die Merkmale der Toggenburgerrasse ausgeprägt aufweisen. Bei der Aufnahme von Ziegen eines Kommissionsmitgliedes tritt dasselbe in Ausstand. Ein Zeichen für die Zuchttiere wählt die Hauptversammlung.

Die Genossenschaften Wattwil, Wildhaus, Buchs, Grabs und Zuzwil scheiden die Muttertiere in 3 Klassen aus.

Für die Eintragung ins Zuchtbuch wird eine Gebühr bezogen, welche zur Deckung der genossenschaftlichen Betriebskosten verwendet wird.

Die Einschreibgebühren betragen meist 20 Rp. per Stück. Wenn in der Genossenschaft Appenzell die Zahl der eingetragenen Tiere des nämlichen Besitzers 6 beträgt, sind für die folgenden Tiere 50 Rp. zu erlegen.

Zuchtkontrollierung.

Die Ziegenzuchtgenossenschaften stellen als Grundsatz die Vermeidung zu naher Verwandtschaftszucht auf und sehen deshalb die Führung von Sprungregistern vor.

Nach dem st. gallischen Regulativ vom 18. III. 1895 haben die Zuchtgenossenschaften ein Zuchregister zu führen. Diese Zuchregister werden vom Volkswirtschaftsdepartement gratis abgegeben und jeweilen vor Beginn der Genossenschaftsprämierung zur Kontrolle eingefordert.

Der Genossenschaftsvorstand ist in Fehraltorf ermächtigt, den Ziegen erster Klasse, in Appenzell und verschiedenenorts in St. Gallen den Zuchtziegen überhaupt den passenden Zuchtbock zuzuweisen. In Gelterkinden dürfen ausser den Saanen-Mutterziegen, den sogenannten Genossenschaftstieren, andere Ziegen nur mit Erlaubnis der Kommission dem Genossenschaftsbocke zugeführt werden; der Bockhalter hat über die gedeckten Ziegen ein Register zu führen.

Die Statuten der Genossenschaft Zihlschlacht bestimmen: Die Verwendung der Genossenschaftsböcke darf nur bei Tieren von Genossenschaftsmitgliedern stattfinden. Kein Genossenschaftsmitglied darf einen andern Bock halten, und zwar bei einer Busse von Fr. 10—20; unter den gleichen Strafordrohungen sind auch die Genossenschaftsmitglieder gehalten, ihre Ziegen nicht anderwärts belegen zu lassen. Weiter entfernten Mitgliedern kann das Belegen der Zuchtziegen bei einem andern Bock ausnahmsweise gestattet werden; das Sprunggeld ist jedoch in die Genossenschaftskasse zu zahlen. Die Genossenschaft führt über die Abstammung und Fortpflanzung der Rassentiere ein Register, bezw. ein Stamm- oder Herdenbüchlein, von welchem auf Verlangen der Aufsichts-

behörde Einsicht zu geben ist. Der Bockhalter ist verpflichtet, über die Zahl der vorgeführten Tiere ein Verzeichnis zu führen.

Für die Belegung durch Genossenschaftsböcke wird in der Regel ein Sprunggeld erhoben.

Die Höhe des Sprunggeldes bestimmt meistens der Genossenschaftsvorstand; bei einzelnen Genossenschaften ist es statutarisch oder reglementarisch festgesetzt. Die Statuten von Hub-Salmsach sehen per Ziege von Genossenschaftsmitgliedern ein Sprunggeld von 50 Rp., per Ziege von Nichtmitgliedern Fr. 1, das zweite Mal 30 Rp. vor. Das Reglement von Meilen verlangt ein Sprunggeld von 80 Rp. für Ziegen von Mitgliedern und Fr. 1 für Ziegen von Nichtmitgliedern, die weitem Sprünge für dieselbe Zuchtziege sind unentgeltlich; von diesem Sprunggeld erhält der Bockhalter 70 Rp., und der Rest, 10 beziehungsweise 30 Rp., fällt in die Genossenschaftskasse.

Im Betriebsjahr 1901 nahmen an Sprunggeldern ein:

die Genossenschaft:	für Sprünge:	Fr. Rp.
Benken	56 à Fr. 1. 60	89. 60
Ossingen	25 à „ —. 50 (von Nichtmitgliedern)	12. 50
Bassersdorf	35 à „ 1. —	35. —
Fehraltorf	{ ? à „ 1. 70 (von Nichtmitgliedern) ? à „ 1. 20 (von Mitgliedern)	} 248. 10
Egg	73 à „ 1. —	73. —
Grasswil	{ 70 à „ —. 50 40 à „ —. 30 }	47. —
Arboldswil	28 à „ —. 50	14. —
Quinten-Dorf	97 à „ —. 85	82. 45
Wattwil	81 à „ —. 50	40. 50
Zihlschlacht	88 à „ —. 80	70. 40

Erhaltung des veredelten Zuchtbestandes.

Die Förderungsbestrebungen dürfen nicht nur dahin gehen, durch rationelle Zucht den Ziegenbestand zu heben, sondern denselben auch auf der Höhe der Veredlung zu erhalten und womöglich die Veredlung noch weiter zu führen.

Rationelle Aufzucht und Haltung der Tiere.

Die rationelle Aufzucht und die gute Haltung der Tiere stellen sich die Ziegenzuchtgenossenschaften zu einer ihrer Hauptaufgaben.

Der mangelhafte Ziegenbestand veranlasste die Gründung verschiedener Zuchtgenossenschaften, z. B. Rorbas. Die Verbesserung des Ziegenbestandes ist der Endzweck der Zuchtgenossenschaften.

Die Statuten von st. gallischen Genossenschaften schreiben vor: Die Zuchttiere sind, wenn immer möglich, in geräumigen, mit dem nötigen Licht versehenen Stallungen unterzubringen und rationell zu füttern. Vor allem ist darauf zu halten, dass die Ziegen auch im Winter, und namentlich im trächtigen Zustande, öfters Bewegung im Freien haben.

Über den Weidgang kann hier der Kürze halber auf den Abschnitt Weiden hiervor verwiesen werden.

Für die Aufzucht und Haltung von Ziegen gibt es auch eine gewisse Fürsorge seitens der Behörden.

Von der innerrhodischen Landwirtschaftskommission wurde im Interesse der Erstarkung der Talziegen den Ziegenbesitzern wiederholt nahegelegt, den Zicklein nicht allzufrüh die Milch zu entziehen und mit der Züchtung bis zur vollständigen Reife des Körpers zuzuwarten. Bezügliche Misgriffe würden eine allmähliche Degeneration herbeiführen (vergl. die Berichte dieser Kommission).

Reservierung guter Ziegen für die inländische Zucht.

Hierfür treffen einzelne Ziegenzuchtgenossenschaften sehr weitgehende Massnahmen.

Die Genossenschaft Appenzell sieht in den Statuten vor: Abkömmlinge von den bezeichneten Böcken und Mutterziegen 1. und 2. Klasse, welche zur Aufzucht bestimmt sind, müssen dem Aktuar behufs Eintragung ins Zuchtregister angemeldet werden. Falsche Angaben haben Ausschluss aus der Genossenschaft zur Folge. Ziegen erster Klasse müssen wenigstens zwei Jahre im Lande zur Zucht verwendet werden; dagegen dürfen Tiere 2. und 3. Klasse unter beförderlicher Anzeige an den Zuchtregisterführer jederzeit veräussert werden. Für über 3 Jahre alte, in die 1. Klasse eingereichte Tiere hat die Kommission die Kompetenz, dem Eigentümer freies Verfügungsrecht einzuräumen.

Die Genossenschaft Fehraltorf verfügt in dieser Beziehung folgendermassen: Junge Ziegen von Genossenschaftstieren 1. Klasse (d. h. im Zuchtbuch eingetragenen Tieren), welche nicht vom Eigentümer selbst nachgezogen werden, sollen beim Zuchtbuchführer als zum Verkaufe angemeldet werden. Dieser macht denjenigen Genossenschaftlern, welche sich als Käufer angemeldet haben, Mitteilung, und es dürfen, wenn sich Genossenschaftler als Käufer melden, solche Ziegen nicht an Nichtgenossenschaftler verkauft werden, es sei denn, dass eine Einigung im Preise nicht möglich wäre. Die Zuchtprodukte der Ziegen erster Klasse werden gezeichnet. Nachgezogene Genossenschaftstiere erster Klasse, welche den Anforderungen und Zwecken nicht mehr entsprechen, können von der Expertenkommission ausrangiert und im Zuchtbuch gestrichen werden.

Auch die Genossenschaften Elgg und Turbenthal bestimmen in ihren Statuten, dass geworfene Kitzen von anerkannt schönen Ziegen der Mitglieder in erster Linie den Genossenschaftlern zum Kaufe angeboten werden müssen, ebenso die Genossenschaft Quarten.

St. gallische Genossenschaften schreiben statutarisch vor: Die Abkömmlinge von Ziegen erster Klasse müssen, sofern sie die „Rassenmerkmale“ aufweisen, ins Zuchtbuch eingeschrieben und gezeichnet werden. Die ins Zuchtbuch eingetragenen Tiere der ersten Klasse dürfen ohne Bewilligung der Kommission beziehungsweise des Actuars nicht ausser die Genossenschaft veräussert werden, während der Verkauf der Tiere der zweiten Klasse frei gegeben ist, aber doch der Kommission angegeben werden muss. Einzelne Genossenschaften wenden die Anzeigepflicht betreffend Verkauf auch auf Tiere dritter Klasse an.

Schauen der Genossenschaftszuchtbestände.

In den Kantonen Zürich und St. Gallen können nach ihren Regulativen über die Förderung der Kleinviehzucht derartige Schauen abgehalten werden.

In Zürich sind die Zuchtbestände der Ziegen auf Verlangen dem Preisgericht zur Kontrolle vorzuführen.

Der Kanton St. Gallen subventioniert die Ziegenzuchtgenossenschaften auf Grund von Beständeschauen. Die Ziegen erster Klasse werden von der Schaukommission mit S. G. und fortlaufender Nummer gezeichnet. Die Genossenschaften haben sich an der Schau des Nachjahres darüber auszuweisen, dass sie einen der vorjährigen Schau mindestens ebenbürtigen Bestand haben. Diese Prämierungen förderten die Gründung von Zuchtgenossenschaften; so gaben sie Anlass zur Entstehung der Genossenschaften Räfis-Burgerau und Quinten-Dorf.

Durch die Beständeschauen lassen sich die Erfolge der genossenschaftlichen Tätigkeit ermessen; so waren im Gebiet der Genossenschaft Wattwil zur Zeit der Gründung (1899) nur 3 Ziegen erster Klasse, 1901 doch schon 16 Stück; die Genossenschaft Oberterzen hatte bei der Gründung 3 Ziegen erster Klasse, 1902 aber 19 Stück.

Ziegenprämierungen durch Genossenschaften.

Einzelne Genossenschaften ordnen von ihnen aus Prämierungen von Ziegen der Genossenschafter an.

Die Statuten von Fehraltorf sehen die Einführung von ein- bis zweijährigen, diejenigen von Turbenthal von jährlichen Prämierungen, für welche Gemeinde- und Staatsubventionen nachzusuchen sind, vor. Bei der Genossenschaft Quinten-Dorf werden, um den Ankauf guter Tiere zu fördern, den vorgeführten Genossenschaftstieren erster Klasse jährlich aus dem Staatsbeitrag Prämien zugesprochen.

Die Genossenschaft Buchs-St. Gallen hat mit dem Jahre 1901 sogenannte Gitzli- oder Jungziegen-Schauen eingeführt. Die aufzuführenden Tiere werden an einer Vorschau ausgewählt; die ausgewählten Tiere sind bei einer Busse von Fr. 2 im Unterlassungsfalle zur Schau zu bringen. Von der Auffuhr werden dispensiert kranke oder hochträchtige Tiere. Für die Schau 1901 standen der Genossenschaft Fr. 53 an freiwilligen Beiträgen zur Verfügung; von diesem Betrage wurden Fr. 45 für Prämien und Fr. 8 für Deckung der Schaukosten verwendet. Es wurden prämiert:

		Prämien: Stück:			
Junge Böcke	à Fr. 4. —	1	Fr. 4. —		
Zeitgeissen mit Note sehr gut	à „ 3. —	1	„ 3. —		
Zeitgeissen mit Note gut	à „ 2. —	1	„ 2. —		
Gitzli, ältere, mit Note sehr gut	à „ 3. —	2	„ 6. —		
Gitzli, ältere, mit Note gut	à „ 2.50	4	„ 10. —		
Gitzli, ältere, mit Note mittelmässig	à „ 2. —	5	„ 10. —		
Gitzli, jüngere, mit Note sehr gut	à „ 2.50	2	„ 5. —		
Gitzli, jüngere, mit Note gut	à „ 2. —	2	„ 4. —		
Gitzli, jüngere, mit Note mittelmässig	à „ 1. —	1	„ 1. —		

Derartige Schauen bewirken eine sorgfältigere Aufzucht. Die jungen Tiere erhalten dadurch regelmässig die ersten 10 bis 15 Wochen Milch, während sonst nur 6 bis 8 Wochen. Auch wird auf die Auswahl der Nachzuchttiere ein grösseres Gewicht gelegt.

Die Ziegenabteilungen an Ausstellungen.

Die Ausstellungen sollen zeigen, was durch eine gute Zucht erreicht werden kann, damit die Ziegenbesitzer angeregt werden, ihren Ziegenbestand zu verbessern. Die Ausstellungen bieten daher nur eine Auslese des Besten, keineswegs aber das getreue Abbild der gesamten schweizerischen landwirtschaftlichen Produktion, und daher kann man von den Ausstellungen aus auch nicht einen „allgemeinen“ Fortschritt konstatieren. Derartige schmeichlerische Worte, die man öfters bei Anlass von Ausstellungen hört, dienen keineswegs dazu, die Interessierten zum Fortschritt aufzumuntern, sondern könnten eher bewirken, dass die Leute in der irrigen Annahme, man sei nun auf der höchsten Stufe angelangt, glauben, sie brauchten sich jetzt keine weitere Mühe mehr zu geben.

a. Kantonale Ausstellungen.

In der Viehzuchtgesetzgebung einzelner Kantone wird vorgesehen, dass an Stelle von ordentlichen Schauen in gewissen Terminen Ausstellungen treten können.

In Zürich bestimmt das Gesetz vom 12. Juli 1881: Je das dritte Jahr ist in der Regel eine kantonale landwirtschaftliche Ausstellung zu veranstalten und ein Teil der Viehprämierung mit derselben zu verbinden. Ursprünglich war die Ziegenprämierung bei

diesen kantonalen Ausstellungen ausgeschlossen; in den Ausstellungsjahren, so noch 1894, wurden die Bockprämierungen mit den bezirksweisen Zuchtstierschauen verbunden. Nach dem Regulativ vom 22. August 1901 werden an den kantonalen zürcherischen Ausstellungen neben Ziegenböcken auch Kollektionen von Mutterziegen prämiert; die Prämierung erfolgt durch eine besondere Abteilung des Preisgerichts für die Viehausstellung.

Das solothurnische Gesetz vom 25. Mai 1891 enthält die Bestimmung, dass im Interesse einer einheitlichen Beurteilung des gesamten Zuchtmaterials in Zwischenräumen von wenigstens sechs Jahren eine kantonale Ausstellung, an welcher auch weibliche Tiere zur Prämierung zugelassen werden sollen, an Stelle der Zuchtstierschauen treten kann.

Nach Art. 5 des Gesetzes vom 24. Oktober 1884 sollen im Kanton Wallis alle 7 Jahre Ausstellungen für das Gross- und Kleinvieh beider Geschlechter abgehalten werden.

Kantonale Ausstellungen fanden in jüngerer Zeit statt: 1900 in Wald (Kt. Zürich) und 1901 in Basel.

An der zürcherischen kantonalen Ausstellung in Wald vom 5. bis 8. Oktober 1900 wurden zu der Abteilung Ziegen nur Vertreter der Toggenburger, Saaner und Appenzeller Rasse zugelassen und bei der Auffuhr von Mutterziegenkollektionen in erster Linie die Zuchtgenossenschaften berücksichtigt.

Es wurden prämiert:

		in I. Klasse: II. Kl.: III. Kl.: IV. Kl.: V. Kl.: Totalbetrag:				
Ziegenböcke	12	1	1	22	110	Fr. 1165. —
Ziegenkollektionen	3	2	—	—	—	„ 220. —

An der von den landwirtschaftlichen Vereinen Baselstadt und Baselland veranstalteten landwirtschaftlichen Ausstellung vom 3. bis 5. Oktober 1901 erhielten Ziegenböcke Gesamtprämien (kantonale Prämie, eidgenössische Beiprämie und Ausstellungszuschlag) von Fr. 15 bis 45, wovon zirka 1/3 unmittelbar ausbezahlt wurde, Zuchtziegen Ausstellungsprämien von Fr. 8 bis 15.

b. Eidgenössische Ausstellungen.

Nach Art. 18 des eidgenössischen Landwirtschaftsgesetzes gibt der Bund an allgemeine landwirtschaftliche Ausstellungen, deren Organisation Sache der Kantone und der landwirtschaftlichen Vereine ist, ausnahmsweise auch an Spezialausstellungen Beiträge zu Prämien. Das Ausstellungsprogramm, das Juryreglement und die Wahl der Jury unterliegt dann der Genehmigung des Bundesrates. Eidgenössische Ausstellungen sollen nach dem genannten Gesetz nur in wenigstens sechsjährigen Perioden im Wechsel der Landesteile stattfinden. Wenn aus diesem Grunde auch die Landesausstellung in Genf nach Verständigung der Komitees dieser Ausstellung und der schweizerischen landwirtschaftlichen Ausstellung in Bern in landwirtschaftlicher Beziehung Beschränkungen eintreten liess, hatte sie doch eine temporäre Kleinviehausstellung, so dass der Bund seit Inkrafttreten des Landwirtschaftsgesetzes an die Ziegenabteilungen in Bern (1895), in Genf (1896) und in Frauenfeld (1903) Prämienfelder verabfolgte.

		in Bern:	in Genf:	in Frauenfeld:
Ziegenböcke	57	45	26	
Ziegenkollektionen	—	16	35	
Einzelne Mutterziegen	111	12	—	

Die Bestimmungen des Ausstellungsprogrammes von Frauenfeld bezüglich der Ziegenabteilung lauteten:

Art. 58.

II. Kategorie. Ziegen.

Diese Abteilung umfasst sämtliche Ziegenrassen der Schweiz:

1. Weisse Schweizerziege:
 - a. Saanen-Ziege;
 - b. Appenzeller Ziege.
2. Toggenburger Ziege.
3. Walliser Schwarzhalbziege.
4. Steinbock- oder gemisfarbige Gebirgsziege¹⁾.
5. Alle übrigen Ziegenrassen und Kreuzungsprodukte.

Die ausgestellten Tiere müssen mindestens 1 Jahr alt sein. Für alte Ziegenböcke muss auf Verlangen der Jury die Zuchttauglichkeit nachgewiesen werden. Diese Kategorien zerfallen in folgende Gruppen:

1. Einzelne männliche Tiere:
 - a. 1 bis 2¹/₂ Jahre alt;
 - b. über 2¹/₂ Jahre alt.
2. Zuchtkollektionen, bestehend aus 1 männlichen und 3–4 weiblichen Tieren.

Als Preise werden in Aussicht genommen:

Für männliche Tiere: I. Klasse Fr. 40, II. Klasse Fr. 30, III. Klasse Fr. 20. Ehrenmeldungen Fr. 10.

Für Kollektionen: I. Klasse Fr. 80, II. Klasse Fr. 60, III. Klasse Fr. 40. Ehrenmeldungen Fr. 10.

Tiere der Gruppe 5 können keine erstklassigen Prämien erhalten.

Art. 59.

Bei der Beurteilung sind hauptsächlich massgebend: Rassenreinheit, Ausgeglichenheit der Kollektionen, sowohl in Proportion wie in der Farbe, Milchergiebigkeit, gute Gliedmassen und Körperformen.

Art. 61.

In allen Kategorien der Kleinviehausstellung dürfen für wirklich ausgezeichnete Leistungen und selbstgezüchtete Tiere Ehrenpreise verabfolgt werden. Diese sind Preise erster Klasse mit Medaillen. Derselbe Aussteller darf in einer Kategorie nicht mehr als einen Ehrenpreis erhalten.

Art. 62.

Für die Kleinviehausstellung wird die Vorschau durch kantonale Experten ausgeführt. Zugelassen werden: 250 Zuchtschweine, 30 Mastschweine, 170 Ziegen, 170 Zuchtschafe und 30 Mastschafe.

Art. 63.

Die Prämiensumme für die gesamte Kleinviehausstellung beträgt Fr. 13,000 nebst Medaillen (silbervergoldeten, silbernen und bronzenen), Ehrenmeldungen und Prämienausweisen. Die Verteilung ist Sache der betreffenden Preisrichter.

6. Massnahmen für Hebung des Produktenabsatzes.

Wenn auch der freie Verkehr durch die Bundesverfassung im ganzen Umfang der Eidgenossenschaft gewährleistet ist, so müssen doch aus polizeilichen Gründen gewisse Beschränkungen bezüglich des Viehverkehrs gemacht werden. Für die Ziegenwirtschaft kommen hier einerseits forst- und flurpolizeiliche Bestimmungen, andererseits sanitätpolizeiliche Vorschriften in Betracht.

¹⁾ Anmerkung des Verfassers: Diese Bezeichnung ist sehr unbestimmt und könnte nach Punkt 5 gänzlich wegfallen.

Bezüglich der Forst- und Flurpolizei kann hier auf eine Abhandlung „Feldpolizei“ des hierseitigen Verfassers in Professor Dr. Reichesbergs Handwörterbuch verwiesen werden.

Was die sanitätpolizeilichen Vorschriften anbelangt, so ist der Ziegenverkehr an die Lösung amtlicher Gesundheitsscheine gebunden. Nur für lokale Schauen, z. B. innerhalb von Genossenschaften, ist die Vorweisung eines Gesundheitsscheines nicht erforderlich. Für die Ausstellung eines Gesundheitsscheines muss eine Gebühr erlegt werden; aus den Gebühren für die Gesundheitsscheine werden die Kosten der Viehseuchenpolizei des Bundes und der Kantone bestritten und in einzelnen Kantonen die Viehentschädigungskassen gespiesen. Bei den Viehentschädigungskassen sind auch die Ziegenbesitzer interessiert; so werden im Kanton Bern nach dem Dekret vom 20. Mai 1896 für die an Milz- oder Rauschbrand (Angriff) gefallen Ziegen, über 6 Monate alt, Entschädigungen von Fr. 10 per Stück gewährt. Bei Seuchenausbrüchen wird jeder Verkehr abgeschlossen. Weil die eidgenössischen seuchenpolizeilichen Massnahmen sich nicht auf den bei den Ziegen auftretenden gelben Galt („Strauchete“) beziehen, hat die innerrhodische Delegation an die st. gallisch-appenzellische Kommission bezüglich der Alpfahrten schon vorgeschlagen, dass von dieser Kommission aus bezügliche Massnahmen getroffen werden sollten, wobei die Frage aufgeworfen wurde, ob die Besitzer von mit dem gelben Galt behafteten Ziegen, welche dieselben zur Alpfahrt bringen, nicht nach dem Obligationenrecht, Art. 66, für entstandenen Schaden haftbar gemacht werden könnten.

Das Bundesgesetz über das Zollwesen vom 30. Juni 1849, in Ausführung der Bundesverfassung, setzte an Stelle der Binnenzölle in der Schweiz ein rationelles Grenzzollsystem. Dieses Zollgesetz wurde infolge der Einführung des einheitlichen Münzsystems unter Benutzung der gemachten Erfahrungen am 27. August 1851 revidiert. Die erhöhten Anforderungen an den Bund, wie sie die Revision der Bundesverfassung mit sich brachte, verlangten allmähliche Erhöhungen der Zolltarifansätze. Bis in die neueste Zeit bildete das Freihandelsprinzip die Grundlage der schweizerischen Zollpolitik. Das Zollsystem, auf richtiger nationalökonomischer Basis beruhend, hielt sich frei von schutzzöllnerischen Tendenzen und bewahrte den rein fiskalischen Charakter (Blumer und Morel, Bundesstaatsrecht, Bd. II, pag. 379). Der Bericht der ständerätlichen Kommission vom 1. Dezember 1877 sagte: „Wirtschaftliche Zwecke sollen nicht verfolgt werden, d. h. die Zölle sollen nicht dazu dienen, einzelnen Erwerbsbranchen einen besonderen Schutz gegen die ausländische Konkurrenz zu gewähren oder eine künstliche Veränderung der Preise zu bewirken.“ Die neueren zollpolitischen Bestrebungen weichen nun aber von diesen bewährten Grundsätzen ab, so namentlich die auf agrarischer Seite. Die schweizerische Landwirtschaft glaubt, sie müsse die Schutzzollpolitik der deutschen Agrarier nachahmen; man übersah dabei aber, dass die deutsche Landwirtschaft, wie statistisch nachgewiesen, für den Binnenbedarf genügend produziert, während die Schweiz bezüglich einzelner der unentbehrlichsten landwirtschaftlichen Produkte (Fleisch, Getreide u. s. w.) zum grossen Teil auf das Ausland angewiesen ist. Die

Exportartikel der schweizerischen Landwirtschaft sind für das Ausland hingegen keineswegs unentbehrlich; Dr. Gehring, als Chef der schweizerischen Handelsstatistik, hob z. B. hervor, dass der Schweizerkäse ein ausgesprochener Luxusartikel unter den landwirtschaftlichen Produkten sei. Ob diese neue Richtung in der Zollpolitik, die im Bundesgesetz betreffend den schweizerischen Zolltarif vom 10. Oktober 1902 zum Durchbruch kam, der schweizerischen Landwirtschaft zum Vorteil gereicht oder nicht, wird die Zukunft lehren. In diesem letztgenannten Gesetz wird der Zoll für Ziegen auf Fr. 2 per Stück angesetzt.

Für die Abwendung der Seucheneinschleppung vom Ausland hat man an den Grenzen die nötigen Schutzmassregeln vorgesehen (Einfuhrstationen, Grenztierärzte).

Der Grenzverkehr mit Sömmerungsvieh forderte besondere Massnahmen, insbesondere derjenige gegenüber Italien. Durch die Mailänder-Konvention vom 1. und 4. Mai 1901 wurde die Einfuhr von italienischem Sömmerungsvieh nach den zum Stromgebiet des Rheins gehörenden Talschaften untersagt, und zwar gegen die vom Bund und vom Kanton Graubünden eingegangene Verpflichtung zur Vergütung eines Teils der ausbleibenden Pachtzinse an die bezüglichen Alpbesitzer. Durch diese Konvention wurde für das Bergell, Engadin, Puschlav, Münstertal, Misox und Calanca eine freie Zone geschaffen, in welcher italienisches Sömmerungsvieh angenommen werden darf.

Bei der Gewährleistung der Handels- und Gewerbe-freiheit (Art. 31 der Bundesverfassung) sind aber nicht bloss polizeiliche Massnahmen und Grenzzollschranken, sondern auch Verfügungen über Ausübung von Handel und Gewerben und über Besteuerung der Betriebe vorbehalten. So ist in der eidgenössischen Vollziehungsvorordnung vom 14. Oktober 1887 zum Seuchenpolizeigesetz das Verbot des Hausierhandels mit Ziegen enthalten, und im Kanton Zürich wird für den gewerbmässigen Viehhandel die Lösung eines Patentes gesetzlich vorgeschrieben.

Für den Handel mit Ziegen gelten nach Art. 890 des Obligationenrechts hinsichtlich der Gewährleistung wegen Mängel bis zu dem Zeitpunkte, wo über die Viehwährrschaft ein eidgenössisches Gesetz erlassen sein wird, die Vorschriften der kantonalen Gesetzgebungen.

Der genannte Artikel des Obligationenrechts schützt vorderhand auch das Konkordat über die Viehhauptmängel; diesem Konkordat gehörten 1901 nur noch die Kantone Zürich, beide Basel und Thurgau an. Es hat keinen Bezug auf die Ziegen. Die meisten Kantone sehen bloss insoweit eine Gewähr vor, als zwischen den vertragschliessenden Parteien eine solche verabredet wird (vergl. luzernisches Gesetz vom 16. September 1867, neuenburgisches Gesetz vom 26. Juni 1898, u. s. f.).

Sowohl bezüglich des Viehverkehrs als des Seuchenwesens werden vom Bund und von einzelnen Kantonen statistische Aufzeichnungen gemacht (Seuchenbulletins des schweizerischen Landwirtschaftsdepartements, Schweizerische Handelsstatistik, Schaffhauserische Vieh-

verkehrskontrolle, Statistik über Vieheinfuhr und -ausfuhr der Kantone Wallis, Neuenburg etc., Statistik über Abgabe von Gesundheitsscheinen von Thurgau u. s. w.).

Innerhalb der hiervor berührten Einschränkungen und Vorschriften darf sich nun der Handel mit Produkten aus der Ziegenhaltung bewegen. Weil der ziegenwirtschaftliche Betrieb in erster Linie sich auf die Eigenkonsumbedürfnisse bezieht, so kommen für den Produktenabsatz hauptsächlich nur die Zuchtprodukte, also der Handel mit Zuchttieren, in Betracht; in einigen Gegenden erlangt allerdings auch der Handel mit Fleisch eine gewisse Bedeutung. Nach der eidgenössischen Viehseuchengesetzgebung besteht eine Kontrolle für die an die öffentliche Schlachtbank gelangenden Schlachttiere; aus den bezüglichen Aufzeichnungen der Fleischschauer geht hervor, dass der Ziegenfleischhandel doch nicht ganz zu unterschätzen ist (vergl. die statistischen Angaben über die jährlichen Ergebnisse der Fleischschau in kantonalen Rechenschaftsberichten).

1898 gelangten im Kanton Zürich 116 Ziegen in öffentlichen Metzgen und 666 Stück in Privathäusern (teils zum Auswägen) an die Schlachtbank; in Bern wurden 1990 Ziegen zum Verkaufe geschlachtet, in Schwyz 140, in Freiburg 924, in Ausserrhodens 641, im Thurgau 148. In St. Gallen unterlagen gemäss der Verordnung über Fleischschau und Fleischverkauf vom 28. November 1895 im Jahre 1899 im ganzen 1988 Ziegen der Fleischschau. In der Stadt Basel wurden 1898 im Schlachthaus 24 Ziegen à 15 kg. Fleischgewicht, von Privaten 130 Ziegen à 20 kg. und 22 Zicklein à 4 kg. geschlachtet, und überdies gelangte das ausgeschlachtete Fleisch von 2372 Ziegen à 10 kg. und von 4309 Zicklein à 4 kg. zum Verkauf in die Stadt.

Nach dem Bundesbeschluss vom 1. Dezember 1893 dürfen an der schweizerischen Grenze geschlachtete Ziegen ausländischer Herkunft nur dann zur sanitären Untersuchung angenommen werden, wenn das Tier unzerlegt und insbesondere noch mit Lunge und Leber in natürlichem Zusammenhang vorgewiesen und mit einem Ursprungszeugnis begleitet wird.

Die Tierzucht gewinnt durch die Abgabe von Zuchtziegen die höchste Rendite. Einige schweizerische Ziegentypen bieten nun ein gesuchtes Zuchtmaterial; durch die stetig wachsende Nachfrage nach solchen Tieren sind die Preise ganz erheblich gestiegen.

Sind die Durchschnittswerte der Ziegen durch die Erfolge der Genossenschaften sehr gesteigert worden, so erreichten die Originaltiere der Saaner, Appenzeller und Toggenburger Typen auch einen hohen Verkaufswert. Für das Jahr 1901 wurden für den Kanton St. Gallen folgende bezirksweise Durchschnittswerte für die Ziegen im zuchtfähigen Alter angegeben:

Gaster	Fr. 30,	Tablat	Fr. 30,
Gossau	„ 30,	Toggenburg, Alt- . . .	„ 30,
Rheintal, Ober- . . .	„ 30—35,	Toggenburg, Neu- . . .	„ 30,
Rheintal, Unter- . . .	„ 30—35,	Toggenburg, Ober- . . .	„ 30—40,
Rorschach	„ 30—35,	Toggenburg, Unter- . .	„ 30,
St. Gallen	„ 30,	Werdenberg	„ 30—40,
Sargans	„ 35,	Wil	„ 30.
See	„ 30,		

Als Verkaufswert der Toggenburger Ziege kann nach Joh. Georg Rohrer, Präsident der Ziegenzuchtgenossenschaft Buchs, angenommen werden:

	als Minimum:	als Maximum:
für erstklassige Ziegen	Fr. 40	Fr. 60
„ zweitklassige „	„ 30	„ 40

Von Mitgliedern der genannten Genossenschaft wurden verkauft:

im Jahre 1899	5 Stück erstklassige und 16 Stück zweitklassige Tiere, zusammen für Fr. 760;
„ „ 1900	20 Stück zweitklassige Tiere nebst 5—6 Monate alten Zicklein, Fr. 549;
„ „ 1901	6 Stück erstklassige und 9 Stück zweitklassige Tiere, Fr. 678.50;
„ „ 1902 (bis 8. Juli)	5 Stück erst- und zweitklassige Tiere, Fr. 230.

Originalböcke der drei genannten Typen wurden schon mit Fr. 100 bis 120 per Stück bezahlt.

Während die schweizerische Handelsstatistik bis in die 1880er Jahre eine Mehreinfuhr von Ziegen verzeigte, so änderte sich seither das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr. Von 1892 bis 1895 betrug nun die durchschnittliche Mehrausfuhr pro Jahr 1526 Stück. Die Schweizerziegen sind somit ein Exportartikel geworden. Nach der Handelsstatistik des Deutschen Reiches betrug die Einfuhr von Ziegen nach Deutschland im Jahre 1902 im gesamten 1655 Stück, wovon einzig auf die Schweiz 1075 Stück entfallen. Die deutsche Reichsstatistik setzt den Durchschnittswert der eingeführten Ziegen auf 39 Mark 54 Pfennig an; die Einfuhr ist in Deutschland zollfrei. Folgende Notierungen über den Export von Ziegen in den letzten Jahren mögen die Bedeutung desselben noch näher beleuchten: 1898 Ankauf von 3 Böcken und 12 trächtigen Ziegen des Saanenschlags durch Vermittlung der britischen Gesandtschaft und der bernischen Landwirtschaftsdirektion für die Kapkolonie; 1899 Bezug von 184 Saanenziegen durch die Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern; 1900 Ankauf von 20 Saanenböcken durch die elsass-lothringische Regierung und von zirka 700 Ziegen, dabei 40 Böcke und 80 Ziegen des Saanenschlags, durch den badischen Landwirtschaftsdirektor; 1901 Ankauf von 130 Saanenziegen durch eine Kommission aus Westfalen und von einer Partie Saanenziegen durch Zuchtinspektor Luther für die Rheinprovinz; 1902 Ankauf von 6 Toggenburger Ziegen in Unterwasser für Amerika, von 60 Saanenziegen für Hessen und von 40 Saanenziegen durch das österreichische Landwirtschaftsministerium. In jüngster Zeit macht sich namentlich in Nordamerika eine Bewegung zur Einführung von Schweizerziegen geltend; so beabsichtigt man, in Ohio die Zucht der Saanenziege in grossem Massstabe an die Hand zu nehmen. Für die Weltausstellung in St. Louis wurde eine Kollektion Toggenburger Ziegen bezogen (4 Böcke und 8 Ziegen).

Staatliche Unterstützung für den Ankauf von Zuchtieren.

Im Kanton Schaffhausen gewährt der Staat seit 1899 an die Beschaffung von reinblütigen Toggenburger Böcken Beiträge an die Ankaufskosten von 25 % derselben. Auch andere Kantone sehen Staatsbeiträge für Ankauf von Zuchtieren vor.

Das zürcherische Gesetz vom 12. Juni 1881 bestimmt in § 14: Der Regierungsrat ist ermächtigt, auf Antrag der Direktion des Innern ausnahmsweise einen Teil des zu Viehprämien ausgesetzten Kredites zum Ankauf von Zuchtieren zu verwenden, sofern der durch die Prämierung angestrebte Zweck durch einen solchen Ankauf besser erreicht wird. Dabei darf aber keine Übertragung des für eine Tiergattung bestimmten Kredites zu gunsten einer

andern stattfinden. — Die graubündnerische Verordnung betreffend die Hebung der Kleinviehzucht bestimmt in Art. 14: An Gemeinden oder Genossenschaften, welche rassenreine Böcke von zur Verbesserung der inländischen Zucht geeigneten Rassen importieren und solche den Kleinviehbesitzern zur Verfügung stellen, kann der Regierungsrat aus dem Kleinviehzuchtkredit angemessene Beiträge für den Ankauf gewähren.

Genossenschaftliche Bestrebungen zur Förderung des Handels.

Die Statuten verschiedener Genossenschaften stellen die Erleichterung des Produktenabsatzes in ihre Aufgabe (Fehraltorf, Turbenthal, Quarten, Libingen, Wattwil, Starkenbach u. s. f.), und die Erfolge ihrer dahingehenden Bestrebungen sind auch bemerkbar.

Die Statuten der Genossenschaft Fehraltorf sehen die Einführung von Zuchtziegenmärkten, womöglich in Verbindung mit benachbarten Ziegenzuchtgenossenschaften, diejenigen der Genossenschaft Turbenthal die Einführung von Zuchtziegenmärkten in Turbenthal vor, und die Statuten des st. gallischen Genossenschaftsverbandes bezeichnen die Abhaltung von Märkten für Zuchtziegen und Zuchtböcke als eine Unternehmung des Gesamtverbandes.

Im Kanton St. Gallen wurde am 20. Oktober 1899 der erste Zuchtziegenmarkt, welcher von Genossenschaften veranstaltet wurde, abgehalten; es war dies der zentrale Ziegenmarkt des Verbandes der werdenbergischen Genossenschaften in Grabs, für welchen das st. gallische Volkswirtschaftsdepartement die Publikation im In- und Auslande übernahm. Diesem Markt folgte am 19. Oktober 1900 ein zweiter ebenfalls in Grabs. Das Programm für den zweiten Markt setzte fest, dass alle prämierten Tiere der Verbandsmitglieder, prämiierungswürdige, aber noch nicht prämierte Tiere von Verbandsmitgliedern und erstklassige Tiere von Nichtmitgliedern aufgeführt werden dürfen, dass die Böcke, die zuchtfähigen Ziegen und die Gitzi gesondert aufzustellen sind, und dass für jedes auf dem Markt verkaufte Tier zu gunsten der Verbandskasse von Mitgliedern 50 Rp. und von Nichtmitgliedern Fr. 1 entrichtet werden müssen.

7. Belehrungswesen.

Vorträge.

Die Genossenschaften können durch Veranstaltung von Vorträgen über Ziegenzucht und Ziegenhaltung den Ziegenbesitzern ausgiebige Belehrung zu teil werden lassen. Die Kosten für die Referenten würden ihnen von den Kantonen, welche von Art. 3 des eidgenössischen Landwirtschaftsgesetzes Gebrauch machen, zurückvergütet.

Der erwähnte Art. 3 lautet: Unter Bedingungen, die der Bundesrat aufstellen wird, erhalten solche Kantone finanzielle Unterstützungen, welche Wandervorträge, Stallinspektionen etc. abhalten lassen. Die bundesrätliche Vollziehungsverordnung vom 10. Juli 1894 stellt diese Bedingungen folgendermassen fest: Es können nur solche Vorträge etc. in Betracht kommen, welche sich auf die Landwirtschaft oder einzelne mit ihr zusammenhängende Betriebszweige beziehen. Am Schlusse jedes Jahres haben die Kantonsregierungen dem schweizerischen Landwirtschaftsdepartement einen Bericht nach Formular einzusenden.

Die Gründung einzelner Ziegenzuchtgenossenschaften wurde durch Vorträge eingeleitet, so die von Quarten und Arboldswil.

Unterricht an Lehranstalten.

Die theoretisch-praktischen Ackerbau- und die theoretischen Winterschulen schenken bisher der Ziegenzucht und Ziegenhaltung verhältnismässig wenig Aufmerksamkeit, und zwar wohl deshalb, weil die Lehre über diesen speziellen Betriebszweig noch bis in die neuere Zeit nicht ausgebaut war und weil der Ziegenhaltung im landwirtschaftlichen Betrieb eine untergeordnete Stellung zukam. Erst seitdem die Ziegenhaltung, namentlich im Auslande, mehr gewürdigt wurde und unsere Schweizerziegen dort zur richtigen Geltung gelangten, beginnt man diesen Betriebszweig in den Bereich des Unterrichts zu ziehen.

Nach der Viehzählung von 1901 hat keine der schweizerischen landwirtschaftlichen Lehranstalten in ihrem Viehbestand Ziegen, so dass also die praktische Seite der Ziegenwirtschaft von diesen Anstalten gänzlich unbeachtet bleibt.

Der theoretische Unterricht an den landwirtschaftlichen Mittelschulen muss, wenn derselbe einen Erfolg zeitigen soll, dem Verständnis der Schüler angepasst erteilt werden. Der Stoff muss somit nach pädagogisch-psychologischen Grundsätzen methodisch gegliedert werden, und es darf der Lehrende nicht bloss eine Theorie aus Kollegienheften oder wissenschaftlichen Lehrbüchern diktieren und das Diktat von den Schülern auswendiglernen und an den Examen herdeklamieren lassen. Der hierseitige Verfasser regte, um das landwirtschaftliche Lehrwesen durch eine richtige Anwendung der Methodik auf fortschrittliche Bahnen zu führen, an, dass bei Anlass der Reorganisation des Polytechnikums auch auf die Gründung eines pädagogisch-psychologischen Seminars an der landwirtschaftlichen Abteilung Bedacht zu nehmen sei. Diese Anregung wurde einlässlich begründet, und später wurde noch auf die ihm nachträglich zur Kenntnis gekommene Einrichtung eines solchen Seminars an der Universität Leipzig zur Begründung der Zweckmässigkeit hingewiesen. Leider blieb aber die Anregung, die sehr zeitgemäss ist (vergl. die Kantonsratsverhandlungen von Zürich vom 25. Januar 1904), unberücksichtigt. Vielleicht wird es mit derselben auch so gehen wie mit seiner Anregung zur Errichtung eines Lehrstuhles für Kulturtechnik am Polytechnikum aus dem Anfang der 1880er Jahre, wo man die Sache auch verwarf, aber nach wenigen Jahren aufgriff und verwirklichte. Auch die von ihm gemachte Anregung zur Errichtung eines eidgenössischen Kulturinspektorats scheint sich auf ähnlichen Wandelbahnen zu bewegen; nachdem man die Idee als undurchführbar und mit unseren schweizerischen Institutionen unvereinbar erklärt hatte (vergl. Versammlung der Statistiker in Chur vom September 1900), ruft man jetzt bereits einer besseren Aufsicht über die Verwendung der staatlichen Subventionen an das Meliorationswesen, also mit etwas umschriebenen Worten — dem Kulturinspektorat!

Ausgiebiger als bisher die landwirtschaftlichen Mittelschulen wirkten im Interesse der Ziegenzucht einzelne Hochschullehrer an schweizerischen Universitäten.

Die meisten naturhistorischen Museen, welche Universitäten dienen, enthalten ein reiches Material bezüglich der Gattung Ziege, insbesondere Knochenfunde aus den Pfahlbauten etc., welches bei der vergleichenden Anatomie und der Zoologie und auch zu wissenschaftlichen Arbeiten trefflich benutzt wird. Dieses Material gewährte namentlich für Forschungen bezüglich der Abstammung der Hausziege Anhaltspunkte. Auf diesem Gebiete haben Prof. Dr. Rüttimeyer-Basel, Prof. Dr. Th. Studer-Bern, Prof. Dr. Keller-Zürich, Dr. G. Glur u. a. Bedeutendes geleistet.

Für das Musée agricole des Kantons Waadt wurde 1898 das Skelett einer persischen Aegagrus-Ziege, des wilden Typus der Hausziege, erworben.

Literatur.

Zur Belehrung ihrer Mitglieder halten einzelne Zuchtgenossenschaften die in Leipzig herausgegebene Fachzeitschrift für Ziegenzucht.

So verzeigt die Ziegenzuchtgenossenschaft Libingen pro 1901 eine Ausgabe von Fr. 8. 12 für das Abonnement von 4 Exemplaren jener Zeitschrift.

Auch die Spezialschriften von Schinz, Rödiger, Fankhauser, Rüegg, Julmy, Dr. H. Anderegg und von dem hierseitigen Verfasser werden von Ziegenbesitzern benutzt.

Die schweizerische landwirtschaftliche Fachpresse hätte ein dankbares Gebiet, belehrend für die Ziegenwirtschaft zu wirken, und es wäre dies jedenfalls angezeigt, als, wie es leider eingegriffen hat (vergl. die Verhandlungen des bernischen Grossen Rates vom 25. November 1902, die bündnerischen Grossratsverhandlungen vom 22. Mai 1903, die Oltenener Versammlung vom 17. März 1904), sich in hetzerischen Agitationen zu verlieren.

Schlusswort.

Mit vorliegender Arbeit wurde der Versuch gemacht, einen landwirtschaftlichen Betriebszweig vom sozialwirtschaftlichen Standpunkte aus zu behandeln. Als Ausgangs- und Mittelpunkt wurde das Jahr 1901 angenommen, indem im Anschluss an die fünfte eidgenössische Viehzählung, die Ergebnisse bezüglich der Ziegengattung, die ziegenwirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz erläutert werden sollen.

In verschiedenen Schriften und Vorträgen habe ich die Bearbeitung der einzelnen landwirtschaftlichen Zweige von der Sozialökonomie aus angeregt, da es nicht mehr genügen könne, die Belehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausschliesslich nur auf die privatökonomische Seite hin zu beschränken. Den daherigen Anregungen wurde aber schon entgegengehalten, dass diese Bearbeitungsweise bei der grossen Mannigfaltigkeit der schweizerischen Verhältnisse fast zur Unmöglichkeit werde; mit vorliegender Arbeit, die allerdings nicht auf Vollständigkeit Anspruch machen kann und sich auf ein verhältnismässig kleines Gebiet bezieht, wollte ich den Nachweis leisten, dass jener Einwand nicht stichhaltig sei.

Erst wenn man über die sozialwirtschaftlichen Verhältnisse der Landwirtschaft in ihren Betriebszweigen genau orientiert ist, kann man die Sozialgesetzgebung in agrarischer Richtung zielbewusst ausbauen und das landwirtschaftliche Subventionswesen fruchtbringend und zweckmässig regeln. Erst dann ist es aber auch möglich, die Zahlen der landwirtschaftlichen Statistik richtig zu würdigen und zu verstehen. Bund und Kantone werden, wie schon das eidgenössische Landwirtschaftsgesetz darauf hinweist, in Zukunft der Agrarstatistik mehr Aufmerksamkeit schenken müssen als bisher, und aus diesem Grunde wäre es begrüssenswert, wenn die bestehenden sozialwirtschaftlichen Verhältnisse der gesamten Landwirtschaft durch ähnliche Bearbeitungen sämtlicher Betriebszweige bekannt gemacht würden, indem damit die Basis für statistische Untersuchungen geschaffen wird.